Demontage der Hoesch-Hüttenwerke Seite 4

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 24 vom 18. Juni 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM

Bei Europareise und bei der Heimkehr

Massendemonstrationen gegen Reagan

Ob London oder Rom, ob Bonn, Westberlin oder schließlich New York — die Europareise des US-Präsidenten Reagan war gekennzeichnet von riesigen Massendemonstrationen gegen seine Aufrüstungspolitik. Obwohl er sich in seinen Reden als entspannungsbereit darstellen wollte, und gewiß sein Auftreten auch manch einen, der politisch weniger erfahren ist, getäuscht hat, gelang es ihm nicht, eben diesen Eindruck des Massenwiderstandes gegen seine Politik zu verwischen.

400000 in Bonn und am selben Tag nochmals 100000 in Westberlin: Das war die größte Friedensdemonstration der deutschen Geschichte. Eine halbe Million Menschen auf den Straßen, um gegen Aufrüstung und Kriegsgefahr zu demonstrieren. Eine halbe Million, unter denen offensichtlich die Einsicht gewachsen ist, auch im Vergleich zum vergangenen Oktober in Bonn, daß es nicht allein um neue Mittelstreckenraketen geht, sondern daß es die Mitgliedschaft der Bundesrepublik im aggressiven NATO-Block der USA ist, die für unser Land die größte Kriegsgefahr heraufbeschwört. Für unsere Partei ist dies erst recht ein Anlaß, die Forderungen der KPD nach NATO-Austritt und Neutralitätspolitik unter der Arbeiterklasse und den werktätigen Menschen und auch in der Friedensbewegung überhaupt zu verbreiten.

Die Bonner Erklärung, die auf dem NATO-Gipfel verabschiedet wurde, die vorspiegeln soll, man werde auf einer Doppeltaktik mit Auf- und Abrüstung marschieren, wiederholt die Aussagen der NATO-Erklärungen von Ende der sechziger Jahre. Seitdem hat es sich klar gezeigt, was daran war: Es wurde immer wilder aufgerüstet. Dieser Versuch, die Menschen unseres Landes weiterhin über den Charakter der NATO zu täuschen, ist zumindest an Fronleichnam gescheitert, und es wird darauf ankommen, dies auch noch zu verstärken. Das heißt, verstärkt gegen die falsche Hoffnung anzugehen, bei Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten könnte der Frieden gesichert werden, denn eine solche Hoffnung soll mit solchen Erklärungen genährt werden.

Diese weltweiten Massenkundgebungen gegen den Präsidenten der USA bezeugen das Anwachsen der Friedensbewegung. Man sollte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß gerade vor einem Jahr beim Hamburger Kirchentag 1981, am 21. Juni, zum ersten Mal in der Bundesrepublik über 100000 Menschen an einer Friedensdemonstration teilgenommen hatten.

Die zahlenmäßige Entwicklung dieser Bewegung ist also äußerst stark — tragen wir unseren Teil dazu bei, daß auch die politische Festigkeit, die Standhaftigkeit gegenüber Winkelzügen der Kriegstreiber verstärkt wird.



Zum Zeitpunkt der Bonner Demonstration verkündet

Apel will längere Wehrzeit und Frauen in die Armee

Pünktlich zum NATO-Gipfel und provokativ gegen die Bonner Friedensdemonstranten kam Minister Apel mit seinem Beitrag zur angekurbelten Militaristendebatte um die Sicherung der konventionellen Streitkräfte heraus. Sein Rezept ist ganz einfach: 18 Monate Wehrdienstzeit und Frauen zur Bundeswehr, so soll die Mannschaftsstärke „gehalten" werden.

Damit hat der Bonner Wehrminister seit langem bekannte Absichten, Pläne und Entwürfe also offiziell unterstrichen. Seine Logik heißt ganz einfach: wenn man über nukleare Abrüstung diskutiert, dann muß man erst mal konventionell aufrüsten. Wobei er natürlicherweise von atomarer Abrüstung nicht spricht, denn die will er ja nicht.

Eine Verlängerung der Wehrdienstzeit, merkte zwar der Wehrbeauftrage des Bundestags Berkhahn an, würde die Probleme innerhalb der Bonner Armee noch verschärfen, denn dort herrschten schon heute vielfach Lustlosigkeit und Unverständnis, aber man werde das schon hinbiegen.

Meint Berkhahn und wohl auch Apel. Es ist dabei nur eine Frage, ob dies auch die betroffenen Jugendlichen denken, oder ob es hier Widerstand geben wird. Wie es ihn bereits bei den Frauen gibt, die es bestimmt nicht als emanzipierend betrachten, wenn sie in der Bonner Armee Kadavergehorsam lernen sollen.

Beirut von Invasionstruppen eingeschlossen

Begins Ziel: „Endlösung" der Palästinenser-Frage

Massenmord an der Zivilbevölkerung

BEIRUT. — „Die Terroristen sitzen in ihrer eigenen Falle" — so bejubelte am Montag Springers pro-faschistisches Hetzblatt „BILD" die militärischen Ergebnisse des israelischen Blutbads im Libanon: Das von Hunderttausenden Flüchtlingen übervölkerte Beirut war zu Beginn der Woche von den Invasionstruppen eingeschlossen wroden und lag nach wie vor unter Dauerbeschuß.





Israelischer Bombenangriff auf Beirut

Damit haben die israelischen Aggressoren ihre militärischen Ziele vorerst erreicht. Sie haben in einem beispiellosen Ausrottungsfeldzug den gesamten südlichen Libanon erobert und sich bei der Einkesselung Beiruts mit den etwa 40000 Mann starken und mit modernsten westlichen Waffen ausgerüsteten Truppen der „christlichen" Falange verbündet, einer faschistisch ausgerichteten Bürgerkriegsarmee, die weite Teile des Nordlibanons beherrscht.

Noch am Wochenende leisteten Kämpfer der Palästinensischen Befreiungsbewegung und libanesischen Linksmilizen den Invasoren in der Gegend um Beirut und im Süden des Landes anhaltenden Widerstand. Bei den Kämpfen verloren die Israelis unter anderem auch einen ihrer höchsten Offiziere, den Generalmajor Adam, der in diesem Sommer das Kommando über den berüchtigten Geheimdienst „Mossad" übernehmen sollte. Für Begins mörderische Taktik in diesem Krieg aber ist es gerade kennzeichnend, daß seine Truppen allen direkten Kämpfen aus dem Wege gehen.

Sie setzen vielmehr darauf, mit der Überlegenheit ihres von den NATO-Ländern hochgezüchteten Militärapparats den ganzen südlichen Libanon in die Steinzeit zurückzubomben, mit Raketen, Bomben und Granaten Städte, Dörfer und palästinensische Flüchtlingslager regelrecht auszuradieren. So forderten sie etwa in der Stadt Saida mit aus Flugzeugen abgeworfenen Flugblättern die Bevölkerung auf, binnen zwei Stunden die Stadt zu verlassen. Als sich dort dann — wie vorauszusehen — eine Panik entwickelte, entfesselten die israelischen Bomber ein Inferno: Stadtviertel um Stadtviertel wurde Saida in Schutt und Asche gelegt; mindestens 1500 Menschen starben unter den Trümmern der Stadt. Genauso war es in Beirut. Die Aggressoren verkündeten einen Waffenstillstand — und als daraufhin die Menschen aus ihren Kellern hervorkamen, wurde die Stadt gnadenlos unter Beschuß genommen. Nach Angaben des Roten Kreuzes haben die Israelis allein in der libanesischen Hauptstadt bis zum Sonntag 4400 Menschen ermordet.

Es ist überdeutlich: Begin will die „Endlösung" der Palästinenser-Frage durch ein beispielloses Massaker unter diesem von den Zionisten aus seiner Heimat vertriebenen Volk erreichen. Immer klarer kristallisieren sich auch die anderen Ziele der israelischen Aggression heraus: Vertreibung der syrischen Truppen aus dem Libanon und Errichtung eines Regimes von Begins Gnaden in Beirut. Und all diese Ziele — von der Zerschlagung der PLO und der Ausrottung der Palästinenser bis zur Zerstörung der libanesischen Souveränität — kann Begin nur deshalb auf die Tagesordnung setzen, weil er trotz des barbarischen Völkermords die Unterstützung der amerikanischen Imperialisten und ihrer NATO-Verbündeten hat.

Gerade die Friedensbewegung und darüber hinaus alle demokratischen Kräfte in unserem Land sind deshalb dazu aufgerufen, jegliche Bonner Hilfe für den israelischen Feldzug im Libanon entschieden zu bekämpfen und sich für wirksame Sanktionen gegen die Aggressoren einzusetzen.

Ölmultis treiben Benzinpreis

Skrupellos zugeschlagen

DORTMUND. — Die vierte Benzinpreiserhöhung innerhalb von zwei Monaten und die fünfte in diesem Jahr war zugleich die brutalste. Gleich fünf Pfennig mehr pro Liter ziehen die Ölmultis dem Autofahrer auf einen Schlag aus der Tasche. Esso und BP starteten diesen Raubüberfall pünktlich mit dem Beginn der ersten großen Urlaubswelle in der BRD.

Frech erklärte die Deutsche BP zu dem Preisterror: „Wir passen uns der Marktlage an". Dieses Anpassen sieht dann so aus: Den arbeitenden Menschen, die sich in diesem Jahr, wenn überhaupt, nur noch unter großen finanziellen Anstrengungen eine Urlaubsreise leisten können, wird der letzte Pfennig aus der Tasche gestohlen.

Die Monopolstellung der Ölmultis ermöglicht es ihnen, durch die Verknappung des Benzins auf dem Wege der Stillegung von Raffinerien, durch die Verteuerung des am „freien Markt" in Rotterdam gehandelten Rohöls usw., jedes Ansteigen der Nachfrage zu wahren Preisorgien auszunutzen.

Und während diese Profithaie uns ausplündern und Milliardengewinne raffen, zucken die Herren „Sparpolitiker" in Bonn mit der Schulter und säuseln etwas von „marktwirtschaftlichen Grundsätzen".

Nach der jetzigen Erhöhung liegen die Benzinpreise nur noch um 15 bis 17 Pfennig unter der bisherigen absoluten Rekordmarke vom Frühherbst 1981. Und neue Erhöhungen sind in den nächsten Monaten mit Sicherheit zu erwarten. Wie lange lassen sich noch Millionen Autofahrer von dieser Mafia terrorisieren?



Autobahn-Tankstelle während der Urlaubszeit

Kommentar der Woche

Leisler Kiep, Spitzenkandidat der CDU bei den Hamburger Wahlen, hat offensichtlich keinen Koalitionsautomaten, der eine solche schustert. Die ist bei einem sonst so ausgerüsteten Mann überraschend. Überraschender jedenfalls als seine neueste Variante, die „Hamburger Unregierbarkeit" zu überwinden: der Bürgersenat. Alle sollen mitmachen können, unter seinem Kommando, auch die vom Wähler so viel weniger als von den Spitzenpolitikern geliebte FDP.

Die SPD hätte ihm den Weg frei gemacht, er sei der Wahlsieger, er sei dran mit dem Versuch, einen regierungsfähigen Senat zu bilden. Das sind ohne Zweifel neue Töne in der politischen Landschaft der Bundesrepublik. Wenn das nämlich so wäre, daß die jeweils stärkste Partei sofort die Regierung bildet, dann hätte sowohl manche Bundes- als auch viele Landesregierungen anders ausgesehen, in alle Richtungen anders übrigens. Und Kieps hochqualifizierte Fachleute für den Bürgersenat wurden ja auch nicht erst gestern geboren.

Man stelle sich nun einmal einen Augenblick lang vor, die FDP wäre die Dritte der drei Senatsparteien in Hamburg. Irgendeine Schwierigkeit? Kaum vorstellbar. Kiep oder Dohnanyi hätten eben entsprechende Vereinbarungen mit der FDP getroffen und es wäre weitergegangen wie bisher. Oder auch als vierte Partei, sofern dabei eine irgendwie — und sei es gegen entsprechende Parteibeschlüsse verstoßende — machbare Mehrheit herausgekommen wäre, hätte die FDP die „normalisierende Rolle" spielen können. Aber sie ist eben nicht da, sondern die GAL.

Purzelbäume

Nun hat die SPD sich ja seit Jahren angewöhnt, zumindest parteiintern, reaktionäre Maßnahmen mit der FDP-Partnerschaft zu erklären. Und es ist ja kein Geheimnis, daß auch im Bundestag die CDU/CSU mehr Stimmen hat als die SPD. Genschers Mannen in Bonn hätte es sicher keine größere Selbstüberwindung gekostet, auch hier mit dem Stärkeren zu gehen, es gibt ja keine Parteipolitik, die dabei über Bord müßte.

Nun könnte man ja versucht sein zu sagen: also könnten doch SPD und GAL, zusammen über eine klare Mehrheit verfügend, da was machen.

Auch hier wären ja, rein theoretisch, Kompromisse möglich. Und die GAL hat ja auch, entsprechend ihrer Wahlprogrammatik, bereits erklärt, unter welchen Bedingungen man einen SPD-Minderheitssenat stützen könnte. Aber: Gerade hier liegt der Hase im Pfeffer. Was für Bedingungen sind das, wer stellt sie — das eben macht es für die SPD offensichtlich unannehmbar. Es ist nicht die FDP, mit ihren Grafen und Kapitalisten, die Sozialabbau für die Arbeiter und Steuerfreiheit für die Reichen fordert. Sondern es sind Forderungen gegen Atomkraftwerke und Arbeitslosigkeit und sie werden von einer linken politischen Organisation, wie es die GAL ohne Zweifel ist, erhoben. Und das geht zu weit. Zu weit für die SPD-Führer, zu weit für die Reichen der Hansestadt, die seit Jahrzehnten glänzend mit dieser Partei auskommen, zu weit für die herrschende Klasse.

Es ist nicht das Wahlergebnis, sonder die Politik des Kapitals und seiner Parteien, die das „unregierbare Hamburg" geschaffen haben. Bezeichnend dabei auch die Haltung der SPD zu der bevorstehenden Wahl in Hessen, bei der ein in die ähnliche Richtung laufendes Ergebnis durchaus denkbar ist. Sie, die Mannen um Holger Börner — den Mann mit der Dachlatte — sie kennen nur die Hoffnung auf die FDP. Die aber sieht ihr Parteischiff sinken und möchte rechtzeitig rechts abspringen.

Aber was anderes geht mit der Politik, für die Latten-Holger steht, nun mal nicht. Wie bei jenen Regierungen, die alleine von der SPD gebildet werden, zeigt es sich, daß es eine Propagandalüge gegenüber eigenen Mitgliedern und Wählern ist, wenn die Schuld für reaktionäre, arbeiterfeindliche Politik stets auf sogenannte Partner geschoben wird. Die SPD will diese Politik, sie muß diese Politik machen, um als regierungsfähige Partei von jenen angesehen zu werden, die nicht die Parlamente wählen, aber ihre Wahl entscheidend bestimmen, die Reichen und Mächtigen des Landes.

Man muß eine von irgendwelchen Linken „abhängige" SPD verhindern, das ist der allgemeine Tenor, Kiep hat das ausdrücklich gesagt. Denn es gibt in der Bonner Republik, nach dem Willen des Kapitals jedenfalls, nur zwei Möglichkeiten: entweder eine rechte Regierung oder eine von den Rechten (innerhalb und außerhalb der Partei) abhängige SPD.

Alles andere, jede, mag sie auch noch so geringfügig sein, Verschiebung nach links, das bringt die Herrschaften in Hektik. Am besten wäre, so eine besonders schlaue Pressebemerkung, man würde so lange wählen, bis man regieren kann. Sprich: bis die drei aus Bonn auch in Hamburg versammelt sind. Nur, man traut sich nicht ganz, weil man sich nicht sicher ist. Spannende Zeiten. Aber die Purzelbäume der Bonner Parteien bilden gutes Anschauungsmaterial über die politischen Verhältnisse der Bundesrepublik. Das berüchtigte Schlagwort von der „Solidarität der (selbsternannten) Demokraten" ist noch nicht gefallen. Noch nicht.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Ein Gipfel ohne Neuigkeiten

Es wird weiter aufgerüstet

Der NATO-Gipfel in Bonn, der nach außen verschiedentlich zu einer Ein-Mann-Show geriet, hat an inhaltlichen Ergebnissen nichts Neues gebracht. Die bisherige NATO-Politik wurde nochmals bekräftigt. Dabei vor allem der Kurs der weiteren Aufrüstung. Das Ganze wurde mit etwas mehr Worten über Entspannung garniert als früher, da nun auch die US-Regierung sich ihrer heimischen Friedensbewegung als friedlich präsentieren will. An Substanz bringt die sogenannte Bonner Erklärung nichts Neues — im Gegenteil, sie unterstreicht die bisherige Politik nochmals und fordert eine Verstärkung auch der konventionellen Aufrüstung.

Regans Rede vor dem Bundestag, die eine Art Zusammenfassung dieses Gipfels darstellte, hatte gerade diese übliche NATO-These als Kern. Frieden durch Abschreckung, kein Verzicht auf den atomaren Erstschlag aufgrund einer angeblichen konventionellen Unterlegenheit und Rüstungskontrollverhandlungen.

Einmal mehr also versucht man den Menschen vorzugaukeln, eine Kontrolle der gegenseitigen Rüstung sei möglich — was man sonst immer verneint und nur zu diesem Propagandazweck als Argument hervorholt — und würde sogar positive Ergebnisse bringen, wofür es keinen einzigen Beweis gibt.

Die ausdrückliche Ablehnung des Verzichts auf Ersteinsatz von Atomwaffen in Bonn ausgesprochen, das stellt eigentlich eine Provokation an die deutsche Bevölkerung dar, denn sie hätte am meisten unter solch einem Schlag zu leiden. Schließlich reichen drei Viertel aller hier stationierten Atomwaffen nicht über die bundesdeutschen Grenzen hinaus, sind also auf das Land gerichtet, dessen Hauptstadt Bonn ist.

Auch keine Neuigkeit sondern lediglich Bestärkung bereits gefallter Entscheidungen sind die ausdrücklich festgehaltenen Möglichkeiten der Ausdehnung des Operationsgebiets der NATO-Truppen über den eigentlichen Paktbereich hinaus.

Dabei wurden vor allem die Aktivitäten der USA und auch Großbritanniens erwähnt, die im Bedarfsfall gemeinsam abgesprochen werden müßten. Damit ist die Möglichkeit eines NATO-Aufmarschs irgendwo in der Welt endgültig auch offiziell ermöglicht. Und damit wurde auch ein weiteres Mal unterstrichen, welche Gefahr aus einer Mitgliedschaft in diesem Pakt hervorgeht: die Gefahr, in die imperialistischen Kriege miteinbezogen zu werden. So wie man heute zur Unterstützung des britischen Kolonialkrieges verpflichtet ist. Morgen, wenn die USA vielleicht Israel zu Hilfe eilen müssen, könnte eine solche Vorgehensweise schon noch viel gefährlicher werden.

Schutz und Sicherheit gegen einen Überfall jedenfalls bietet die Mitgliedschaft in der NATO nach deren Bonner Gipfel um keinen Deut mehr als vorher. Eher im Gegenteil. Zu der großen Gefahr für die westdeutsche Bevölkerung, die in der NATO-Taktik der verbrannten Erde und der Angriffs„verteidigung" liegt, kommt verstärkt eben diese neue Soggefahr hinzu.

Sicher: im Verlauf und am Rande des Gipfels wurde viel über Widersprüche zwischen der Bundesregierung und der US-Regierung spekuliert. Ohne Zweifel gibt es, beispielsweise im Osthandel unterschiedliche Interessen. Ohne Zweifel kalkulieren die westdeutschen Kapitalisten auf eigene Rechnung. Daß sie aber bereit sind, dieses Land ins Chaos zu stürzen — was sie ja schon einmal getan haben — das haben sie mit ihrem Jubel für Reagans Auftritt deutlich unterstrichen.

Die bombastische Hofberichterstattung von Reagans Teilnahme am Bonner Gipfel hat die Eindrücke jedenfalls nicht entscheidend ändern können: wo er auch hinkam in Europa demonstrierten breite Menschenmassen gegen ihn. Er brachte noch mehr Menschen auf die Straße als einst Kennedy — nur waren sie gegen ihn.



Anti-Reagan-Demonstration in Bonn

Denn sie sahen — nicht zu Unrecht — in ihm den Vertreter der NATO-Hauptmacht, die den Kurs entscheidend bestimmt.

Wenn eine Lehre aus dem Ablauf dieses Gipfels und aus Reagans Auftritt dabei zu ziehen ist, dann doch diese, daß man es ganz bestimmt nicht dulden kann, daß solche Leute in Genf oder sonstwo bei Verhandlungen für sich in Anspruch nehmen, den Frieden zu sichern. Das kann nur geschehen im Kampf gegen diese Leute, gegen die Politik, die sie machen, gegen die Interessen, die sie verwirklichen wollen.

Proteste selbst beim Deutschen Anwaltsverein

„Entlastung der Justiz" — auf Kosten der Angeklagten

So etwas ähnliches hatte man bereits erwarten können, nach dem jahrelangen Gejammer um die ach so überlasteten Gerichte. Die Referenten für Strafverfahrensrecht in Bonn haben ein Papier ausgearbeitet, in dem Vorschläge für eine Beschleunigung der Verfahren enthalten sind, die dermaßen einseitig die Angeklagten belasten, daß selbst der ansonsten keineswegs als besonders kritisch bekannte Deutsche Anwaltsverein protestierte.

Zwei Kernpunkte enthält dieser Entwurf: die Verteidiger sollen in Zukunft das Recht verlieren, vor Amtsgerichten Beweisanträge zu stellen, in den anderen Instanzen soll dieses Recht durch Fristen eingeengt werden. Darüber hinaus soll der Anwalt bei einer „von ihm zu verantwortenden" Unterbrechung des Hauptverfahrens die Kosten aufgebürdet bekommen. Kombiniert mit weiteren Einschränkungen, die in dem Entwurf enthalten sind, stellt diese als technisch ausgegebene Reform in Wirklichkeit einen bedeutenden Einschnitt in die Rechte der Verteidiger dar, die deren ohnehin schon viel schwächere Position gegenüber dem Staatsanwalt noch weiter verschlechtert. Der Deutsche Anwaltsverein unterstrich denn auch in seiner kritischen Stellungnahme, daß auf der anderen Seite nicht eine einzige Maßnahme vorgesehen sei, von Seiten der Staatsanwaltschaften ein beschleunigtes Vorgehen zu verlangen.

Die Verfahrensreformen, die unter dem Vorwand der damaligen Prozesse gegen die Rote Armee Fraktion durchgezogen wurden, im Deutschen Herbst Mitte der siebziger Jahre stellten bereits eine eindeutige Beschränkung der Rechte der Angeklagten vor Gericht dar. Nun soll als Sparmaßnahme hier noch weiter gegangen werden. Was vor diesen deutschen Gerichten, die unbehelligt ein Skandalurteil nach dem anderen fällen können, möglich ist, wenn die Verteidiger vollends rechtlos gemacht werden, ist durchaus vorstellbar. Der Beweisantrag, bisher ein entscheidendes Mittel der Verteidigung, soll also vor Amtsgerichten nicht mehr möglich sein. Schlechte Zeiten für Leute, die unschuldig vor Gericht kommen, aber auch für Bagatelldelikte und erst recht für politische Angeklagte. Dem Appell des Anwaltsvereins jedenfalls, diesen Entwurf sofort in Papierkörbe wandern zu lassen, kann man sich nur anschließen.

Operation 83 unter Wahldruck

Sozialabbau unumstritten

Viel spekuliert wurde in den letzten Tagen über die Verhandlungen zwischen FDP und SPD über den Haushaltsentwurf für das nächste Jahr. Aber unter dem Eindruck der Hamburger Wahlschlappe für die Koalition und den Rangeleien um die bevorstehende Hessenwahl, sowie aufgrund der Erfahrungen des letzten Jahres mit der Diskussion über immer neue Streichungen ist man vorsichtig geworden.

Bisher wurden nur die grundsätzlichen Positionen, die beide Parteien vertreten, an die Öffentlichkeit gegeben. Die FDP, das ist ganz klar, will den weiteren Sozialabbau, ganz im Stil der Politik von Strauß und Kohl, ausschließlich auf Kosten der arbeitenden Menschen und der Jugend. Die SPD ist gezwungen, wenigstens ein bißchen den Anschein zu erwecken, man wolle „gleichmäßig" belasten.

So sprach der neue Arbeitsminister Westphal, und auch Lahnstein, der — wir berichteten im letzten „Roten Morgen" darüber — eine Forderung wie „Die Reichen sollen die Krise bezahlen" allerdings rundweg und öffentlich ablehnt.

Lahnsteins Entwurf sieht einen Bundeshaushalt von 253 Milliarden Mark bei 30 Milliarden Mark Neuverschuldung des Bundes vor. Bereits diese beiden Grundzahlen beweisen, daß es tatsächlich eine Operation 83 geben wird, die die letztjährige in den Schatten stellen wird, denn sie stellen eine Ausgangsposition für demagogische Sparappelle dar.

Von den bisher bekanntgewordenen Opfern neuer Sparmaßnahmen sind, einmal mehr, die Arbeitslosen das meistgenannte „Objekt" Bonner Streichkonzerte. Ihre Bezüge und auch die Rente, das wurde schon offen genannt, sollen gekürzt werden.

Die Richtung ist klar, über das Ausmaß wird verhandelt. Hier wird es gelten, jegliche Initiative zum Widerstand in Betrieb und Stadtteil entschlossen zu unterstützen.

Kommunistische Oppositionelle in der DDR:

Seit 14 Monaten in Einzelhaft

Jüngstes Terrorurteil: 4 Jahre und 10 Monate Gefängnis

DORTMUND. — „Verstoß gegen die Zollgesetze" — dieser Vorwurf von DDR-Behörden gegen Reisende erinnert uns an Vorfälle, die unsere Partei betreffen. So wurden im Mai 1979 Reinhard S. und Wolfgang G. vom Staatssicherheitsdienst mit dieser Begründung verhaftet. Der wahre Grund war aber, daß Wolfgang G. damals Exemplare des „Roten Morgens"/Ausgabe DDR, des illegalen Zentralorgans unserer Partei in der DDR, bei sich hatte. Die beiden wurden tagelang von Stasi-Spezialisten verhört, wobei sich die Staatsschützer vor allem bemühten, etwas über die Tätigkeit der KPD im Westen, besonders aber natürlich im Osten Deutschlands herauszubekommen.

1979 existierte die KPD, Sektion DDR, bereits seit drei Jahren. In tiefer Illegalität. Denn Meinungs- und Organisationsfreiheit für Kommunisten, die das Honecker-Regime als staatskapitalistischen, ‚den angeblichen Arbeiter- und Bauernstaat als Arbeiter- und Bauerngefängnis kritisieren, gibt es in der DDR nicht. Für solche Kommunisten — sofern der Staatssicherheitsdienst ihrer habhaft werden kann — gibt es nur eins im Honecker-Staat: langjährige Gefängnisstrafen.

Seit nunmehr 14 Monaten sind Manfred Wilhelm, Arbeiter, und Andreas Bortfeldt, Mathematiker, inzwischen im Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in Berlin in Einzelzellen in Untersuchungshaft. (Obwohl die Strafprozeßordnung der DDR vorsieht, daß Ermittlungsverfahren nach drei Monaten abgeschlossen sein sollen!) **Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt drohen, wie vom Staatssicherheitsdienst schon angedeutet, Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren!** Auch andere kommunistische Oppositionelle, die ebenfalls seit dem letzten Jahr in U-Haft sind, müssen mit harten Gefängnisstrafen rechnen. Und warum? Weil sie zur Solidarität mit den Streiks in Polen aufgerufen haben; weil sie im Interesse der Erhaltung des Friedens den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt und den Abzug der sowjetischen Truppen fordern; weil sie gegen das Honecker-Regime, für Sozialismus und Demokratie kämpfen!

Welch drastische Strafen die DDR-Behörden in ihrer offensichtlichen Angst vor jeder Opposition, besonders aber vor der Opposition aus der Arbeiterklasse, verhängen, wurde erst Anfang Juni wieder unterstrichen. Einer der verhafteten Oppositionellen, gegen den ein Verfahren im Rahmen der genannten Vorwürfe lief, wurde zu 4 Jahren und 10 Monaten Gefängnis verurteilt!



In der DDR selbst hat das Honecker-Regime eine Mauer des Schweigens um diese politischen Gefangenen errichtet. Keine Zeile erschien über die Verhaftungen bisher in der Presse. So soll jede Solidarität von vornherein unterbunden werden. Aber auch gegen Bürger der Bundesrepublik und Westberlins setzen die Herrschenden in der DDR brutal ihre staatlichen Machtmittel ein, um die Entwicklung einer breiten Solidaritätsbewegung mit den inhaftierten kommunistischen Oppositionellen zu verhindern. So müssen Westberliner, die öffentlich gegen die Verhaftung von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt protestierten, damit rechnen, daß sie in Zukunft eine Reise in die Bundesrepublik nur noch per Flugzeug antreten können, weil ihnen die DDR-Behörden die Durchreise per Auto durch ihr Gebiet grundsätzlich verweigern.

Beispiele dafür gibt es. So erhielt im Januar dieses Jahres der Westberliner Betriebsrat Uwe Jessen einen entsprechenden Bescheid. Er ist nie mit Gesetzen der DDR in Konflikt gekommen. Aber er, Mitglied der RGO wie Horst Brey, hat im Januar an einem Solidaritätshungerstreik für die verhafteten Oppositionellen teilgenommen.

Solidarität tut not!

Die Verhafteten in der DDR brauchen unsere Solidarität! Verhindern wir durch unsere Solidarität, daß Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeldt und ihre politischen Freunde in den Gefängnissen des Stasi lebendig begraben werden, nur weil sie für Frieden, Sozialismus und Demokratie kämpfen!

Diese Aufforderung zum Protest und zur Solidarität richten wir ausdrücklich auch an die Anhänger der DKP: Ihr hattet zur Demonstration in Bonn am 10. Juni auch Mitglieder der Jugendorganisation der SED, der FDJ, einladen wollen. Nur: Niemand wird euch glauben, daß ihr es mit dem Bekenntnis für Frieden und Demokratie ernst meint, wenn ihr nicht in aller Öffentlichkeit dagegen protestiert, daß andere, die nicht wie die FDJ den Frieden lediglich ohne NATO-Waffen schaffen wollen, sondern genauso gegen die aggressive Politik der Sowjetunion, für den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt und den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR eintreten, keinerlei Meinungsfreiheit genießen, sondern für viele Jahre ins Gefängnis gesperrt werden!

Und wir erneuern an dieser Stelle unseren Aufruf an die Mitglieder all derjenigen linken Organisationen, die bisher wie die bürgerliche Presse Stillschweigen bewahren über das Schicksal der verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR: Macht Schluß mit diesem unwürdigen Verhalten. Sorgt dafür, daß eure Presse mithilft, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen.

Freiheit für die verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR! Für einen öffentlichen Prozeß, zu dem die Bevölkerung der DDR und internationale Beobachter Zutritt haben!

Horst Brey, Annegret Kehrer und Günter Römer sind wieder frei

In der DDR verurteilt und wieder abschoben

HAMBURG. — Horst Brey, RGO-Kollege und Ersatzbetriebsrat auf HDW/Hamburg, ist nach fast zwei Wochen Haft in der DDR wieder freigelassen und abgeschoben worden. Mit ihm kamen auch seine Bekannten Annegret Kehrer und Günter Römer, die wie er am 28. Mai vom Staatssicherheitsdienst verhaftet wurden, nach Hamburg zurück.

Drei Tage hatte es gedauert, bis die Angehörigen der Verhafteten die erste Nachricht aus der DDR erhielten. Solange waren die drei einfach verschwunden. Dann hieß es: Verstoß gegen das Transitabkommen. Was war geschehen? Nun, nichts dramatisches: auf der Fahrt durch die DDR von Hamburg nach Berlin sind die drei ein kurzes Stück von der Transitstrecke abgekommen. Als sie bemerkten, daß sie sich verfahren hatten, kehrten sie sofort um. Ist das ein Verbrechen?

Zusätzlich zu dem genannten Vorwurf läßt der Generalstaatsanwalt der DDR etliche Tage später verlauten, es werde auch noch wegen Verstoß gegen die Zollgesetze der DDR ermittelt. Damit soll die immer noch andauernde Haft begründet werden. Dieser Punkt wird allerdings schließlich wieder fallengelassen. Veranlassung für den Vorwurf waren offenbar einige den DDR-Behörden unliebsame Aufkleber, die Annegret Kehrer bei sich hatte.

So wurden die drei wegen des erstgenannten Vorwurfs zur Zahlung von 300 DM Geldstrafe verurteilt und Ende letzter Woche abgeschoben.

Wir protestieren entschieden gegen diese Schikanierung westdeutscher Arbeiter durch die Behörden des angeblichen Arbeiter- und Bauernstaates!

Bei Redaktionsschluß ungeklärt war noch, ob Horst Brey bei HDW weiterarbeiten kann. Denn die Werftbosse versuchten die in ihren Augen „günstige Gelegenheit" auszunutzen, um den ihnen unliebsamen Kollegen zu feuern! Da ist die Frau des Kollegen mit ihren drei kleinen Töchtern in tiefer Sorge um das Schicksal ihres Mannes, kommt selbst in finanzielle Not, und dann erhält sie noch die Mitteilung, daß ihr Mann entlassen werden soll. Am Dienstag wollte der Betriebsrat über seine Stellungnahme beraten; ein Glück, daß Horst wenigstens da schon wieder zurück war. Wir hoffen, daß bei Erscheinen dieser Ausgabe seine Weiterbeschäftigung bereits sichergestellt ist.

Solidarität auch in Westdeutschland verfolgt

DORTMUND. — In Westdeutschland hat sich ein Solidaritätskomitee für die verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR gebildet.

Am 22. Oktober 1981 organisierte dieses Komitee eine eindrucksvolle Aktion: Um die Mittagszeit besetzten neun Personen die Räume des DDR-Nachrichtendienstes ADN im Pressehaus in Bonn. Damit wurde erreicht, daß in einigen westdeutschen Zeitungen erste, wenn auch kleine Meldungen über die Verhaftung kommunistischer Oppositioneller in der DDR erschienen. Die DDR-Presse berichtete weiterhin nichts.

Die westdeutsche Polizei räumte das ADN-Büro.

Am 18. Mai erhielt der Sprecher des Komitees, Horst Dieter Koch aus Dortmund, einen Strafbefehl über 929 Mark (30 Tagessätze zu 30 Mark plus Gebühren).

Nichts anderes aber als die Tatsache, daß es in der Bundesrepublik als kapitalistischem Staat eine freie Presseberichterstattung nicht gibt, daß die bürgerlichen Medien alles tun, um in der Bevölkerung Sympathien für Regimegegner, besonders für Kommunisten, zu verhindern — an der Tagesordnung sind Falsch- und Hetzmeldungen, ansonsten schweigt man unliebsame Nachrichten tot —, hat die Besetzung des ADN-Büros notwendig gemacht und wird weitere spektakuläre Aktionen notwendig machen. Eine Berichterstattung in DDR-Medien konnte wie gesagt nicht erzwungen werden. Aber auch zur Information der DDR-Bevölkerung hat sich unsere Partei, haben sich Demokraten und Gegner der SED-Diktatur schon vieles einfallen lassen, wie die wiederholten Flugblatt-Abwurf-Aktionen per Luftballon.

Wegen Gesprächen mit DDR-Bürgern:

4 Monate in Stasi-Haft

KÖLN. — Erfahrungen mit den Verfolgungsmethoden des Stasi der DDR machte vom 10. Januar bis zum 10. Mai dieses Jahres auch Uwe Trieschmann, 25jähriger Medizinstudent aus Köln und an der dortigen Uni unter anderem Mitglied des Solidaritätskomitees für den unabhängigen polnischen Studentenverband NSZ. Wegen angeblichen Verstoßes gegen den Paragraphen 99 des Strafgesetzbuches — „Landesverräterische Nachrichtenübermittlungen" — wurde er vier Monate festgehalten, in einem Geheimprozeß zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt und schließlich abgeschoben.

In einem Interview mit der taz berichtete er dieser Tage über Umstände seiner Verhaftung, Haftbedingungen und Entlassung. Daß er wieder frei ist, so sagt er, verdankt er mit Sicherheit einer relativ breiten Solidarität, die ihm — im Gegensatz zu unseren Genossen, muß man leider hinzufügen — nicht nur von vielen seiner Kommilitonen, sondern auch von Vertretern der SPD, der GRÜNEN, des DGB und Regierungsvertretern zuteil wurde.

Verhaftet wurde Uwe Trieschmann, als er die Vorbereitungen zu seiner Abreise traf, auf offener Straße. Im Stasi-Quartier wurde ihm mitgeteilt, er haben gegen den § 99 verstoßen, eine genauere Begründung erhielt er nicht. In einer Anklageschrift wurden ihm vier Punkte vorgeworfen, die er aus dem Gedächtnis so zitiert:

- „Diskussionen zum Themenkomplex ‚Solidarność' und was in der DDR dazu gedacht wird;
- die Versorgungs- und Preissituation in der DDR;
- wie Jugendliche in der DDR zur sozialistischen Wehrerziehung stehen;
- Gespräche über die Freizeitsituation ‚negativ dekadenter Jugendlicher', wie die Vernehmer das auszudrücken pflegten.

Ich will an einem Punkt klarmachen, wie idiotisch die Vorwürfe waren. Ich habe die Vernehmer gefragt, was denn mit dem Punkt ‚Stimmung zur materiellen Versorgungssituation in der DDR' gemeint sei. Darauf haben sie nur geantwortet: ‚Haben Sie nun über Preise in der DDR gesprochen oder nicht?' So sehen deren Anklageschriften aus. Im Urteil, das im wesentlichen der Anklageschrift entsprach, heißt es unter anderem — ich habe diesen Teil immer wieder auswendig gelernt —: ‚...sich über gesellschaftliche Entwicklungstendenzen in der DDR zu informieren, in Erfahrung zu bringen, ob sich die konterrevolutionären Ereignisse in der Volksrepublik Polen unter der Regie der Solidarność als Modellfall für die DDR eignen. Das stellt aber nichts anderes dar, als die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR von innen aufzuweichen.' Diese Formulierungen zeigen meines Erachtens eindeutig, welche Angst die dortige Bürokratie vor dem einfachen und freien Meinungsaustausch hat."

„Ich habe in der DDR allgemeine Gespräche mit den Menschen dort geführt. Dazu hat man mich vernommen. Das waren normale Gespräche, die jeder Mensch führt. Ein Viertel der Gefangenen im Karl-Marx-Städter Knast, obwohl solche Schätzungen sicher ungenau sind, saßen wegen irgendwelcher politischen Handlungen, die z.B. mit Polen zusammenhingen. (...)

Ich habe dort jemanden kennengelernt, der Unterstützungsplakate für die Solidarność aufgehängt hatte und deswegen im Knast saß."

Vom Stasi wurde Uwe Trieschmann eine ganze Sammlung von Flugblättern vorgelegt, die er in Köln verteilt hatte. Man wußte sehr genau über all seine politischen Aktivitäten Bescheid. Woher? Uwe Trieschmann berichtet selbst:

„Inzwischen habe ich auch erfahren, daß das Frankfurter MSB-Mitglied Gerd Maneke auf einer Medizinervollversammlung an meinem ehemaligen Fachbereich Flugblätter vorstellte, die ich früher einmal unterzeichnet habe. Er sammelt sie offenbar sehr genau. Die Studenten haben ihn ausgepfiffen. Diese Kräfte sammeln hier sehr genau Material und haben überhaupt keine Skrupel, dies dem Stasi zur Verfügung zu stellen. Es gibt sicherlich noch andere Kanäle, wie sie das Material besorgen. Die DKP und der MSB sind für mich der legale Arm, den die SED hier hat, um an solche Informationen heranzukommen."

Nun, auf viele Spitzenfunktionäre, auf die Parteiführung der DKP trifft das sicher zu. Eine Tatsache, die den Mitgliedern dieser Partei und ihrer Nebenorganisationen zu denken geben sollte.

Die Erlebnisse Uwe Trieschmanns sind ein weiterer Beweis für die wahren Zustände in der DDR. Sie sollten auch ein weiterer Anlaß sein, die Solidarität mit den fortschrittlichen politischen Verfolgten, besonders mit der Arbeiteropposition, in diesem Staat zu verstärken!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692

[illegible] 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 42, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 83 23 28, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: O. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 44 30 14.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stocky, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491916

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554958, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 436043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Hoesch/Dortmund: Neue Demontagepläne

Günstigstenfalls eine Mini-Hütte?

DORTMUND. — Vor kurzem hat der Vorstand der Hoesch-Hüttenwerke neue, bisher bestrittene Pläne zur Demontage der Stahlbasis in Dortmund aus der Schublade gezogen. Demzufolge kristallisiert sich heraus, daß günstigstenfalls eine „Mini-Hütte" mit vielleicht 6000 oder 7000 Beschäftigten von dem Dortmunder Stahlriesen übrigbleiben soll.

Das neue Konzept sieht vor, daß die Stillegung der beiden Dortmunder Hoesch-Standorte Phoenix und Union sowie der Abbau der Gesamtbelegschaft noch schneller und radikaler vorangetrieben wird, als dies in dem bislang geltenden Plan vorgesehen war, der im Mai 1981 vom Aufsichtsrat sowie auch von der Betriebsratsspitze und der IGM-Führung abgesegnet worden war.

Schon in dem jetzt für überholt erklärten Konzept war das von der Belegschaft geforderte Ersatzstahlwerk für die veralteten Siemens-Martin-Öfen nicht mehr berücksichtigt. Zwar war der Bau eines neuen Oxygenstahlwerkes auf der Westfalenhütte darin vorgesehen, jedoch wäre dieses Stahlwerk lediglich ein Ersatz für ein momentan noch bestehendes anderes Oxygenstahlwerk im Werk Phoenix gewesen, das stillgelegt werden soll.

Das nun neu ausgepackte Konzept geht jedoch nur noch von einem kleineren Einzweckstahlwerk aus und schließt zugleich ein, daß die gesamte Profilstahlproduktion bei Hoesch zur Disposition gestellt bzw. zur Verhandlungsmasse erklärt wird für die anstehende Fusion mit Krupp oder aber für die ebenfalls anstehende Quotenfestlegung im Rahmen der Neuaufteilung des EG-Stahlmarktes.

Zugleich wurde vom Vorstand auch eine neue Personalabbau-Planung vorgelegt, derzufolge nicht mehr, wie bislang vorgesehen, die Belegschaft von gegenwärtig noch 16500 bis 1987 auf 13000 vermindert werden soll, sondern bereits bis Ende 1983!

Mit diesen neuen Ankündigungen wurden bisher dementierte Äußerungen des Hoesch-Vorstandsmitgliedes Consemüller faktisch bestätigt, die dieser im März dieses Jahres gemacht hatte. Consemüller hatte damals für Aufregung gesorgt, als er erklärte: Die Belegschaft der Hüttenwerke müsse noch vor Ablauf der 80er Jahre unter die Zehntausendgrenze gedrückt werden, falls in Dortmund profitabel Stahl produziert werden solle.

Die Hoesch-Belegschaft erfuhr über die neuesten Vorstandspläne erstmalig durch ein Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe, das am 1. Juni vor den Werkstoren verteilt wurde. Darin heißt es:

„Dem Vorstand schwebt eine Hütte vor, wie man sie vorletzte Woche in Gent/Belgien besichtigt hat: mit 3,5 Millionen Jahrestonnen (bei der bisherigen Planung waren noch 4,5 Millionen Jahrestonnen vorgesehen — RM), Warmbreitbandstraße, Kaltwalzwerk mit Durchlaufglühe und nur 6500 Belegschaftsmitgliedern."

Die stufenweise Enthüllung stets radikalerer Demontagepläne des Hoesch-Vorstands zwingt zudem zu der Befürchtung, daß nach wie vor die völlige Liquidierung der Stahlbasis in Dortmund als Plan in den Schubladen liegt. Derartiges war in früheren Äußerungen vom obersten Hoesch-Chef Rohwedder bereits ausgesprochen worden: Daß nämlich eventuell von den Hoesch-Hüttenwerken letztlich nur noch eine „Kaltwalzwerks AG" mit höchstens 3000 Beschäftigten als Überrest bleiben könnte.

„Stählerne Faust", Betriebszeitung der KPD für die Dortmunder Hoesch-Betriebe

„Wir sind nicht machtlos . . ."

Am 8. Juni wurde bei den Hoesch-Hüttenwerken die KPD-Betriebszeitung „Stählerne Faust" verteilt. Unter der Überschrift „Wir sind nicht machtlos gegen Kurzarbeit, Arbeitshetze, Arbeitsplatzvernichtung" wird darin auf die neuesten Arbeitsplatzvernichtungspläne der Hoesch-Bosse, aber auch in der Stahlindustrie insgesamt, eingegangen. Unter anderem heißt es in der Betriebszeitung der Kommunisten:

Auch bei den anderen Konzernen der Eisen- und Stahlindustrie sieht es ähnlich aus: Kurzarbeit und Betriebsschließungen stehen überall bevor. Zur Durchsetzung ihrer Preiserhöhungen führen die Konzerne eine künstliche Verknappung des Angebots an Stahl durch; die Stahlarbeiter sollen dies — wie in den letzten Jahren schon — durch verschärfte Kurzarbeit bezahlen. Gleichzeitig bereitet man neue Angriffe im Hintergrund vor.

Im Zusammenhang mit dem 30.6. — Antragsschluß für Subventionsgesuche an die Bundesregierung — werden Absprachen aller großen Konzerne getroffen, wer in Zukunft noch was produziert; welche Straßen und Stahlwerke dichtgemacht werden sollen — zur Verbesserung der Profitsituation der Stahl- und Bankkonzerne.

Vor diesem Hintergrund stellt sich für uns Stahlarbeiter die Frage: Nehmen wir und unsere Gewerkschaft dies kampflos hin? Oder setzen wir den Plänen der Eisen- und Stahlbarone unsere Forderung nach gesicherter Arbeit und ausreichendem Lohn entgegen? Hieran scheiden sich auch die Geister in den Betriebsräten der Hütte:

- **Stimmt man weiteren Schließungen zu: SM 3, Block- und Halbzeugstraße auf der Westfalenhütte, Stahlgießerei auf Phoenix?**
- **Stimmt man Kurzarbeit und Einführung von Prämienlohnbestandteilen zu?**
- **Fordert man gemeinsam mit Rohwedder und Lambsdorff die Vernichtung von Arbeitsplätzen unserer Kollegen bei anderen Konzernen in Deutschland und in der EG?**

Oder entwickelt man aus den Betrieben und in der IGM Schritte zur Durchsetzung der Forderungen, die in Sonntagsreden und auf Kongressen genannt werden, wie:

- **Keine Zustimmung zur Schließung von Betrieben, ohne daß die gleiche Zahl von Ersatzarbeitsplätzen tatsächlich vorhanden ist!**
- **Subventionen nur bei Arbeitsplatzgarantie!**
- **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, 5. Schicht für Contibetriebe!**
- **Gesetzliches Rentenalter auf 55 Jahre!**

Demontage des Stahlriesen Hoesch

Wie ist das möglich?

Die Belegschaft der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund ist innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte halbiert worden. Damit nicht genug: Wo einst 36000 Menschen beschäftigt waren, soll die Belegschaft in wenigen Jahren unter die Zehntausendergrenze gedrückt werden. Bis zum Ende der Achtziger Jahre droht dem einst so stolzen Stahlriesen mit allen seinen Hochöfen, Konvertern und Stranggußanlagen womöglich das totale Aus. Für die Stahlstadt Dortmund mit bereits heute 11,6 Prozent registrierten Arbeitslosen wäre die Katastrophe perfekt!

Wie konnte es überhaupt soweit kommen? Warum wurden die Arbeitsplatzkiller in den Chefetagen von Estel-Hoesch (bzw. die hinter ihnen stehenden Finanzhaie der Deutschen Bank) nicht rechtzeitig in ihre Schranken verwiesen? Die Hoesch-Belegschaft galt schließlich lange Zeit als eine der kampfstärksten Belegschaften der Bundesrepublik. Es waren die Stahlkocher von Hoesch gewesen, die im September 1969 den Reigen der gewaltigen Welle sogenannter wilder Streiks eröffnet hatten...

Aber wohl gerade deshalb haben die „Sozialpartner" der Konzernherren und Finanzmagnaten, die Loderer, Judith und Konsorten in der Frankfurter IGM-Zentrale, aber auch ihre Parteifreunde in den Regierungssesseln von Bonn und Düsseldorf ihr ganz besonderes Augenmerk in den vergangenen Jahren auf die Dortmunder Stahlkocher gerichtet.

Mit ihrer langjährigen Erfahrung in Sachen Arbeiterverrat haben sie alles getan, um hier, in einem der Zentren des Ruhrgebiets, den „sozialen Frieden" zu retten. Wie sagte doch warnend ein CDU-Politiker in den Sechzigerjahren? „Wenn es and er Ruhr brennt, gibt es am Rhein nicht genug Wasser, um zu löschen".

Dieser vielsagende Ausspruch bezog sich damals auf die Unruhe der Ruhrkumpels wegen des großen Zechenkillens, jenem Kahlschlag im Steinkohlebergbau, ähnlich radikal, wie heute der der Stahlbarone.

Und es ist den Herren bislang gelungen, den „Risikofaktor Hoesch" auszuschalten. Sie haben die Funken ausgetreten. Sie haben zunächst verhindert, daß von Hoesch ausgehend ein Steppenbrand die Stahlindustrie erfaßt, der dann auf andere Bereiche übergreifen könnte und zum Steppenbrand des Massenwiderstands zu werden droht, einer konsequenten Gegenwehr gegen Stillegungen und Arbeitsplatzvernichtung auf breiter Front, einer machtvollen Bewegung für die kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze.

Wie eh und je war dies nur möglich durch die uralte Taktik von Zuckerbrot und Peitsche. Die Politiker in Bonn und Düsseldorf machten Milliarden an Steuergeldern locker, aber auch an Geldern aus der Arbeitslosenversicherung. Diese Gelder wurden und werden den Stahlbaronen zugeschoben, weil sie ansonsten nicht bereit wären, Sozialpläne zuzugestehen, die es ermöglichen, die Arbeitsplatzvernichtung „sozial abzufedern". Also: Direkte Massenentlassungen vermeiden, ältere Kollegen durch die berühmte 59-Regelung vorzeitig in den Ruhestand entlassen, jüngeren relativ verlockende Abfindungen anbieten und dergleichen mehr.

Auf diese Weise werden die Schmerzen der Kahlschlagprogramme für die betroffenen Belegschaften erheblich gelindert. Das dicke Ende kommt zwar dann trotzdem, nur eben mit Verzögerung: Dortmund, schon heute eine der Großstädte mit der höchsten Arbeitslosigkeit, droht in den kommenden Jahren zum Elendsviertel des Ruhrreviers zu werden!

Das Zuckerbrot allein reichte allerdings nicht, um den Kampf bei Hoesch niederzuhalten. Die Peitsche muß dazukommen. Es galt zusätzlich diejenigen einzuschüchtern oder niederzumachen, die dennoch kämpfen wollen.

Auch beim Schwingen der Peitsche halfen sogenannte Arbeitnehmervertreter den Bossen. Denn gegen eine Belegschaft wie die von Hoesch läßt sich wohl nur unter der Voraussetzung erfolgreich die Peitsche schwingen, daß sie von ihren eigenen Führern (bzw. einem maßgeblichen Teil davon) betrogen und gespalten wird.

Spätestens Ende 1979 zeichnete es sich für Kenner der Materie deutlich ab, daß die Stahlkrise nach den Plänen der Stahlbarone zu einer Art „Endlösung" bei Hoesch führen sollte. Auch den Kommunisten, obgleich sie nicht in den Mitbestimmungssesseln der Konzern-Aufsichtsräte sitzen, wie die Gewerkschaftsbonzen, konnte dies nicht verborgen bleiben.

So findet sich bereits in der Ausgabe 39/79 des „Roten Morgens" (Erscheinungsdatum: 28. September 1979) ein Beitrag mit der Überschrift: **„Hoesch/Dortmund — Die Hütte darf nicht sterben! — Wird Stahlbasis aus Dortmund verlagert?"**.

In diesem Artikel wird bereits die Erkenntnis ausgesprochen, daß die Estel-Hoesch-Bosse die ersatzlose Stillegung der schon längst veralteten Siemens-Martin-Öfen beabsichtigen. Und es wird klar festgestellt, daß dies **„auf längere Sicht den Tod der ganzen Hoesch-Hütte bedeuten"** würde. Etwa zum gleichen Zeitpunkt schrieb die KPD-Betriebszeitung für Hoesch, „Stählerne Faust": **„Der Stahlmulti Estel spekuliert damit, uns hier in Dortmund am langen Arm verhungern zu lassen. Wir dürfen nicht warten, bis die Würfel gefallen sind, werkschaft müssen sofort darangehen, den Protest der Belegschaft zu organisieren."**

Wie sehr haben diese Worte sich inzwischen bewahrheitet! Und auch die zuständigen Funktionsträger der IG Metall sowie die Betriebsratsspitzen haben zweifellos damals die Wahrheit dieser Worte genau gekannt.

Aber sie taten so, als hätten sie keine Ahnung. Sie taten die Warnungen der Kommunisten sowie der RGO-Betriebsräte mitleidig lächelnd als Hirngespinste ab, als Hetze und Schwarzmalerei von Chaoten.

Die Hoesch-Bosse pokerten indessen eiskalt und forderten Ende 1979 von Betriebsrat und IGM die Zustimmung zum Abbau von 4200 Arbeitsplätzen auf der Hütte als „Vorleistung" für den Bau des bereits seit 1970 versprochenen neuen Oxygenstahlwerkes, das die veralteten Siemens-Martin-Werke ersetzen sollte. Inzwischen sind bereits doppelt soviele Arbeitsplätze abgebaut. Aber von einem Ersatz für die Siemens-Martin-Werke ist heute weniger denn je die Rede!

Die Kommunisten und die RGO-Betriebsgruppe warnten damals eindringlich: Nur die kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze sei ein gangbarer Weg, um den Kahlschlag bei Hoesch abzublocken, bevor er noch richtig in Gang gekommen ist!

Die RGO-Betriebsräte machten dann einen hinter verschlossenen Türen zwischen der Werksleitung und der Betriebsratsspitze ausgehandelten Sozialplanentwurf gegenüber den IGM-Vertrauensleuten bekannt, um zu verhindern, daß alles über die Köpfe der Belegschaft hinweg entschieden würde. Dieser Schritt diente den Bossen und Bonzen als Vorwand, um loszuschlagen. Auf Antrag der Betriebsratsspitzen (!) wurden die beiden RGO-Betriebsräte bei Hoesch-Union, Hartmut Siemon und Norbert Bömer, fristlos entlassen.

Bei diesem bösen Spiel hatten sich auch die DKP-Betriebsgruppe und andere Kräfte beteiligt, die sich als links verstehen oder sich links geben. Es ist sicher verständlich, daß unter diesen Umständen ein solcher Schlag gegen die Sprecher des kämpferischsten Teils der Hoesch-Belegschaft nicht nur eine zeitweise Lähmung hervorrufen sondern auch einen massiven Einschüchterungseffekt auf viele Kollegen haben mußte. Und der war sicherlich nicht unbeabsichtigt.

Dies konnte dann durch die Tatsache nicht mehr wettgemacht werden, daß nach Monaten einer massiven Aufklärungs- und Solidaritätskampagne die beiden gefeuerten Betriebsräte ihren Arbeitsgerichtsprozeß endgültig gewannen und wieder eingestellt werden mußten.

Es gab natürlich noch viele andere Stationen des Verrats in diesem Kampf. So legten am 9. April 1981 die Belegschaften in allen drei Werken die Arbeit nieder und gingen auf die Straße. Das Verwaltungsgebäude von Hoesch wurde von den streikenden Stahlkochern besetzt. In dieser Situation wiegelten einige Vorstandsmitglieder der IG Metall höchstpersönlich gemeinsam mit dem Betriebsratsvorsitzenden Kurt Schrade ab. Sie spalteten die Kollegen und erreichten, daß auch diese machtvolle Aktion ergebnislos abgebrochen werden mußte.

Kahlschlag bis zum bitteren Ende?

Da hilft nur noch radikale Gegenwehr!

Im Jahre 1965 fanden bei den Hoesch-Hüttenwerken in Dortmund mit ihren drei Standorten Westfalenhütte, Phoenix und Union noch rund 36000 Menschen Arbeit und Auskommen. Fünfzehn Jahre später, Anfang 1980 hatten die Rationalisierungsfeldherren im Konzernvorstand die Belegschaftszahl im Zuge der allgemeinen Wirtschaftskrise und der besonderen Krise der Stahlindustrie um rund 12000, also genau um ein Drittel, reduziert! Und jetzt, nach zwei weiteren Jahren, sind bei den Hoesch-Hüttenwerken in Dortmund nur noch 16500 Menschen beschäftigt! Der allerneueste Stand der Rationalisierungskampagne bei Hoesch (die inzwischen auf die Großfusion mit der Krupp Stahl AG zur „Ruhrstahl AG" zugespitzt wurde) enthält als neue Orientierungsmarke einen weiteren Abbau der Belegschaft auf 13000 bis in zwei Jahren, also bis 1984. Damit wäre gegenüber 1965 bei den Hoesch-Hüttenwerken die Belegschaft um 23000 bzw. um nahezu zwei Drittel abgebaut worden. Und dies soll noch nicht der Endpunkt sein! Vielmehr zeichnet sich heute schon ab, daß die Stahlbarone bis zum Ende dieses Jahrzehnts von dem einstigen stolzen Dortmunder Stahlriesen im günstigsten Falle eine Minihütte mit ca. 7000 Beschäftigten übrig lassen wollen. Die Rede ist aber auch seit längerem schon davon, daß die Stahlbasis in Dortmund vollends ganz liquidiert werden und daß als trauriger Restbestand anstelle der Hoesch-Hüttenwerke lediglich noch eine „Kaltwalzwerks GmbH" mit ca. 3000 Beschäftigten in Dortmund stehen soll. Es gibt wohl nur eine reale Möglichkeit, zu verhindern, daß dieses Kahlschlagsprogramm bis zum bitteren Ende weitergetrieben wird: Die Belegschaft muß, unterstützt von der Bevölkerung in Dortmund, sich zu radikaler Gegenwehr aufraffen; sie muß einen militanten Kampf bis hin zum unbefristeten Streik und zur Besetzung der Hüttenwerke beginnen. Daß es dazu bislang noch nicht gekommen ist, haben die Stahlbarone zuallererst den SPD-Politikern und der Gewerkschaftsführung (nicht zuletzt dem „Stahlexperten" im IGM-Vorstand Rudolf Judith) sowie der Betriebsratsspitze bei Hoesch zu verdanken.

DGB im Kampf gegen „Operation 83" gefordert

Diesmal muß es zwei, drei, viele Stuttgarts geben

In Bonn haben die Vorbereitungen auf die „Operation 83" begonnen. Neue „Grausamkeiten" sind bereits angekündigt. Die Schnitte ins soziale Netz sollen in diesem Jahr noch tiefer gehen. Als im letzten Jahr zum ersten Mal ein scharfer Sozialabbau durch einen Sparhaushalt vorgenommen wurde, gab es von Seiten des DGB nur in Stuttgart eine machtvolle Protestaktion. Als dann Anfang dieses Jahres die verschärfte Zumutbarkeitsregelung durchgepeitscht wurde, fiel der Protest des DGB erneut viel zu lasch aus. Ein drittes Mal darf es nicht zu einem derartigen Versagen kommen.

Angekündigt wurden jetzt schon Kürzungen bei den Sozialversicherungsleistungen für Arbeitslose sowie ein Vorziehen der Beteiligung der Rentner an den Krankenversicherungsbeiträgen auf 1983. Ferner stehen Absichten wie die Einführung von Karenztagen im Krankheitsfall weiterhin im Raum.

Nicht nur die offiziellen Sprachrohre der Unternehmerschaft sowie die Unionsparteien und die FDP-Führung erklären ganz unverfroren, der Sozialabbau müsse weiter verschärft werden. Auch die SPD-Führung läßt keinen Zweifel an ihren finsteren Absichten. Bundeskanzler Schmidt hat unmißverständlich erklärt, er halte „weitere Kürzungen bei den Sozialleistungen" für notwendig.

Die bisherigen Eingriffe ins soziale Netz haben im Zusammenwirken mit Lohnabschlüssen, die hinter der Teuerungsrate zurückblieben, inzwischen schon eine deutliche Senkung unseres Lebensstandards bewirkt. Das drückt sich zum Beispiel aktuell darin aus, daß viele Arbeiterfamilien sich in diesem Jahr überhaupt keinen oder keinen ausreichenden Urlaub mehr leisten können. Es wird höchste Zeit, daß diesem Trend endlich massiver Widerstand entgegengesetzt wird. Das ist nur möglich, durch große Massenaktionen des DGB.

Auf dem DGB-Kongreß in Berlin wurden in dieser Beziehung von einigen Delegierten deutliche Worte gesprochen: Mit Beschlüssen und Appellen an die Regierung allein sei überhaupt nichts zu erreichen; es müßten endlich auch entsprechende Aktionen kommen; die Tatsache, daß es im letzten Jahr nur „ein Stuttgart" gegeben habe, sei Ausdruck der Passivität der DGB-Führung; in Zukunft müsse dies ganz anders laufen.

Nach dem DGB-Kongreß haben verschiedene prominente Gewerkschaftsführer vom linken Flügel diese Kritik noch einmal bekräftigt. So schreibt z. B. Detlev Hensche in der neuesten Ausgabe von „druck und papier":

„Was bringt unser Protest gegen Sozialabbau — solange wir ihn nicht durch Aktionen untermauern?"

Und Hensche schreibt weiter: *„Zwar heißt es immer wieder: ‚Die Gewerkschaften werden Eingriffe ins soziale Netz nicht hinnehmen'. Aber den Beweis sind wir bisher schuldig geblieben. Oder brachte der Haushalt '82, brachte die Neufassung der Zumutbarkeitsregelung keinen Sozialabbau? Was soll denn noch geschehen, bis wir aufstehen!"*

Im vergangenen Jahr hat die DGB-Führung ganz gezielt eine Taktik des Abwartens und Hinhaltens der Basis betrieben, bis die Bonner Sparbeschlüsse dann praktisch festgeschrieben waren. Auch bei der Zumutbarkeitsregelung kamen Protestaktionen, sofern überhaupt, viel zu spät. Eine solche Abwiegelungsmethode muß diesmal durchkreuzt werden. Es ist höchste Zeit, nun die dazu geeigneten Initiativen und Schritte zu unternehmen.

Die Kapitalisten und ihre Geschäftsträger in den Regierungssesseln fürchten sich sehr davor, daß ein machtvoller gewerkschaftlich organisierter Kampf gegen die „Operation 83" zum Tragen kommen könnte. So heißt es in einem Kommentar im „Handelsblatt" vom 11. Juni '82:

„Der Ruf nach ‚Aktionen', der auf dem 12. DGB-Bundeskongreß in Berlin laut wurde, schallt nun aus den Einzelgewerkschaften vielstimmig zurück. (...) Die Gefahr ist groß, daß aus den Drohgebärden, die die Koalitionäre bei ihren Beratungen für die Operation '83 einschüchtern sollen, Massen-Demonstrationen werden."

Sorgen wir dafür, daß sich die Befürchtungen der Herren bestätigen. Es darf in diesem Jahr nicht nur eine machtvolle Aktion geben, wie im letzten Herbst in Stuttgart. Es muß zwei, drei, viele Stuttgarts geben! Stoppt den Angriff auf unseren sozialen Besitzstand. Stoppt den Abbau unseres Lebensstandards!

Mehrfach kam es bei Küppersbusch in Gelsenkirchen zu Arbeitsniederlegungen und Protestmärschen. Die Kollegen wehren sich damit gegen Pläne der Konzernherren von AEG, mindestens 600 Arbeitsplätze in ihrer Firma zu vernichten.

300 000 Arbeitsplätze „verschwunden"

In einer Betrachtung über die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Mai 1982 konstatiert die Wochenzeitung „Die Zeit" einen Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen. Weiter heißt es dann in dem Beitrag:

„Doch damit noch nicht genug der Hiobsbotschaften. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die Zahl der Beschäftigten im dritten Quartal des letzten Jahres nur noch knapp 21 Millionen betrug und damit gegenüber 1980 um fast 300 000 gesunken ist. Das bedeutet, daß 300 000 Arbeitsplätze verschwunden sind."

So kann man es natürlich auch ausdrücken. Ehrlicher wäre es, einzugestehen, daß diese 300 000 Arbeitsplätze nicht auf mysteriöse Weise „verschwunden" sind, sondern daß sie von bestimmten Kreisen systematisch vernichtet wurden.

Und zwar handelt es sich keineswegs um unbekannte Täter. Sie sind vielmehr wohlbekannt. Es sind die Herrschaften in den Zentralen der Großbanken und in den Chefetagen der Konzerne: Die Bosse von AEG, Hoesch, Siemens usw. usf. Kurz: Die Kapitalisten. Als Komplizen betätigen sich dabei ihre Freunde in den Regierungssesseln.

Auch das Tatmotiv läßt sich unschwer herausfinden: Profitgier.

Ist man aber in der Aufklärung dieses Falles erst einmal soweit vorgedrungen, dann fällt es gar nicht mehr schwer, den Weg zu zeigen, auf dem sich das „Verschwinden" von Arbeitsplätzen fortan verhindern läßt. Die Übeltäter auf frischer Tat ertappen und ihnen das Handwerk legen ...

Rotstift und Arbeitsplatzvernichtung bei Städten und Gemeinden

ÖTV-Westfalen kündigt Aktionen an

BOTTROP. — Rund 10 Prozent aller Beschäftigten wollen die Städte und Gemeinden in den kommenden zwei bis drei Jahren entlassen. Die Stellenstreichungen sind mit einem entsprechenden Abbau von Dienstleistungen verbunden. Auf einer außerordentlichen Personalrätekonferenz der ÖTV in Bottrop kündigten Gewerkschaftsfunktionäre Protestaktionen gegen die Rotstiftpolitik an.

Auf der Personalrätekonferenz des Bezirks NW II am 2. Juni in Bottrop wurde ein Überblick über den von den Städten und Gemeinden angesteuerten Abbau von Personal und Dienstleistungen gegeben. Allein im öffentlichen Dienst von Westfalen sollen fast 10 000 Arbeitsplätze gestrichen werden. Derzeit sind hier noch 93 000 Arbeitsplätze vorhanden.

Dieser drastische Personalabbau kann natürlich nur im Zusammenhang mit der Streichung von Dienstleistungen durchgezogen werden. So wird in allen Städten die Schließung von Nebenstellen der Stadtbüchereien angestrebt. Ebenso sollen Nebenstellen der kommunalen Verwaltungsorgane abgebaut werden. In Dortmund werden die Öffnungszeiten von Kindergärten und Hallenbädern verringert. In Bochum wird gar erwogen, ob die Anlieger ihre Bürgersteige künftig selbst säubern sollen, damit 54 Stellen bei der Stadtreinigung eingespart werden können.

Auf der Personalratsversammlung wurden Aktionen gegen diese Maßnahmen angekündigt. Gleichzeitig wurde ein gemeinsamer aktiver Widerstand des gesamten DGB gefordert. Auch die Bevölkerung möchten die ÖTV-Gewerkschafter in den Protest einbeziehen, ist sie doch durch den Dienstleistungsabbau unmittelbar mitbetroffen.

Der Widerstand soll zunächst durch Flugblattaktionen, Informationsstände und Demonstrationen entfaltet werden. Wenn es sich als nötig erweist, müsse jedoch auch mit Streiks die Verteidigung der bedrohten Arbeitsplätze sichergestellt werden.

Rainer Schellbach, Personalratsvorsitzender bei der Dortmunder Stadtverwaltung, stellte auf einer Pressekonferenz klar, daß der Rüstungshaushalt für den DGB nicht länger tabu sein dürfte. Der Widerstand gegen Rotstiftpolitik und Sozialabbau sei eng mit dem Kampf gegen steigende Rüstungsausgaben und mit der Friedensbewegung verbunden.

Ehemalige VDM-Arbeiter:

Arbeitsplätze statt Sozialpläne!

Ehemalige Belegschaftsmitglieder des stillgelegten VDM-Werkes in Frankfurt appellierten kürzlich an alle Belegschaften, die von Arbeitsplatzvernichtung bedroht sind: „Verlaßt Euch nicht auf Sozialpläne sondern verteidigt Eure Arbeitsplätze!" Die Kollegen, die seit dem 31. März 1982 arbeitslos sind, gaben am 2. Juni eine Pressekonferenz, um diesen dringenden Rat allen Kollegen zu geben, denen ein ähnliches Schicksal wie ihnen droht. Die VDM-Arbeitslosen wiesen nach, daß das Arbeitsamt bis zu 70 Prozent der durch Sozialplan zugestandenen Abfindungen auf das Arbeitslosengeld anrechnet. Handhabe dazu bietet der seit dem 1. Januar dieses Jahres neugefaßte Paragraph 117 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG). Ferner berichteten Kollegen auf der Pressekonferenz auch über menschenunwürdige Behandlung auf dem Arbeitsamt. Ca. 100 ehemalige VDM-Arbeiter haben sich zu einer Arbeitsloseninitiative zusammengeschlossen. Im Herbst vergangenen Jahres hatte die VDM-Belegschaft einen aufsehenerregenden Kampf gegen die Stillegung ihres Werkes und für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze geführt: Sie trat in den Streik und besetzte den Betrieb. Der Kampf dauerte acht Tage. Dann wurde er von den Bonzen der IGM-Ortsverwaltung gespalten und abgewürgt. Anstatt den Erhalt der Arbeitsplätze zu fordern, handelten sie einen „guten" Sozialplan aus.

Erneut Protestaktionen bei Küppersbusch

„AEG-Multi-Mafia"

GELSENKIRCHEN. — Bei dem zum AEG-Konzern gehörenden Herde- und Großküchenhersteller Küppersbusch in Gelsenkirchen kam es in der vergangenen Woche wieder zu Arbeitsniederlegungen gegen die angekündigte Vernichtung von 600 Arbeitsplätzen. Bereits am Freitag vorletzter Woche war die Küppersbusch-Belegschaft auf die Straße gegangen.

Zu der ersten Protestaktion, die am Freitag, dem 4. Juni, stattfand war es gekommen, als die Belegschaft durch einen Zeitungsbericht in der „Frankfurter Rundschau" über die geplante Arbeitsplatzvernichtung in ihrem Werk erfahren hatte. Bis Ende nächsten Jahres ist ein Abbau der Belegschaft um 600 Beschäftigte vorgesehen. Noch in diesem Jahr sollen 250 Kollegen „dran glauben". Außerdem gibt es Gerüchte, daß die zentrale Kochmuldenherstellung in einen anderen Betrieb des AEG-Konzerns in Rothenburg/Taubern verlagert und daß das ganze Werk 1 dichtgemacht werden soll.

Diese erste Aktion dauerte ca. eineinhalb Stunden. Nahezu zweitausend Kollegen beteiligten sich und zogen vor das Verwaltungsgebäude. Im Sprechchor riefen die Kollegen: „Hände weg von Küppersbusch".

Erst nach diesem Massenprotest wurde der Betriebsrat vom Vorstand des AEG-Unternehmensbereichs Hausgeräte über die bisher offiziell geplante Arbeitsplatzvernichtung informiert.

Am gleichen Tag gab es parallel zu dieser Aktion auch bei Zanker in Tübingen massive Protestaktionen der Belegschaft gegen Arbeitsplatzvernichtung. Dieses ebenfalls zum AEG-Hausgeräte-Bereich gehörende Unternehmen (Waschmaschinen und Wäschepflege) mit 1000 Beschäftigten soll — wie die Konzernbosse völlig überraschend mitgeteilt hatten — bis Ende nächsten Jahres völlig dichtgemacht werden. Die Zanker-Belegschaft streikte und demonstrierte deshalb vorletzte Woche spontan am Donnerstagnachmittag sowie am Freitag den ganzen Tag über. (Vgl. letzter RM).

Anfang letzter Woche kam es nun bei Küppersbusch in Gelsenkirchen zu weiteren Protestaktionen. Am Montag ruhte für zwei Stunden die Produktion. Unter freiem Himmel hielt die Belegschaft eine außerordentliche Betriebsversammlung ab. Ca. 1 500 Kollegen — die gesamte Frühschicht einschließlich der Angestellten — nahmen daran teil.

In der Diskussion wurde unter anderem angeprangert, daß Küppersbusch vom Staat vor kurzem 82 Millionen Mark an Subventionen erhalten habe, ohne daß irgendwelche Garantien verlangt worden wären, daß wenigstens der gegenwärtige Belegschaftsstand zu halten ist.

Für den folgenden Tag (Dienstag, 8. Juni) hatte dann die IG-Metall-Vertrauenskörperleitung und die Ortsverwaltung Gelsenkirchen zu einer Protestaktion um 14.30 Uhr vor der Hauptverwaltung aufgerufen. Anlaß: Für 15 Uhr war dort eine Aufsichtsratssitzung angesetzt. Auch zu dieser Aktion kamen nahezu 2000 Frauen und Männer der Küppersbusch-Belegschaft. Die komplette Frühschicht sowie ein großer Teil der Mittagsschicht beteiligte sich daran.

Parolen waren unter anderem: „Küppersbusch darf nicht sterben — sonst stirbt auch Gelsenkirchen" (Gelsenkirchen hat heute schon über 11 Prozent Arbeitslose und beim Schalker Verein, einem Stahlunternehmen des Thyssen-Konzerns, soll die Produktion stufenweise stillgelegt werden); „AEG-Multi-Mafia"; „Kapitalisten machen alles kaputt".

Es scheint so, als wollten der Betriebsratsvorsitzende Willi Scherer und der 1. IGM-Bevollmächtigte Karl Ernst den Rationalisierungsplänen der AEG-Bosse grundsätzlich ihren Segen geben, falls die Entlassungen nur durch einen entsprechenden Sozialplan „sozial abgefedert" werden. Damit würden sie nicht nur der Belegschaft von Küppersbusch sowie der arbeitenden Bevölkerung von Gelsenkirchen sondern auch dem Widerstand der gesamten AEG-Konzernbelegschaft gegen Rationalisierungsterror und Arbeitsplatzvernichtung in den Rücken fallen.

Soviel es politisch zur Bonner Friedensdemonstration zu sagen gibt, eines muß man doch vorneweg festhalten. Nämlich daß der von der Bundesregierung dringlich erbetene Besuch Reagans in Bonn es geschafft hat, die größte Friedensdemonstration der deutschen Geschichte zustande zu bringen. Denn das war, jenseits aller Aufrufe und aller Reden und sonstigen Vorstellungen ein eindeutiges Bild: Diese Menschenmassen kamen, weil sie diesen US-Präsidenten und seinen Kurs ablehnen.

Reagan hat's geschafft:

Größte Friedensdemonstration der deutschen Geschichte

Natürlich steht in allem, was man über diese Demonstration gegen den NATO-Gipfel sagen will, der 10. Oktober letzten Jahres als Maßstab zur Verfügung. Und da kann man zum einen eben sagen: Es waren mehr, deutlich mehr. Wieviele genau, das wird sich keiner erkühnen zu sagen, der dabei war, der dort etwa noch versuchte, bestimmte Organisationen zu treffen oder ähnliches.

Man kann auch sagen, daß es eine Demonstration gegen die NATO und gegen Ronald Reagan war und in weiten Bereichen auch gegen die Bundesregierung. Das zeigte beispielsweise die Reaktion auf einen Infostand, den die FDP aufgebaut hatte. Dies wurde nicht nur von nahezu allen Teilnehmern als Frechheit verstanden, daß da ausgerechnet die Genscher-Partei, deren Vorsitzender sich ja rühmt, er sei der Vater des Bonner NATO-Gipfels, sich als friedensbewegt verkaufen will, sondern es wurden auch viele Stimmen laut, die einen Abbau, mindestens aber einen Boykott, forderten.

Auf der anderen Seite zeigte sich sehr deutlich, daß die Gefahren, die dieser Friedensbewegung drohen, groß sind. Sehr starke Tendenzen zu alleralgemeinsten Abrüstungsappellen, die niemand weh tun, die als Appell auch von den Herren Kriegstreibern gebracht werden, die sich da, durch ein Riesenaufgebot an Polizei, Bundesgrenzschutz und Leibwächtern abgesichert, auf der anderen Rheinseite zu ihrem NATO-Gipfel trafen. Ohne Zweifel war dabei der Block, der sich vom Hauptbahnhof aus in Bewegung setzte, derjenige, der die deutlichste Anti-NATO-Stoßrichtung hatte, was abzusehen war, weshalb auch die KPD beschlossen hatte, dort mitzumarschieren. Was bei weitem nicht allen gelang. Neben den dafür bestimmten Genossen der KPD gab es so fast überall kleinere Gruppen, die Materialien der Partei vertrieben, mit Parteifahnen im Zug mitmarschierten und — zu Beginn vor allem — immer wieder die Gelegenheit nutzten, über die Forderungen der KPD im Friedenskampf zu diskutieren.

Das wichtigste Ergebnis bleibt zuletzt, trotz der Tatsache, daß es auf der Kundgebung sogar Danksagungen an die Bundesregierung gab, daß es nicht gelungen ist, die Mär von einem abrüstungsbereiten Reagan so zu verkaufen, daß der Friedensbewegung der Atem ausging.

Denn dies war ohne Zweifel die Intention des Bonner Spektakels — nach außen zumindest. Reagan als Friedensfreund erschien den Menschen zu unglaubwürdig, spielte seine neueste Rolle schlecht.

Reagan, der früher die europäischen Regierungen beschimpfte, nahm das Wort Abrüstung erst in seinen Katalog auf, als es auch in den USA selbst so etwas wie eine Friedensbewegung gab. Diese US-amerikanische Arroganz hatte ohne Zweifel einen Bumerangeffekt. Obwohl die ganzen „staatstragenden" Friedenskämpfer seine neuen Worte zum Anlaß nahmen, ihre Beteiligung abzusagen. In erster Linie des DGB, der zwar diesmal kein Beteiligungsverbot ausgesprochen hatte, aber doch empfahl, nicht zu reden. Die Folge: die demonstrative Anwesenheit gewerkschaftlicher Organisationen war eher geringer als im Oktober. Die demonstrative Anwesenheit wohlgemerkt, die Anwesenheit selbst nicht, soweit man es beurteilen konnte. Wobei natürlich eine Rolle spielte, daß aus dem Norden der Republik sehr viel weniger Menschen da waren als im Oktober, was die Zahl weiter aufwertet.

Was die Kundgebungsreden anbetrifft, so bewegten sie sich auf der Linie des beschlossenen Aufrufs, den ja die KPD aus guten Gründen nicht unterzeichnet hatte. Es waren die Appelle an „menschliche Vernunft" und an die Regierungen der beiden imperialistischen Supermächte, endlich etwas für den Frieden zu tun. Bezeichnenderweise weigerten sich bekannte Vertreter der — ganz bewußt gesagt — sogenannten US-Friedensbewegung (und damit sind Leute wie Kennedy und Co. gemeint) trotzdem, zu reden, da sie das Ganze als antiamerikanisch empfanden, was, wie gesagt, nicht in der Absicht der Veranstalter, wohl aber eines großen Teils der Teilnehmer lag.

Das zeigte auch die sehr gute Reaktion auf die verbreiteten Parteimaterialien und die vielen Interessenten am Parteistand, die die Forderungen der KPD für gut oder zumindest diskussionswert betrachteten. Wobei ebenfalls sehr großes Interesse erregt wurde, durch die Tatsache, daß der KPD-Block einer der ganz wenigen, wenn nicht gar der einzige war, in dem massiv gegen den britischen Krieg im Südatlantik und dessen Unterstützung durch die Bundesregierung Stellung genommen wurde.



Britische Genossen in Bonn



Auf Einladung der KPD nahmen auch zwei Genossen der Revolutionären Kommunistischen Partei Britanniens (Marxisten-Leninisten) an der Demonstration gegen den Bonner NATO-Gipfel teil. Ihr Transparent „Britannien hat kein Recht auf die Falklands" erregte sehr viel Aufmerksamkeit und Zustimmung. Die Partei verbreitete ein Flugblatt mit der Übersetzung eines Artikels aus „Workers Weekly", dem Zentralorgan der RKPB(M-L) über die britische imperialistische Kriegspolitik. Dieses Flugblatt wurde von sehr vielen Menschen sofort gelesen und fand lebhafte Zustimmung. Die Revolutionäre Kommunistische Partei Britanniens (M-L) hat von Beginn an entschlossen gegen Thatchers Kriegskurs mobilgemacht. Auch am Sonntag vor Fronleichnam, als in London mehr als 250 000 Menschen gegen den Reaganbesuch in Britannien demonstrierten, war die britische Bruderpartei beteiligt. Diese Teilnahme der britischen Genossen an der Bonner Demonstration war eine Aktion fruchtbarer internationalistischer Zusammenarbeit der Kommunistischen Parteien der beiden Länder.

Aufgelesen

Die folgende, sehr subjektive Auswahl aus Parolen und Transparenten, die auf der Demonstration unter vielen anderen zu sehen und zu hören waren, soll ein bißchen etwas darüber zeigen, was in Bonn los war. Dabei wird keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Ergänzen sollte man, daß dies keinesfalls nur KPD-Parolen waren.

„Der NATO einen frohen Leichnam"

„Raus aus der NATO — rein ins Vergnügen"

„Es spricht der Bauer zu seiner Kuh: Bei Pershing II, da stirbst auch du"

„Reagan verpiß dich, keiner vermißt dich — nimm auch mit den Schmidt und Strauß — wir wollen aus der NATO raus"

„Maikäfer flieg, wir wollen keinen Krieg, wir wollen weder Schmidt noch Strauß, wir wollen aus der NATO raus"

„Tief im Bergwerk schallt's vom Hauer: ‚Raus aus der NATO wäre schlauer'"

„Es spricht der Bauer zu seiner Ziege: ‚Die NATO ist des Krieges Wiege'"

★ Eindrücke ... ★

Was soll man da alles schreiben? Noch nie so viele Leute gesehen. Noch nie soviele Notarztwagen gesehen oder gehört. Noch nie auf der Autobahn demonstriert gehabt. Noch nie solange im Bus gesessen und auf die Abfahrt gewartet. Und da gäbe es sicherlich noch manches „Noch nie".

Das fing schon gut an in Dortmund, als so viele Leute da waren bei der Abfahrt. Der Vergleich lag nahe zur CDU-Demonstration. Dorthin waren 18 zum Teil nur mit 10 Leuten besetzte Busse gefahren. Hier war alles proppenvoll. Auch am Sammelpunkt von Partei und Volksfront so viele Leute wie noch nie. Diesen direkten Vergleich, den CDU und CSU haben wollten, den haben sie haushoch verloren. Es fiele einem so manches zum Thema schweigender Mehrheiten ein ... Viele hatten sich am Vorabend nochmal richtig motiviert, als im Fernsehen Reagans Hofbericht verlesen wurde, mit gedämpfter Stimme von ehrfurchtsvoll schaudernden Reportern.

Aber auch solche Eindrücke: Genossen aus Bochum, die erzählten, daß die DKP an der Busabfahrt Flugblätter verteilte, in denen davor gewarnt wurde, vom Hauptbahnhof aus zu demonstrieren, mit erfundenen Verbotsgründen. Oder DKP-Ordner aus der Demoleitung am Hauptbahnhof, die dem Lastwagen der KPD nicht nur mit der Polizei drohten, sondern sie auch holten. Drei Lastwagen waren da, die ihnen nicht paßten — feine Methoden sind das nicht ...

Ein positiver Eindruck auch der Volksfront-Karnevalswagen, der an der Brücke unversehens zu einem Sammelpunkt wurde und zu einem der meistfotografierten Objekte. Und der relativ oft geäußerte Wunsch, das Plakat der KPD zur Demonstration zu kaufen, was nicht möglich war. Allgegenwärtiger Eindruck auch die Polizei, die für alles, was an diesem Tag chaotisch lief, mit Sicherheit die Hauptverantwortung getragen hat. Um ja nur nicht die hohen Herren einer Begegnung mit der Friedensdemonstration auszusetzen, wurde ja faktisch nur über das kleine Beuel, das restlos überfüllt war, angefahren. Und Superbannmeilen, über Nacht schnell noch über den Rhein verlegt, als fürchte man die Invasion der Froschmänner und Schlauchbootarmada. Wenn Reagan vor dem Bundestag gesagt hat, er könne diejenigen verstehen, die Angst hätten, so fiel einem bei solchen Eindrücken sofort ein: Aha, davor wohl, oder?

Am Rande: Es gab auch noch eine kleinere Gruppe von Leuten, welch Geistes Kind auch immer, die mit DDR-Fahnen demonstrierten. Große Beliebtheit allerdings konnten sie nicht erlangen.

Um so mehr Beliebtheit gewannen dafür unsere Genossen aus Britannien, mit ihrer Propaganda gegen den britischen Falkland-Krieg.

Und schließlich: Fast alle Genossen der KPD, mit denen man gesprochen hat, waren ermutigt über das Echo, das Forderungen wie nach NATO-Austritt und Neutralität hervorriefen.

400 000 in Bonn gegen Reagan



400 000 Menschen demonstrierten in Bonn gegen Reagan — die KPD war mit einem großen eigenen Block dabei. War es im letzten Oktober in Bonn noch selten, außerhalb der Reihen der KPD Forderungen nach NATO-Austritt und Neutralität zu sehen, so war es diesmal schon viel breiter.



Der Wagen der *Volksfront* war für viele Demonstranten ein Ereignis. Seine Wirkung wurde natürlich dadurch verstärkt, daß er kaum Konkurrenz hatte. Zeitweise wurde er an der Brücke, umgeben von Kulturgruppen, zu einem richtiggehenden Anzugspunkt.



Der Anmarsch Hunderttausender über die Autobahn, teilweise bis zu zehn und mehr Kilometer lang, war einer der bleibenden Eindrücke dieser Demonstration.



Dichtes Menschengedränge herrschte auch in den beiden „Ladenstraßen" in Bonn. Die Genossen am Stand der KPD hatten alle Hände voll zu tun, es gab wohl keinen einzigen Stand, dessen Besatzung sich über Mangel an Beschäftigung beklagen konnte.

Wandernde Freiheitsstatue-Ideen wie diese gab es zahllose in allen Demonstrationszügen zu sehen. Die absolut meisten von ihnen beschäftigten sich mit Ronald Reagan.



Pfingstaktion:

Kein Munitionsdepot an der Ennepetalsperre

Volkskorrespondenz aus Ennepetal

Pfingstsonntag und Pfingstmontag führten die Bürgerinitiative gegen das Munitionsdepot an der Ennepetalsperre, die Initiativgruppe gegen Atomenergie Kierspe/Meinerzhagen und der Arbeitskreis Umweltschutz Hagen gemeinsam eine Mahnwache zur Rettung der Ennepetalsperre durch. An diesen beiden Tagen wurden 1000 Flugblätter verteilt und etwa 80 Unterschriften für die Forderung: „Kein Munitionsdepot an der Ennepetalsperre" gesammelt. Diese Aktion war ein Erfolg, da sie bei vielen Ausflüglern Beachtung und Interesse fand.

Schon seit etwa zehn Jahren plant die Bundeswehr den Bau des Munitionsdepots ca. vier Kilometer von der Staumauer der Ennepetalsperre gelegen. Es sollen dort 240 Tonnen Munition eingelagert werden. Sie bilden bei einer Explosion eine erste Gefahr für die Staumauer. Die Talsperre hat ein Fassungsvermögen von 12,6 Millionen Kubikmetern, und darf, da sie reperaturbedürftig ist, nicht mehr voll aufgestaut werden. Bräche sie, so würde das zu einer Katastrophe für die unterhalb der Mauer im Ennepetal wohnende Bevölkerung führen. Um dieses zu verhindern, hat sich Mitte der 70er Jahre in Ennepetal die Bürgerinitiative gegen das Munitionsdepot an der Ennepetalsperre gegründet.

In den letzten Jahren hat die Bürgerinitiative etwa 6000 Unterschriften gegen das Munitionsdepot gesammelt. Es wurden Diskussionen mit den verantwortlichen Politikern geführt. Sogar in der Fernsehsendung „Vor Ort" erschien ein Beitrag über die Bürgerinitiative. Im Oktober letzten Jahres entschied der Rat der Stadt Ennepetal über den Antrag der Bürgerinitiative, gegen den Bau des Munitionsdepots zu klagen. Dieser Antrag wurde leider mit großer Mehrheit von den sogenannten Volksvertretern abgelehnt. Einige Jahre vorher hatten Politiker aller Parteien den Bau des Munitionsdepots an diesem Standort abgelehnt. Jetzt jedoch, wo es darum ging, den richtigen Einschätzungen von damals Taten folgen zu lassen, zogen sie sich mit fadenscheinigen Argumenten zurück.

Inzwischen ist eine zehn Meter breite Schneise für die Zufahrtsstraße in den Wald des Trinkwasserschutzgebietes geschlagen worden. Dort, wo Anwohner nur mit Mühe eine Genehmigung für eine Ölheizung bekommen, werden Benzintanks für die Fahrzeuge der Bundeswehr errichtet!

Um all dieses ‚bekanntzumachen, führten die Initiativgruppen gemeinsam die Mahnwache zu Pfingsten durch. Die meisten Menschen, mit denen wir ins Gespräch kamen, fanden unsere Aktion und Forderung gut und richtig. Viele von ihnen unterschrieben für unsere Forderung. Einer meinte sogar: „Ich bin dagegen, daß das Depot hier errichtet wird, das sollten die lieber bei den Politikern in Bonn bauen."

Die Initiativen werden weiterhin versuchen, Öffentlichkeit in dieser Angelegenheit zu schaffen. Sie werden sich bemühen den Widerstand der betroffenen Bevölkerung zu organisieren, um dieses Wahnsinnsprojekt zu verhindern.

Kein Munitionsdepot an der Ennepetalsperre!
Rüstung bedroht uns schon im Frieden!

---

15 Jahre ROTER MORGEN

Wir laden ein zum Pressefest:

11./12. September im Ruhrgebiet

Beteiligt euch an den Wettbewerben!

„Roter-Morgen"-Verkaufswettbewerb

Wertungszeitraum: 1. Mai bis 1. September

Dies soll ein Wettbewerb zwischen den Ortsgruppen der Partei sein. Wir fordern alle Genossen auf, ihre bisherige Verkaufspraxis zu überprüfen, nach neuen Möglichkeiten zu suchen und diese umzusetzen.

Schreibt uns über eure Ideen und Erfahrungen, wir werden darüber berichten. Der Wettbewerb ist ja keine Geheimkonkurrenz, er soll Ansporn sein, damit wir insgesamt vorankommen.

Die Preise, die dabei zu gewinnen sind, kann sicher jede Ortsgruppe für ihre Arbeit gebrauchen:

1. Preis — Ein Diaprojektor
2. Preis — Ein Epidiaskop
3. Preis — Ein kompletter Parteistand (mit Tisch, Sonnenschirm, Stelltafeln, Parteifahne)

„Roter-Morgen"-Abonnenten-Werbewettbewerb

Wertungszeitraum: 1. Mai bis 1. September

Hier ist jeder einzelne Leser des „Roten Morgens" aufgerufen, aktiv zu werden. Neben der Freude über die weitere Verbreitung unserer Presse winkt als

Hauptpreis — Eine Flugreise nach Albanien
Zwei Wochen Vollpension mit Ausflügen für eine Person
Die anderen Preise sind attraktive Buchpreise

Erzählwettbewerb

Was ihr erlebt habt im politischen, gewerkschaftlichen Kampf, im Betrieb, mit dem Staat, seinen Nazis, seiner Polizei oder seinen Sozialämtern, mit Kollegen und Genossen im Kampf für unsere Sache — schreibt es auf. Große Scheu ist unangebracht, man muß kein Schriftsteller sein, um im „Roten Morgen" berücksichtigt zu werden. Schon vor dem Pressefest werden wir einzelne Einsendungen abdrucken. Aus euren Erfahrungen können andere lernen, sie können Ansporn sein.

Einzige Auflage: Schreibt bitte nicht mehr als 200 Schreibmaschinenzeilen.

Auch hier gibt es etwas zu gewinnen:

1. Preis — Eine Spiegelreflexkamera
2. Preis — Ein Kassettenrecorder mit Mikro
3. Preis — Ein Buchpreis

Einsendeschluß: 15. August 1982

„Flämische Kirmes" in Erle

Volkskorrespondenz aus Velen



Protest gegen die Militärshow

Was hier unter dem Namen Flämische Kirmes angepriesen wurde, war in Wirklichkeit eine makabre Waffenshow einer belgischen NATO-Einheit. Mit etwa 20 Leuten aus unserer Friedensinitiative fuhren wir am Samstag, dem 15. Mai, zur Kaserne und entfalteten vor dem Kasernentor ein Transparent „Kampf dem Atomtod". Wir verteilten da auch ein Flugblatt der Friedensinitiative Borken. Auch versperrten wir durch unsere Aktion das Tor, doch Busfahrer fuhren einfach auf unsere Gruppe zu, so daß wir die Einfahrt räumen mußten. Durch einen Aufruf in der Zeitung, mit dem die Bevölkerung zum Mitmachen bei unserer Demonstration aufgefordert wurde, haben wir jedenfalls den Höhepunkt des Tages verhindern können, nämlich eine „Sonderfahrt" zur Abschußrampe einer Nike-Hercules-Flugabwehr-Rakete mit der Wirkung einer Hiroshima-Bombe im nahegelegenen Wald.

C.M.

Ich habe den/die unten Genannte(n) als neuen Abonnenten des „Roten Morgens" geworben. Ich nehme damit am Wettbewerb teil.
Das Abo soll beginnen ab Nr. /82. Es gelten die bekannten Abonnements- und Vertriebsbedingungen.

Name des Werbers: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

RM-Abo-Wettbewerb

Name des Abonnenten: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

(Ausschneiden, auf Postkarte kleben oder in Briefumschlag stecken, einsenden!)

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommensteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Spendenliste

Für die Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD gingen seit der letzten Veröffentlichung folgende Beträge bei uns ein:

LBV Weser-Ems 810 DM; W.K., Essen 20 DM; Zelle Signal, Dortmund 200 DM; türkische Kollegen und Zelle Moabit, Grillfest 1. Mai 300 DM; M.W., Saarbrücken 50 DM; Zelle Hamburg-Langenhorn 80 DM; Zelle Neumünster 80 DM; Zelle Wedding-Süd 690 DM; Zelle Dortmund-Scharnhorst 119,40 DM; Zelle 3, Darmstadt 100 DM; P.K., München 1500 DM; Sektion Westberlin 240 DM; W.K., Bremen 200 DM; LBV Westfalen-Lippe 138,50 DM; LBL Westfalen-Lippe 3000 DM; Genossen aus Niedersachsen 104 DM; J.B., Bochum 50 DM; P.H., Nürnberg 15 DM; H.W., Bremen 100 DM; W. u. E.A., Müden 100 DM; U.L., Dortmund 100 DM; LBL Rheinland-Pfalz/Saar 500 DM; A.B., Osnabrück 2000 DM;

Insgesamt 10 464,90 DM

Damit sind für die Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD bisher 42 627,12 DM bei uns eingegangen.

Außerdem ist von dem LBV Weser-Ems eine Spende von 1820 DM zur Unterstützung unserer Genossen in der DDR bei uns eingegangen.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

ROTER MORGEN

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Bundesweites Arbeitstreffen in Duisburg

Gegen Ausländerfeindlichkeit — für Gleichberechtigung

DUISBURG. — Am 5. und 6. Juni fand in Duisburg ein bundesweites Arbeitstreffen „Gegen Ausländerfeindlichkeit — für Gleichberechtigung" statt, an dem insgesamt etwa 250 Menschen teilnahmen.

In verschiedenen Arbeitsgruppen wurde über eine Reihe von Aspekten der Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik diskutiert.

Das Treffen wurde mit dem gemeinsamen Beschluß zur weiteren Zusammenarbeit der vertretenen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen beendet. Es wurde eine Koordinierungsstelle eingerichtet, über die es in dem Beschluß heißt:

„Koordinierungsstelle soll unter Mitarbeit örtlicher Gruppen eine Initiative oder Organisation sein, die die Erfüllung folgender Aufgaben sicherstellen kann:

a) Herausgabe eines dreimonatlich erscheinenden Rundbriefs, in dem Erfahrungsberichte aus der praktischen Arbeit sowie Informationen und Einschätzungen zu ausländerpolitischen Entwicklungen enthalten sein sollen.

Pluralismus muß gewährleistet sein.

Die Redaktionssitzungen sind prinzipiell öffentlich.

b) Anlaufadresse und Kontaktvermittlung für interessierte Gruppen und Einzelpersonen.

c) Organisatorische Vorbereitung der zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Treffen (aller interessierten Gruppen und Einzelpersonen).

d) Aufruf zu besonderen bundesweiten Treffen, sofern aktuelle Ereignisse eine kurzfristige bundesweite Reaktion notwendig erscheinen lassen.

e) Abgabe von öffentlichen Erklärungen, sofern die Koordinierungsstelle bei den Treffen dazu beauftragt wird."

Diese Aufgabe hat zunächst die Interessengemeinschaft mit Ausländern verheirateter Frauen (IAF) in 6000 Frankfurt 1, Mainzer Landstr. 239, übernommen.

Als Themen, die im nächsten Rundbrief behandelt werden sollen, wurden beschlossen: a) die neuen Gesetze, die von der Bundesregierung beschlossen werden; b) die ausländerfeindlichen Aktivitäten der Neonazis; c) Asylrecht. Dabei wurde festgestellt, daß es nicht Aufgabe der IAF als Koordinierungsstelle sein kann, Ausarbeitungen zu diesen Themen zu machen, sondern daß die Initiativen und Organisationen aufgefordert sind, Stellungnahmen und Berichte zu diesen Themen an die IAF zu schicken, damit sie in den Rundbrief aufgenommen werden können.

Darüberhinaus einigten sich die Anwesenden auf die Durchführung einer bundesweiten Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit im Herbst 1982. Die Vorbereitung dieser Demonstration soll Hauptttagesordnungspunkt auf dem nächsten Treffen sein, das am 18. und 19. September stattfinden wird.

Die KPD hat an dem Arbeitstreffen in Duisburg teilgenommen und unterstützt die abschließend gefaßten Beschlüsse.

Vorbildliche Aktion gegen Ausländerfeinde

Gaststättenbelegschaft stellt Posten gegen Neonazis

Veranstaltung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp" verhindert

HANNOVER. — Auch in Niedersachsen versuchen die Neonazis, über eine „Bürgerinitiative Ausländerstopp" die Ausländerfeindlichkeit anzuheizen und selbst größeren Einfluß zu gewinnen. Ihre erste öffentliche Veranstaltung in Hannover allerdings fiel ins Wasser: Die Belegschaft der Bahnhofsgaststätten, in denen das Treffen stattfinden sollte, stellte Posten an die Eingänge und schickte die Faschisten nach Hause.



Anfang Juni demonstrierten in Hamburg mehrere tausend Menschen gegen die Ausländerfeindlichkeit

Als Diskussionsveranstaltung eines „privaten Freundeskreises" war die Veranstaltung ausgegeben worden, als H.-J. Tschunkert, Funktionär der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), im Auftrag der Initiative den Saal reservieren ließ. Über seine wahre Herkunft und Absicht schwieg der Faschist sich aus. Als Thema der „unpolitischen" Veranstaltung nannte er: „Ausländer in Deutschland — Rückkehr oder Integration?"

Eine deutlichere Sprache wird in den JN-Flugblättern gesprochen, für die Tschunkert verantwortlich zeichnet und von denen eines wenige Tage zuvor an verschiedenen Schulen in Hannover verteilt wurde. „Deutsche sollen Türken werden! Wehrt euch! Ausländerstopp!" hieß es darin.

Die Belegschaft der Bahnhofsgaststätte erfuhr erst durch einen Journalisten, welches Pack sich da in den von ihr betreuten Räumen breitmachen wollte. Und sie entschloß sich sofort zum Handeln.

„Unsere Belegschaft besteht zu 40 Prozent aus Ausländern, wir kommen prima zusammen aus, da kann solch eine Veranstaltung bei uns nicht stattfinden", erklärte ein Betriebsratsmitglied. Und am Abend des 3. Juni blieb der Saal geschlossen. An sämtlichen Eingängen der Gaststätte und des Bahnhofshotels standen Posten, die sich alle Leute, die hinein wollten, sehr genau ansahen. In einem Gaststättenraum protestierten Kollegen auf einer Versammlung gegen die ausländerfeindliche Initiative. Transparente hingen an den Wänden: „Ausländer und Deutsche gemeinsam gegen die Faschisten!" Im Hauptbahnhof selbst hatten sich noch etwa 60 Hannoveraner Bürger versammelt, die gegen die Veranstaltung protestierten, die dann durch den beispielhaften Einsatz der Kollegen nicht stattfand; Die Nazis wurden einer nach dem anderen abgefangen und aus dem Bahnhof verwiesen.

Den angekündigten Versuch, über eine richterliche Verfügung den Zugang zu den Räumen zu erzwingen, machten die Faschisten nicht wahr. Ein Betriebsrat machte klar, daß ihnen auch ein solcher Schritt nichts genutzt hätte, und gab damit gleich einen praktischen Tip für ähnliche Gelegenheiten: „Wenn die mit einer Verfügung wiederkommen, machen wir eine außerordentliche Betriebsversammlung; dann sind die gesamten Gaststättenbetriebe hier geschlossen", sagte er.

Weg mit den Itzehoer Terrorurteilen

Solidaritätsaktionen für Markus und Michael

Michael Duffke im Gefängnis mißhandelt

HAMBURG. — In verschiedenen Städten Norddeutschlands finden in den nächsten Tagen und Wochen Solidaritätstreffen und andere Aktionen für die inhaftierten und zu jahrelangen Haftstrafen verurteilten Anti-Brokdorf-Demonstranten Michael Duffke und Markus Mohr statt. Das Ziel: eine breite Solidaritätsbewegung mit den Inhaftierten soll aufgebaut werden, die noch über den Kreis der Teilnehmer an der Demonstration vom 28.2.1981 hinausgeht.

Gegen das Terrorurteil von Itzehoe wurde Revisionsantrag beim Bundesgerichtshof gestellt. Besonders in der Zeit bis zur Entscheidung darüber sollen die Solidaritätsaktionen laufen. Gefordert wird zuallererst die Aufhebung des Urteils, aber auch die Einstellung aller Verfahren gegen AKW-Gegner. Die Aktionen gegen AKWs selbst sollen wieder verstärkt werden.

Die endgültige Abstimmung der vielen verschiedenen Aktionsvorschläge erfolgt erst nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe des „Roten Morgens".

Bei einem Pfingsttreffen in Gorleben berichteten Prozeßunterstützer von Mißhandlungen gegen Michael Duffke. Sie selber haben seine Verletzungen gesehen. An mehreren Stellen seines Körpers waren Prellungen sichtbar. Seine Hand war dick angeschwollen, ein Anstaltsarzt hat einen Fingerbasisbruch festgestellt.

Folgendes war geschehen: Michael hatte mit einer Pappschachtel nach einem Zivilpolizisten geworfen. Daraufhin wurde er von fünf Justizbeamten geschlagen und getreten und dann die Treppe zu seiner Zelle hinuntergeschleift. Der Finger wurde ihm gebrochen, als er versuchte, sich am Treppengeländer festzuhalten.

Wir begrüßen die Solidaritätsaktionen für die Verhafteten, die stellvertretend für alle AKW-Gegner abgeurteilt wurden. Um das Terrorurteil von Itzehoe darf es nicht still werden.

Rücknahme der Verurteilung von Michael Duffke und Markus Mohr!

Einstellung aller Verfahren gegen AKW-Gegner!

Rebmann will totalen Überwachungsstaat

BONN. — Der Chef der obersten Strafverfolgungsbehörde der Bundesrepublik, Generalbundesanwalt Rebmann, setzt seine Kampagne „Sicherheit vor Datenschutz" fort. Ins Schußfeld dieses Mannes ist auch der Bundesdatenschutzbeauftragte Bull geraten, weil er einige der deutlichsten Gesetzesbrüche bei der Datenspeicherung angeprangert hatte.

Bull habe mit seinen „gegen die Sicherheitsbehörden gerichteten Äußerungen", die „ohne das notwendige Fachwissen" gemacht worden seien, die Strafverfolgung gefährdet. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag ließ ihren Sprecher, Carl-Dieter Spranger, ins gleiche Horn stoßen und „Konsequenzen" fordern.

In der zentralen Datei des Bundeskriminalamtes zur „Terroristenfahndung", im Auskunftssystem PIOS (Personen, Institutionen, Objekte, Sachen) sind zum Beispiel auch 16jährige Abonnenten der „Tageszeitung" (taz) sowie achtjährige Kinder gespeichert! Das sah dann sogar Herr Bull, dem sicher nichts ferner liegt als eine tatsächliche Schwächung des Bundeskriminalamtes in seinem Bemühen, mit einer weitgehenden Überwachung der Menschen in unserem Land zum Schutz des kapitalistischen Staates beizutragen, als Mißbrauch an.

Rebmann und die Unionsparteien vertreten hier ganz offen einen Überwachungskurs ohne jede Hemmungen und gesetzliche Begrenzungen, den Kurs der beschleunigten Faschisierung. Der Satz eines ehemaligen Datenschutzexperten, daß der ganze Überwachungsapparat des BKA bei einem „faschistischen Schwenk" jederzeit Grundlage furchtbarster Verfolgungsmaßnahmen sein könne, ist ja inzwischen einigermaßen bekannt. Ganz in diesem Sinne war Rebmann in eigenen Veröffentlichungen und einer Beschwerde an den Justizminister über Bull hergezogen. Es gehe um „auch dem Datenschutz weit überlegene vitale Gemeinschaftsinteressen" (Daten achtjähriger Kinder!); die Kontrolle staatlichen Handelns könne niemals wichtiger sein als das staatliche Handeln selbst.

Patrioten aus der Türkei im Hungerstreik

In 15 westdeutschen Städten befinden sich seit etwa drei Wochen Dutzende türkischer und kurdischer Patrioten im Hungerstreik. Die Bundesregierung, an die sich die Streikenden unter anderem wandten, zeigte bisher keinerlei Reaktion.

Der Protest der Hungerstreikenden gilt der Ermordung politischer Gefangener in der Türkei. In einem Flugblatt heißt es dazu:

„Die Hungerstreikenden fordern:

1. Im Militärgefängnis Diyarbakir wurden bis Ende März über zehn politische Gefangene ermordet. Bekannt sind die Namen folgender Personen: Mazlum Dogan, Önder Demirkol, Demal Kilic, Garabet Demirci, Tahir Sahin.

Im Militärgefängnis Alemdag in Istanbul wurden Anfang Januar drei politische Gefangene, Hakan Mermeroglu, Bahadir Dumanli, Serif Sar ermordet.

Wir fordern Aufklärung über die beiden Massaker durch Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete.

2. Von den demokratischen Organisationen eine personelle und materielle Beteiligung an der Bereitstellung einer unabhängigen Untersuchungskommission, die besonders berücktigte Gefängnisse (Diyarbakir, Mamak und Metris) besucht. Bei dem Besuch dieser Kommission soll das begangene März-Massaker im Militärgefängnis Diyarbakir untersucht und mit Personen Kontakt aufgenommen werden, die hierfür vom Hungerstreikkomitee benannt werden.

3. Von den internationalen Juristenvereinigungen die Beobachtung der politischen Massenprozesse, in denen gegen mehr als 4000 Personen die Todesstrafe gefordert wird.

4. Anläßlich der Hinrichtungen, Massaker, Folterungen in der Türkei und Türkei-Kurdistan sowie der Teilnahme der Juntavertreter am NATO-Treffen am 10. Juni in Bonn fordern wir die Abgeordneten im Bundestag auf, in einer Fragestunde diese Menschenrechtsverletzungen zu behandeln.

Wir protestieren:

- gegen das Verbot der Gewerkschaften und der demokratischen Massenorganisationen;
- gegen die Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern;
- gegen das Pogrom an dem kurdischen Volk und gegen die türkische Besatzungsmacht auf Zypern;
- gegen jede wirtschaftliche, militärische und politische Unterstützung der faschistischen Junta in der Türkei;
- für die Abschaffung der Todesstrafe als einem Verbrechen an der Menschheit."

Urteile im Lübecker Fememord-Prozeß

Lebenslänglich für zwei faschistische Mörder

LÜBECK. — Die Urteile im Lübecker Prozeß gegen fünf Neonazis, die einen homosexuellen Gesinnungskumpanen bestialisch ermordet haben, sind gesprochen: Lebenslänglich gegen den Mörder Friedhelm Enk und den unmittelbaren Auftraggeber Michael Frühauf, 18 Monate Haft wegen „Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung" für Willi Wegner, zwölf Monate Jugendstrafe für Olaf König und zehn für seinen Bruder Torsten.

Daß von den fünf Neonazis, die der terroristischen Nazi-Vereinigung Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) angehörten, den Führer Michael Kühnen demnächst aus der Haft entlassen werden soll, hier einen politisch motivierten Fememord verübten, bestritt das Gericht allerdings. Es sah angeblich nur persönliche Motivationen.

So wurde aus diesem Prozeß auch kein Rückschluß auf die ANS insgesamt gezogen, durch den der Staat etwa bewogen worden wäre, wenigstens den erklärten Anführer der ANS nicht einfach wieder auf freien Fuß zu setzen, da er doch die Fortsetzung seiner Laufbahn öffentlich angekündigt hat, oder andere Maßnahmen zu treffen. Das Gericht erklärt sogar ausdrücklich, bei der ANS-Gruppe habe es sich nicht um eine „verschworene Gemeinschaft" gehandelt, was Voraussetzung für eine Bewertung der Tat als Fememord sei.

Ebensowenig tat das Gericht, um anläßlich dieser Bluttat die Rolle des Verfassungsschutzes zu erhellen, die dieser hier wie in anderen Fällen durch die Beschäftigung und Bezahlung von faschistischen Verbrechern in seinen Reihen spielt. Denn Michael Frühauf war ein Agent dieser Behörde und beteuerte immer wieder, er sei bei der Mordaktion — deren Ziel er angeblich vorher nicht gewußt haben will — nur in Wahrnehmung seiner Aufgabe im Dienste des Staates zugegen gewesen, der ihn durch einen Spitzelwerber lediglich verpflichtet habe, selber keine größeren Straftagen zu begehen.

Die lebenslänglichen Haftstrafen sind die einzigen, die dem Verbrechen angemessen sind. Es laufen aber noch viel zu viele zu allem bereite Neonazis herum, gegen die die Behörden nichts unternehmen, obwohl sie sie bestens kennen.

Einige Diskussionen, die zur Zeit in Albanien stattfinden . . .

Lieber Leser!

Übermorgen beginnt der 9. Kongreß des Gewerkschaftsverbandes Albaniens, über dessen Vorbereitung ich Dir schon ein bißchen geschrieben habe. In den letzten Tagen sind hier in Tirana Gewerkschaftsdelegationen aus aller Herren Länder eingetroffen, asiatische, arabische, kanadische, afrikanische, europäische, unter ihnen auch der Kollege Thomas Scheffer, Vorsitzender der RGO. Gestern konnte man ihn kurz im Fernsehen bei der Ankunft bewundern. Aber über den Kongreß möchte ich gar nicht schreiben, warten wir ihn erst einmal ab, warten wir ab, was die über 2000 Delegierten der albanischen Arbeiterklasse auf ihrem Kongreß, auf dem Kongreß der Klasse an der Macht, zu sagen haben. Eine Losung fällt mir in diesem Zusammenhang ein, die ich kürzlich irgendwo gesehen habe: **Wenn die Arbeiterklasse spricht, schweigt der Bürokratismus!**

Heute habe ich kein bestimmtes Thema, über das ich Dir berichten will, aber da man das Briefeschreiben bekanntermaßen ganz einstellt, wenn man sich nicht regelmäßig dazu aufrafft, sind jetzt wieder ein paar Zeilen fällig.

Diesmal möchte ich auf vier Ereignisse eingehen, die in diesem Jahr die Aufmerksamkeit des albanischen Volkes auf sich gezogen haben, natürlich neben den Vorbereitungen zum Gewerkschaftskongreß.

Literaturdebatte

Ich meine das Plenum des Schriftsteller- und Künstlerverbandes vom März dieses Jahres, die Volksberatung über einen Entwurf für ein neues Familiengesetzbuch im Mai dieses Jahres, die Neuwahlen für die unteren Ebenen der Partei, die im Juni und Juli stattfinden werden, und die Volksberatung über den Jahresplan 1983, die soeben begonnen hat.

Ich kann Dir natürlich über all das nur einen sehr allgemeinen Überblick verschaffen, nur daß Du einen gewissen Eindruck davon bekommst, mit was für Problemen sich der Albaner gewöhnlich rumzuschlagen hat.

Beginnen wir also mit dem Plenum des Schriftsteller- und Künstlerverbandes. Es ging um die Hebung der künstlerischen Qualität von Literatur und Kunst und um die Hindernisse, die dabei auftauchen. Die herausragenden Ereignisse waren die beiden Hauptreferate, gehalten von Genossen Dritëro Agolli, Verbandsvorsitzender und seit dem 8. Parteitag ZK-Mitglied, und von Genossen Ramiz Alia, Politbüromitglied und ZK-Sekretär. Das mit Genossen Ramiz auch einer der wichtigsten Parteiführer sprach, deutet darauf hin, daß diesem Plenum einige Bedeutung beigemessen wurde. Es ist übrigens ein Jammer, daß es die albanische Auslandspropaganda nicht für nötig befunden hat, jedenfalls nicht im deutschsprachigen Raum, abgesehen von einigen wenigen allgemeinen Teilen aus der Rede des Genossen Ramiz im deutschsprachigen Programm von Radio Tirana, diese beiden Reden oder zumindest die des Genossen Ramiz zu verbreiten, es hätte sich wirklich gelohnt.

Wie mir von einem westdeutschen Touristen erzählt wurde, konnte der interessierte westdeutsche Leser einigen Pressemeldungen entnehmen, daß in Albanien der Schriftsteller Ismail Kadare, der auch im Ausland einen guten Ruf genießt, kritisiert worden sei.

Bestimmt hat man daran auch einige mehr oder weniger unzutreffende Spekulationen geknüpft, das weißt Du besser als ich.

Aus meiner Sicht ist folgendes zum Plenum zu sagen: Das Plenum hat die Entwicklung von Literatur und Kunst in Albanien im allgemeinen als äußerst erfolgreich gewürdigt. Es hat in Übereinstimmung mit der Einschätzung des 8. Parteitags (siehe Bericht über die Tätigkeit des ZK, S. 166 bis 175) die Aufgabe gestellt, Literatur und Kunst deshalb weiter voranzutreiben, weil sich auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse weiter vervollkommnen – in diesem Fünfjahrplan z. B. will man zum ersten Mal in der Geschichte des Sozialismus genossenschaftliches Gruppeneigentum in gesellschaftliches Eigentum überführen –, weil sich in Abhängigkeit davon auch das Bewußtsein der Menschen ändert, der Geschmack, der Bildungsstand, das kulturelle Niveau usw. Um nicht hinter dieser rasanten Entwicklung zurückzubleiben, muß die künstlerische Intelligenz ihre Ausdrucksformen verfeinern, um all dem Rechnung zu tragen. Es geht schließlich nicht an, daß zwar die Arbeiterklasse zu immer schwierigeren technologischen Problemen vorstößt und sie löst, die Künstler aber ihr Arsenal „technologisch" nicht verfeinern.

Eines der Haupthindernisse auf diesem Weg ist der Formalismus, der Schematismus, also das Schreiben in einem Stil, der zwar den bürgerlichen Propagandalügen über den sozialistischen Realismus entspricht, nicht aber dem sozialistischen Realismus selbst.

Ein weiterer Mangel, auf den man ausführlich einging, war die Tatsache, daß es viel zu wenig Werke über die sozialistische Gegenwart gibt.

Zweifellos gehört auch Ismail Kadare, dessen Roman „Der große Winter" übrigens in diesem Zusammenhang als hervorragendes Beispiel bezeichnet wurde, zu den Schriftstellern, die insgesamt doch mehr mit der Vergangenheit liebäugeln. Und in diesem Zusammenhang hat man ihn an seine gesellschaftliche Verantwortung erinnert. Kadare gehört zu den besten und talentiertesten Schriftstellern des neuen Albanien. Es ist nur natürlich, daß die weniger guten und die Nachwuchskräfte ihm nacheifern. Mit anderen Worten, jede gute Seite, jeder Fortschritt, den Kadare in seinem Werk zu verzeichnen hat, wirkt sich positiv auf die albanische Literaturlandschaft aus, und umgekehrt, jeder Mangel, jeder Fehler, wirkt sich negativ aus. Auf diese Verantwortung hat man ihn hingewiesen.

Ferner denkt man nicht im Traum daran, literarische Werke über die alte Geschichte scheel anzusehen, allerdings muß sie von der Höhe der Aktualität aus behandelt werden, um Lehren daraus ziehen zu können; hier habe der Schriftsteller dieselbe Aufgabe wie der Historiker, während der Historiker allerdings mit seinem wissenschaftlichen Arsenal arbeitet, hat der Künstler die Aufgabe, diese Lehren künstlerisch zu vermitteln, nicht trocken wie ein Lehrbuch. Hier wurde als positives Beispiel der Roman „Die Burg" über die Zeit Skanderbegs hervorgehoben; Verfasser: Ismail Kadare.

Daß Kadare aber auch manchmal in seinen Erzählungen über Themen aus der alten Geschichte in Subjektivismus verfällt, die objektiven Gegebenheiten zugunsten nur subjektiver Betrachtungen verdrängt, wurde kritisiert.

Ferner hat man darauf hingewiesen, daß sich der Wert oder Unwert albanischer Literatur nicht in erster Linie an den Auflagen im Ausland festmachen läßt.

Es bleibt zu hoffen, daß man in Westdeutschland Möglichkeiten finden wird, die Hauptmaterialien dem interessierten Leser zugänglich zu machen. Jedenfalls wurde im März eine Diskussion begonnen, die typisch für eine sozialistische Gesellschaft ist, in der sich der Wert oder Unwert einer Literatur nicht an der Profitrate des Verlegers mißt, sondern an ihrem gesellschaftlichen Nutzen. Grundvoraussetzung dafür ist allerdings, daß die Kunst aufhört, Ware zu sein.

Über Ehe und Familie

Kommen wir zur Volksberatung über den neuen Entwurf zum Familiengesetzbuch. Hier sei nur am Rande erwähnt, hätte man bei uns das neue Scheidungsrecht, das ja ein Teil der Familiengesetzgebung ist, im Volk zur Diskussion gestellt, die Scheidung wäre mit Sicherheit nicht so unverschämt teuer geworden.

Leider hatte ich noch keine Gelegenheit, den neuen Entwurf einzusehen, deshalb beschränke ich mich darauf, einige Angaben aus der Presse zusammenzutragen.

Es geht im wesentlichen dabei um die Frage der Ehe (Schließung und Auflösung), um das Verhältnis von Eltern und Kindern, über Fragen der Adoption.

Wer sich gründlicher mit dem Problem „Familie und Sozialismus" befassen will, den weise sich auf Lenin hin: „Über die Aufgaben der proletarischen Frauenbewegung in der Sowjetrepublik", Werke Bd. 30, S. 23; ferner zwei Briefe an Ines Armand über „freie Liebe", Bd. 35, S. 155 u. 157.

An dieser Stelle möchte ich das Problem der Eheschließung in Albanien streifen, das breit in der Presse behandelt wurde, vor allem im Organ des Frauenverbandes „Neue Albanierin".

Wie Du vielleicht weißt, war es vor der Befreiung in Albanien Sitte, Junge und Mädchen bereits in der Wiege oder im zarten Kindesalter zu verloben, eine Praxis, die natürlich kraß gegen die Würde des Menschen verstößt. Selbstverständlich ist diese Praxis heute unter Strafe gestellt und stellt auch kein gesellschaftliches Problem mehr dar. Doch bekanntlich führt alles, was mit dem Bewußtsein des Menschen zusammenhängt, ein zähes Leben. Im Bericht des ZK an den 8. Parteitag hieß es, daß die Überbleibsel der Vergangenheit „äußerst widerstandsfähig sind, sie existieren weiter, obwohl sich die Bedingungen, unter denen sie entstanden sind, grundlegend geändert haben; sie nehmen ‚neue' Formen an, verbergen sich hinter den sozialistischen Normen (...) Vor allem einige veraltete Sitten und Praktiken müssen die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, die sich, obwohl sie heftige Schläge haben hinnehmen müssen, noch in der Lebensweise, in den Familienbeziehungen, in der Einstellung gegenüber Frauen usw. äußern." (S. 152)

Dazu ein Beispiel; wie gesagt, Verlobungen in der Wiege gibt es nicht mehr, aber einige Überreste, die sich sogar manchmal hinter einer geradezu „freigeistigen" Fassade verbergen, sind noch anzutreffen. Ein Merkmal dieses barbarischen alten Brauchs ist, daß solche Ehen nicht auf der Ebene des gründlichen Kennenlernens und der Liebe geschlossen werden. Heute noch kommen Fälle vor, da werden von langer Hand, von den Eltern oder anderen Verwandten, Treffen zwischen jungen Leuten organisiert, und nach zwei, drei Treffen ist die Ehe perfekt. Es versteht sich, daß solcherlei Ehen nicht sonderlich stabil sind; und selbst wenn bei solchen Zusammenkünften die Gefühle füreinander hochschlagen sollten, so läßt sich auch auf einer wenn auch stürmischen Leidenschaft keine Familie gründen. Deshalb spielt im neuen Gesetzentwurf das Prinzip des gründlichen Kennenlernens und der wirklichen Liebe eine sehr große Rolle.

Wahlen, Plan und Information

Das ist natürlich alles etwas dünn, was ich hier schreibe, und kann Dich nur ein wenig auf die Fährte des Problems setzen. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang unseren Lesern, die Mitglied der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. sind, folgenden Vorschlag machen:

Tretet an Euren Vorstand heran und fordert ihn auf, in den Organen der Freundschaftsgesellschaft zu bestimmten gesellschaftlichen Problemen Albaniens übersetzte albanische Materialien zu eröffnen und auf dieser Grundlage eine Diskussion mit interessierten Kreisen anzufangen, die sich dann auch in den Organen der DAFG widerspiegeln sollte. Im Rahmen der Volksdiskussion hat es wie gesagt im Organ des Frauenverbandes richtig spannende Artikel über die gegenwärtigen Überbleibsel alter Sitten gegeben, die sehr gut für eine solche Prozedur geeignet gewesen wären. Materialien dieser Art unterscheiden sich oft von den Materialien, die über das Auslandsprogramm von Radio Tirana gehen oder in der Zeitschrift „Albanien Heute" zu finden sind, die nicht immer in erforderlichen Maße das pulsierende Leben der sozialistischen Demokratie zum Ausdruck bringen. Gegenwärtig zum Beispiel findet in „Hosteni" eine kompromißlose Abrechnung mit verschiedenen Mängeln im Schulwesen statt, auch das ein lohnendes Material. Ich bin davon überzeugt, daß der Vorstand bzw. das Sekretariat der DAFG e.V. alle diese Zeitschriften abonniert hat, und Gesellschaftsmitglieder, die des Albanischen mächtig sind, gibt es auch. Wieviele Leute gibt es noch, die der Meinung sind, Albanien sei ein Paradies des Formalismus, Schematismus und Dogmatismus. Dieser wirklich verfehlten Ansicht könnte man auf die vorgeschlagene Weise hervorragend den Boden entziehen.

Anläßlich der Neuwahlen der Sekretäre bzw. der Parteibüros der Grundeinheiten bzw. Betriebsorganisationen der Partei und der Plandiskussion zwei Zitate aus der albanischen Presse, die auch etwa in diese Richtung zielen:

„Jederlei Neigung, sie (die Rechenschaftslegung vor den Massen durch die Parteiorgane, J.V.) zu einem rein formalen Akt zu vereinfachen, muß als schädlich angegriffen werden, als eine Erscheinung des Bürokratismus, als unzulässige Geringschätzung der Meinung der Massen, als Geringschätzung der Massen selbst", heißt es im Leitartikel der „Zëri i popullit" vom 19. Mai.

Und zur Plandiskussion heißt es in der „Bashkimi" vom 26. Mai: „Während der Ausarbeitung des Plans werden einige Kettenglieder und Wege bis zur endgültigen Verabschiedung verfolgt. Doch das Fundament wird an der Basis gelegt, beim Individuum, beim Kollektiv, bei der Brigade, im Sektor usw."

Diese Grundsätze greift natürlich niemand offen an, die Frage ist die, wie breit und wie tief sie wirklich in die Tat umgesetzt werden, gegen alle Schwierigkeiten und Hindernisse objektiver und subjektiver Art. Genau um diese Frage wird der Klassenkampf in Albanien geführt, der seit dem 8. Parteitag mit Sicherheit nicht abgeschwächt hat.

Herzliche Grüße aus Tirana,
Euer Johannes Vetter

Briefe an den „Roten Morgen"



Die albanische Volksversammlung: Den dort gefaßten Beschlüssen gehen breite demokratische Debatten im Volk voraus

Israelischer Vernichtungskrieg im Libanon

Begin will die PLO vernichten

Invasion mit Reagan abgesprochen

„Um 15.40 Uhr gehen israelische Jets amerikanischer Bauart nach dreistündigem Überfliegen plötzlich zum Sturzflug über, zünden Raketen und Bomben. Über West- und Süd-Beirut quellen riesige schwarze Rauchwolken auf.

Krankenwagen des Roten Kreuzes und Halbmondes rasen zum Stadion, zu den Flüchtlingslagern Sabar, Shatila, Brajneh und zu den Wohngebieten um den Flughafen.

Mitten in die Bergungsarbeiten platzt eine neue Angriffswelle. Panik bricht aus. Ambulanzen fahren ohne Ziel im Kreis. Junge Männer schießen in die Luft. Eine Redakteurin des französischen Fernsehens sucht verzweifelt ihren Kameramann Jean Lugo, 50, er ist tot, wie mindestens sechzig andere. Es gibt viel höhere Schätzungen.

Beirut nach israelischen Bombenangriffen

Palästinensische Munitionsdepots, militärische Trainingsstätten und Hauptquartiere wurden getroffen, lautet die israelische Version. In den Krankenhäusern liegen Menschen, die auf dem Weg zum Flughafen waren, sich in der Nähe des Sportstadions aufhielten, in Flüchtlingslagern leben oder erste Hilfe leisten wollten. Fassungslos sitzt eine junge Frau im Makassed Hospital am Bett ihres siebenwöchigen Babies, dessen Unterkörper mit blutdurchtränkten Tüchern umwickelt ist. Der Junge nebenan liegt auf dem Bauch, sein Rücken ist übersät von Splitterwunden."

***

So beschrieb eine Journalistin der „Frankfurter Rundschau" den israelischen Terrorangriff, der am vorletzten Freitag auf die libanesische Hauptstadt Beirut geflogen wurde — zwei Tage, bevor Begins Truppen in einer Stärke von 20000 Mann auf breiter Front in den Libanon einmarschierten. Als Schlag gegen „Terroristennester" hatten die Israelis diesen furchtbaren Angriff deklariert — und der überwiegende Teil der westdeutschen Medien hatte es ihnen nachgeplappert. Die Tatsachen aber, wie sie in dem oben angeführten Bericht beschrieben sind, sprechen eine andere Sprache: Was die israelischen Zionisten am vorletzten Wochenende entfesselt haben, ist ein faschistischer Ausrottungskrieg gegen ein ganzes Volk, das ihnen im Wege steht — gegen die Palästinenser, die sie zuerst mit blutigem Terror aus ihrer Heimat verjagt haben und die sie nun auch im Exil noch vernichten wollen.

Wie es Brauch ist bei den Völkermördern, haben auch die Begin-Leute der Weltöffentlichkeit eine „Begründung" für ihren Überfall auf den Libanon vorgelegt. Da war einmal das Attentat auf den israelischen Botschafter in London. Tatsächlich jedoch ist dieser Anschlag von keiner Organisation des palästinensischen Widerstands verübt worden. Verantwortlich war vielmehr — wie die Londoner Polizei inzwischen offiziell mitteilte — die Gruppe von Abu Nidal, einem Renegaten der PLO, der schon vor Jahren von der Befreiungsbewegung zu Tode verurteilt wurde und der schon seit langem als von unsichtbaren Hintermännern gesteuerter Provokateur auftritt. Wundern sollte man sich darüber nicht — schließlich haben auch Hitler beim Überfall auf Polen oder Kennedy bei der Aggression gegen Vietnam ihre Kriegsanlässe selbst produziert.

Als weitere „Begründung" brachten die Zionisten den Beschuß israelischen Gebiets durch Artillerie und Raketen der PLO vor. Tatsächlich bestand an der israelisch-libanesischen Grenze ein Waffenstillstand zwischen der PLO und den Begin-Truppen. Aber es waren die Zionisten, die ihn immer wieder gebrochen haben, beispielsweise durch die verheerenden Bombenangriffe auf drei Lager der Palästinenser im April. Und die PLO hat auch jetzt ihre Angriffe erst nach den oben beschriebenen Terrorakten gegen Beirut und andere Ziele im Libanon wieder aufgenommen.

Alles, was die Begin-Leute für ihren blutigen Aggressionskrieg vorbringen, ist von offenkundiger Fadenscheinigkeit. Und immerhin haben sie ja selbst in der letzten Zeit in nicht zu überbietender Deutlichkeit zu verstehen gegeben, worum es ihnen wirklich geht. So sagte etwa Außenminister Schamir vor einigen Wochen — zur gleichen Zeit übrigens, da sich sein Bonner Amtskollege Genscher in Israel aufhielt —: „Es gibt nur eine Lösung des Nahost-Problems, die PLO völlig zu zerstören." Und Begin selbst verkündete unverhohlen seine Absicht, „mit der PLO ein für allemal aufzuräumen."

Das ist also ihr wirkliches Ziel in dem mörderischen Feldzug, den sie führen. Nicht die Vernichtung des palästinensischen Militärpotentials im südlichen Libanon, nicht die Schaffung einer von ihnen kontrollierten „Sicherheitszone" wie noch bei der letzten Aggression gegen den Libanon im März 1978. Sie wollen die palästinensische Befreiungsbewegung tatsächlich vollständig liquidieren. Und weil diese Bewegung — wie die Zionisten während der großen Volkskämpfe in den von ihnen besetzten Gebieten vor einigen Monaten einmal mehr erfahren mußten — tief im palästinensischen Volk verwurzelt ist, richten sich die vernichtenden Schläge des hochgezüchteten israelischen Militärapparats eben auch gegen dieses Volk selbst; werden Dörfer und Flüchtlingslager mit Bomben- und Granatteppichen belegt, gehen ganze Städte in Flammen auf. Und das alles in der wahnwitzigen Absicht, durch einen solchermaßen kaltblütig geplanten und durchexerzierten Völkermord die Flamme der Rebellion dieses um seine Befreiung kämpfenden Volkes ein für allemal zu ersticken.

Es ist ja längst kein Geheimnis mehr, daß Begin diesen Vernichtungsfeldzug, dem er den zynischen Namen „Operation Frieden für Galiläa" (so nennen die Zionisten das nördliche Palästina) gegeben hat, schon seit mindestens einem halben Jahr plante. Mit der Durchtriebenheit eines faschistischen Gewaltpolitikers hat er den günstigsten Zeitpunkt abgewartet. Der unter amerikanischer Aufsicht ausgehandelte sogenannte Friedensvertrag mit Ägypten war im wesentlichen mit dem israelischen Rückzug aus dem Sinai abgeschlossen — jetzt allerdings ist deutlicher denn je, daß der wahre Sinn dieses Camp-David-Abkommens darin bestand, Ägypten aus dem arabischen Lager herauszubrechen und zu neutralisieren, um so den Israelis freie Bahn für eine großangelegte Invasion im Libanon zu schaffen. Die arabische Welt war zudem durch den proimperialistischen Krieg des irakischen Regimes gegen den Iran tief gespalten. Die Augen der Weltöffentlichkeit waren auf den Südatlantik gerichtet. Das war für Begin der Zeitpunkt, um wieder einmal „vollendete Tatsachen zu schaffen und mit der „PLO ein für allemal aufzuräumen."

Der Unterstützung durch den amerikanischen Imperialismus, der sein Regime mit Finanz- und Waffenhilfe am Leben hält, war er sich dabei sicher. Schließlich hatte sein Kriegsminister Sharon bereits beim letzten USA-Besuch — wie die „Jerusalem Post" berichtete — den Kriegsplan in allen Einzelheiten abgesprochen. Und unmittelbar vor der Invasion unterrichtete denn auch der Vasall Begin seinen Herrn, den amerikanischen Präsidenten, über den nun konkret bevorstehenden Feldzug. Wie Reagans Antwort darauf ausfiel, kann man sich ausmalen, wenn man hört, wie Begin darauf reagierte. Er erklärte, daß die „Worte der Sympathie, Freundschaft und des Verständnisses mich tief berührt haben."

Gleichzeitig mahnte der US-Präsident — inzwischen beim Wirtschaftsgipfel in Versailles — die Israelis öffentlich zur Mäßigung. Gemeinsam mit den anderen Häuptern der westlichen Welt bekundete er dann in einer Erklärung des Wirtschaftsgipfels seine „Bestürzung" über die israelische Invasion. Ein wahrhaft durchsichtiges Manöver. Denn läge Reagan tatsächlich irgendetwas an einer „Mäßigung" Begins, er brauchte nur die US-Hilfe für dessen Regime zu stoppen. Genau daran aber denken die amerikanischen Imperialisten nicht im Traum. Denn Begin bombt und mordet schließlich auch im Interesse der amerikanischen Supermacht, die ihre Kontrolle über den gesamten Nahen Osten durch die Vernichtung der stärksten revolutionären Kraft in diesem Raum sichern will.

Unmittelbare Unterstützung haben die israelischen Völkermörder aber vor allem auch durch Bonn bekommen. Genscher ist bei seinem jüngsten Besuch in Tel Aviv unmittelbar vor der Invasion offen von der EG-Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser abgerückt, hat die aktive Bonner Unterstützung für den imperialistischen Camp-David-Pakt zugesagt und versprochen, daß sich die Bundesregierung mit Kritik an israelischen Terroraktionen zurückhalten werde.

Eine eindeutige Ermutigung der israelischen Völkermörder! Aber damit muß endlich Schluß gemacht werden — es ist Aufgabe aller demokratischen und friedliebenden Kräfte in diesem Land, jede Form der Unterstützung für die israelischen Aggressoren zu bekämpfen.



PLO-Kämpfer mit abgeschossenem israelischen Hubschrauber



Albanien: Erhöhung der Produktivität wirkt sich in Preissenkungen aus

Wo das Wort „Krise" ein Fremdwort ist

Sensationelle Preissenkungen in Albanien

TIRANA (Korrespondenz). — Am Vorabend des 9. Kongresses des Gewerkschaftsverbandes Albaniens gab der Ministerrat der Sozialistischen Volksrepublik Albanien bekannt, daß er auf Empfehlung des Politbüros der Partei der Arbeit Albaniens eine Preissenkung für zahlreiche Massenbedarfsartikel zwischen 8 und 35 Prozent und für 135 Dienstleistungsarten zwischen 8 und 15 Prozent beschlossen hat. Der Beschluß tritt am 16. Juni in Kraft.

Demnach wird Geflügelfleisch um 8 bis 15 Prozent billiger, Wolle und Strickwaren um 18 bis 20 Prozent, Baumwollunterwäsche um 18 bis 20 Prozent, Sandalen um 15 bis 20 Prozent, Schwarzweiß-Fernsehgeräte um 11 Prozent, Tonbandgeräte um 20 Prozent, Radios um 35 Prozent, Waschmaschinen um 30 Prozent, Fahrräder um 7 Prozent, Emaille-Töpfe um 15 bis 20 Prozent, Armbanduhren um 10 bis 15 Prozent, Kunsthandwerk um 25 bis 35 Prozent usw.

Durch diese Preissenkungen verzichtet der Staat auf Einnahmen in Höhe von 75 Millionen Lek.

Doch wäre es falsch zu glauben, die Preissenkungen seien lediglich ein Geschenk von Partei und Staat für das Volk. Diese Preissenkungen haben die Werktätigen sich dadurch selbst erkämpft, daß sie die Industrialisierung und die Intensivierung der Landwirtschaft vorangetrieben und so die Produktionskosten gesenkt haben. Die Verdienste von Partei und Staat liegen darin, ein Wirtschaftssystem installiert zu haben, in dem derlei Einsparungen an den Verbraucher weitergegeben werden und nicht in die Geldbeutel einiger weniger fließen. Für einen solchen Staat gibt es in der marxistischen Terminologie einen exakten Begriff: Diktatur des Proletariats, das heißt, Unterdrückung derjenigen Kräfte, die bei uns derlei Preissenkungen verhindern und dafür Raketen bauen.

Angesichts der Tatsache, daß bei uns bis weit hinein in linke Kreise die absonderlichsten Vorstellungen über den Sozialismus in Albanien bestehen, sollte sich jeder ehrliche Mensch durch die sensationellen Preissenkungen — die in Albanien selbst allerdings nicht im geringsten sensationell, sondern dort völlig normal sind — aufgerufen fühlen, sich objektiv mit der albanischen Gesellschaftsordnung auseinanderzusetzen.

SVR Albanien

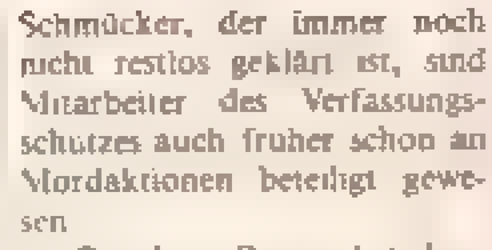
Steigendes Angebot an Konsumwaren

TIRANA — Während aus den Ländern des Moskauer Blocks ständig neue Engpässe bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumwaren gemeldet werden, steigt in Albanien die Produktion dieser Waren für den Inlandmarkt kontinuierlich an — entsprechend der stetig wachsenden Kaufkraft der Werktätigen durch Erhöhung der Einkommen und durch Preissenkungen.

Nach den am Vorabend des Gewerkschaftskongresses in Tirana veröffentlichten Statistiken hat sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres die Versorgung des Marktes mit Konsumgütern im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres insgesamt um 7,2 Prozent ausgeweitet. Bei einzelnen Waren wurden dabei die folgenden Steigerungsraten registriert: Fleisch und Wurstwaren um 12 Prozent, Milch um 6 Prozent, Käse um 8 Prozent, Obst um 25 Prozent, Textilien um 13 Prozent, Fertigkleidung um 7 Prozent.

Agent provokateur im Auftrag des Verfassungsschutzes

Der Doppelmörder war ein V-Mann



„Politische Gründe scheiden aus" — mit dieser Feststellung war die Nürnberger Polizei sofort zur Hand, als am 11. Mai in der Stadt zwei palästinensische Brüder — Ahmad und Ali el-Safadi — auf offener Straße erstochen worden waren.

Damit wäre der Fall denn wohl auch zu den Akten gelegt worden, wenn der Bonner PLO-Vertreter Abdallah Frangi nicht auf eigene Faust die Hintergründe des Doppelmordes untersucht hätte. Ein erster Verdacht auf mögliche Hintermänner der Bluttat traf naturgemäß den israelischen Geheimdienst Mossad, der schon seit langem auf Terrorakte gegen im



Mordopfer Ahmed und Ali el-Safadi

Ausland lebende Palästinenser spezialisiert ist. Und es gab auch ein mögliches Motiv: Ein Bruder der beiden in Nürnberg ermordeten Araber war an dem Anschlag auf israelische Sportler während der Olympiade beteiligt gewesen.

Die Spur, die Abdallah Frangi dann fand, führte jedoch nicht zum Mossad, sondern — zum bayrischen Verfassungsschutz. Der Doppelmörder Moussa Haidar, ein libanesischer Staatsbürger, stand schon seit 1976 auf der Gehaltsliste des staatlichen Spitzeldienstes. Seine Aufgabe war es, Landsleute, aber auch türkische und eritreische Organisationen im süddeutschen Raum auszuspähen. Und nicht nur das.

Haidars schmutzige Tätigkeit beschränkte sich keineswegs auf bloße Schnüffelei. Wie viele andere V-Leute der Bonner Geheimdienste wirkte er gleichzeitig auch als Agent provokateur. Er gab sich als palästinensischer Freiheitskämpfer aus und versuchte, in den Kreisen die er bespitzelte, Leute für Terroranschläge zu gewinnen.

Unmittelbar vor dem Nürnberger Doppelmord beispielsweise war er an mehrere Palästinenser herangetreten und hatte ihnen Pläne für einen Anschlag auf das jüdische Kulturzentrum in Nürnberg unterbreitet. Auch die beiden Brüder el-Safadi waren von dem Agenten angesprochen worden — ohne den gewünschten Erfolg allerdings. Die Brüder sagten dem V-Mann auf den Kopf zu, daß sie ihn für einen Agenten hielten, der sie in die Falle locken wollte. Und das war wohl auch der Grund dafür, warum die beiden Palästinenser sterben mußten.

Die bayrischen Behörden bestreiten nun zwar energisch, daß sie Haidar den Auftrag gegeben hätten, in dieser Form als Agent provokateur tätig zu werden. Das erscheint allerdings wenig glaubhaft. Denn seitdem Ende der sechziger Jahre der Verfassungsschutzagent Urbach als Waffenbeschaffer für die sich bildende RAF aufgetreten war, sind laufend Fälle bekannt geworden, wo Geheimdienstler in dieser Form als Provokateure auftraten. Und wie etwa im Fall Schmücker, der immer noch nicht restlos geklärt ist, sind Mitarbeiter des Verfassungsschutzes auch früher schon an Mordaktionen beteiligt gewesen.

Gerade in Bayern hat diese Form geheimdienstlicher Tätigkeit schon Tradition. Nach dem erwähnten Münchner Anschlag etwa wurden mit Hilfe des BND Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad in bayrische Gefängnisse geschleust, wo sie die gefangenen palästinensischen Attentäter verhören konnten. Bei dieser Gelegenheit warben die Israelis einen der Gefangenen, Mohammed Jussuf, für ein Attentat auf den in Beirut lebenden PLO-Führer Abu Iyad an.

So zeigt auch der Doppelmord von Nürnberg ebenso wie die Provokateursrolle des Moussa Haidar einmal mehr, welches schmutzige Spiel die Bonner Geheimdienste, insbesondere der Verfassungsschutz, treiben. Aus ihren Quellen stammen ja die alljährlichen Berichte etwa über eine „besorgniserregende" Zunahme der Aktivitäten von „extremistischen Ausländern". Die Bonner Politiker aller Parteien bedienen sich dann dieses Materials, um eine entsprechende Stimmung zu schüren und nach Maßnahmen gegen solche Aktivitäten zu rufen. Gelingt es dann aber, wie im Nürnberger Fall, zu den wirklichen Tatsachen vorzustoßen, entpuppt sich unversehens der Verfassungsschutz selbst als Basis des Terrorismus.



Mörder Moussa Haidar

Folge der Krise

Jeder vierte Werktätige macht keinen Urlaub

Wie verlogen die Sprüche der Bonner Politiker sind, wonach trotz der staatlichen Sparmaßnahmen der soziale Besitzstand der Werktätigen nicht gefährdet sei, zeigte in eindringlicher Weise eine letzte Woche veröffentlichte Statistik des Starnberger Studienkreises für Tourismus.

Danach haben bereits im vergangenen Jahr von den 40,8 Millionen im Erwerbsleben stehenden Westdeutschen 10,6 Millionen oder 26 Prozent keinen Urlaub gemacht. Diese Zahl bezieht sich wohlgemerkt nicht auf diejenigen, die auf eine Urlaubsreise verzichten mußten — sie umfaßt vielmehr alle diejenigen, die keinerlei Urlaub genommen, also das ganze Jahr über durchgearbeitet haben. 1980 lag die entsprechende Ziffer noch bei 7,2 Millionen oder 18 Prozent.

Einen besonders rapiden Anstieg an Nicht-Urlaubern verzeichnete die Untersuchung des Starnberger Studienkreises bei ungelernten Arbeitern. Hier haben 1980 5,6 Prozent durchgearbeitet, im vergangenen Jahr waren es schon 24,8 Prozent. Erschreckend ist auch die Situation bei den Hausfrauen. 1980 machte jede dritte und 1981 fast jede zweite keinen Urlaub.

Bei eher von Haushaltsnettoeinkommen unter 2500 Mark monatlich haben 1980 zu 28 Prozent, 1981 schon zu 39 Prozent durchgearbeitet. Es ist zu erwarten, daß dieser Prozentsatz im laufenden Jahr noch weiter ansteigen wird. Denn die Ursachen für diese Entwicklung liegen ja auf der Hand. Auch der Starnberger Studienkreis gibt sie mit Geldmangel an. Während die Superreichen und die Großverdiener, die Konzernbosse und ihre Bonner Politiker immer noch davon tönen, daß es uns zu gut ginge und weitere Einschränkungen notwendig seien, gehen die Folgen der kapitalistischen Krise bei großen Teilen der Werktätigen mittlerweile schon an die Substanz.

Nichts könnte eindringlicher als diese Zahlen unterstreichen, wie notwendig der konsequente Kampf gegen die kapitalistische Krisenpolitik ist.



Urlaub wird immer mehr zum Luxus



HAW-Werk in Hamburg

Prozeß um Stromtarif

Wie ein US-Konzern mit billiger Energie versorgt wurde

Als vor Jahren der später geschaßte Hamburger Bürgermeister Klose in einem Anfall von Erkenntnis den bürgerlichen Staat einen „Reparaturbetrieb" für Kapitalinteressen nannte, erntete er bei seinen Parteifreunden in der SPD-Spitze wütendes Protestgeheul. Vielleicht hatte Klose damals besonders jenen Aspekt hanseatisch-sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik vor Augen, der gegenwärtig in einem Prozeß vor dem Hamburger Oberlandesgericht wieder aufgerollt wird.

Bei dem Prozeß klagen die Hamburgischen Elektrizitäts-Werke HEW gegen ihren größten Kunden, das Hamburger Aluminium-Werk (HAW), auf Zahlung eines höheren Stromtarifs. Der Hintergrund: Die vom SPD-Senat der Hansestadt in den sechziger Jahren betriebene Politik der Industrieansiedlung an der Unterelbe, die den Stadtstaat zu einem wahren El Dorado für Konzerne aus aller Welt gemacht hatte.

Da konnte sich etwa dank überaus reichlich sprudelnder Subventionen der amerikanische Aluminium-Hersteller Reynolds mit nur 14 Millionen Mark Eigenkapital ein 650-Millionen-Werk an die Elbe setzen. Für den laufenden Betrieb machten die HEW dem US-Konzern noch ein zusätzliches fürstliches Geschenk. Der Stromversorger — zu 71 Prozent im Besitz der Stadt Hamburg — berechnete dem Alu-Werk einen Sonderpreis von nur 2 Pfennig pro Kilowattstunde Strom. Beim Abschluß des entsprechenden Vertrages lagen die Gestehungskosten schon bei 2,6 Pfennig pro Kilowattstunde. Den Ausgleich für dieses Verlustgeschäft deckte wiederum der SPD-Senat aus Steuergeldern — er überwies den HEW eine pauschale Abgeltung in Höhe von 78 Millionen Mark.

Den größten Schnitt machten die Reynolds-Bosse durch eine besondere Klausel in dem Vertrag, nach der die HEW ihnen die 2 Pfennig — unabhängig von der allgemeinen Preisentwicklung — als Festpreis über Jahre hinaus gewährten. Noch 1975, als das Reynolds-Werk zum HAW umgewandelt wurde (an dem der US-Konzern nun nur noch ein Drittel der Anteile hat), verlängerte die HEW den Vertrag über den Sondertarif um weitere 20 Jahre. Das bedeutet also, daß das HAW bis zum Jahr 1995 seinen Strom zu einem inzwischen fast nur noch als symbolisch zu bezeichnenden Preis von 2 Pfennig beziehen kann. Der Erfolg: Die HEW machen gegenwärtig jährlich mit ihrem größten Kunden ein Verlustgeschäft von 66 Millionen Mark.

Angesichts solcher satten Verluste wollen die HEW nun eine Preisaufbesserung gerichtlich erstreiten. Wobei allerdings die inzwischen vom Oberlandesgericht vorgeschlagene Einigung auf einen Preis von 2,8 Pfennig pro Kilowattstunde noch längst nicht kostendeckend wäre. Aber den HEW-Bossen, die sich unlängst ja so überaus erfolgreich dem Ausstieg aus dem Brokdorf-Projekt widersetzt haben, wird auch hier sicher etwas einfallen. Und das bewährteste Mittel ist natürlich eine Anhebung der Stromtarife für Privatverbraucher. Auf diesem Gebiet haben sie schon in der Vergangenheit einiges geleistet: Hamburg mit seinen großzügigen Tarifen für Konzerne und seinem hohen Anteil an AKW-Strom hat jetzt schon die höchsten Strompreise in der Bundesrepublik.

Die Familien in der Hansestadt bezahlen für ihren Strom gegenwärtig übrigens neunmal (!) so viel pro Kilowattstunde wie das HAW.



Die Gegenseite geht auf unseren Abrüstungsvorschlag ein, was haben wir falsch gemacht?



Samstag, 19. Juni
20.15 Uhr, ZDF
Paper Moon. Filmkomödie von Peter Bogdanovich. Moses Pray und seine kleine Tochter Addie schlagen sich während der großen Krise in den dreißiger Jahren als Trickbetrüger durch. Mit Ryan O'Neal und Tatum O'Neal.

* * *

Sonntag, 20. Juni
10.25 Uhr, ZDF
Menschen am Sonntag. 1929 haben Robert Siodmak und Edgar G. Ulmer diesen Film gedreht, in dem mit fast dokumentarischen Mitteln ein Sonntag im damaligen Berlin beschrieben wird. Mit Brigitte Borchert, Christel Ehlers u. a.

* * *

Sonntag, 20. Juni
21.10 Uhr ARD
Der starke Stamm. In ihrem Volksstück aus dem kleinbürgerlichen Milieu entwarf die Ingolstädter Autorin ein bitteres Bild der Nachkriegszeit. Fernsehfassung einer Inszenierung des Bayrischen Staatsschauspiels. Regie: Dieter Giesing. Mit Hans Brenner, Ruth Drexel u. a.

* * *

Sonntag, 20. Juni
21.45 Uhr, WDR III
Ich stelle mich: Bernt Engelmann. Engelmann, seit 1977 Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Druck, ist in der letzten Zeit vor allem bei der Organisierung von Friedensinitiativen aktiv geworden.

* * *

Montag, 21. Juni
21.20 Uhr, ZDF
Feinde. Das Schauspiel von Maxim Gorki wird in einer Inszenierung aus der Sowjetunion gezeigt. Regie: Abram Room.

* * *

Montag, 21. Juni
20.15, WDR III
Das Boot ist voll. Als Fernsehfilm des Monats wird dieser Film des Schweizer Regisseurs Markus Imhoof wiederholt. Er schildert den verzweifelten Versuch einer Gruppe von deutschen Juden, zu Beginn der vierziger Jahre Asyl in der Schweiz zu bekommen. Die reaktionären Behörden haben die Grenzen jedoch dicht gemacht und liefern die Flüchtlinge an die Nazis aus. Mit Tina Engel, Hans Diehl u. a.

* * *

Mittwoch, 23. Juni
19.15 Uhr, NDR III
Geschichte im Widerstreit. Bericht von Erhard Klöss und Eberhard Rondholz über eine „Vergeltungsaktion" der faschistischen Wehrmacht im besetzten Griechenland.

* * *

Mittwoch, 23. Juni
21.00 Uhr, NDR III
Arbeit schaffen — auch mit Waffen? Aufzeichnung einer Bürgerversammlung in der „Räucherei" in Kiel. Thema: Rüstungsproduktion und Waffenexport.

Nach Reagan-Besuch in Westberlin

Brandanschlag auf Büro der Alternativen Liste

Bei einem Brandanschlag am Samstagabend wurden die Büroräume und die Kneipe der Alternativen Liste total verwüstet. Offenbar war eine brennbare Flüssigkeit in die Räume gekippt und dann angezündet worden. Die Inneneinrichtung brannte vollständig aus; ein Übergreifen des Feuers auf die über dem Büro liegenden Wohnungen konnte glücklicherweise verhindert werden.



Zivilpolizist bei der Demo am 11.6.

Noch am Abend bildete sich eine spontane Demonstration gegen den Anschlag, deren Teilnehmer unter anderem kritisierten, daß es für die AL-Räume keinen Polizeischutz gegeben hatte. Dabei hätte mit Übergriffen gegen die AL gerechnet werden müssen. Denn seit den Straßenschlachten am Tag des Reagan-Besuchs war sie das Objekt einer hysterischen Hetze der Westberliner Presse, und man weiß ja aus Erfahrung, daß gerade diese — überwiegend von Springer kontrollierte — Presse es immer verstanden hat, reaktionäre Elemente zu Terrorakten gegen die demokratische Bewegung aufzuhetzen.

Die AL war ins Visier der Reaktionäre in der Frontstadt geraten, weil sie dazu aufgerufen hatte, das vom Senat für den vergangenen Freitag verhängte Demonstrationsverbot zu durchbrechen und öffentlich gegen Reagan zu protestieren, der an diesem Tag die für jeden US-Präsidenten obligate Berlin-Show absolvierte. Und nicht nur Springers Kampfblätter, sondern auch die bürgerlichen Parteien machten die Alternative Liste für die Straßenschlachten am Freitag verantwortlich. Die Fraktionsvorsitzenden der FDP in Bund und Ländern etwa hielten es für nötig, eine Erklärung zu den Westberliner Vorfällen abzugeben und tönten, „die AL habe sich als Feind der Demokratie selbst entlarvt."

Im Abgeordnetenhaus — dem Westberliner Parlament — wurde kurzfristig der Innenausschuß einberufen; der AL-Abgeordnete Schmidt, Mitglied des Ausschusses, jedoch wurde nicht zu der Sitzung eingeladen. Die CDU-Bosse um den berüchtigten Scharfmacher Lummer gehen offensichtlich schon dazu über, ganz unverhohlen die Alternativen aus der Parlamentsarbeit auszuschließen. Auf der Tagesordnung der erwähnten Sitzung des Innenausschusses stand übrigens die Diskussion über neue staatliche Unterdrükkungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Demonstrationen. Daß Innensenator Lummer die gewalttätigen Auseinandersetzungen vom Freitag dazu ausnutzen würde, um erneut nach der Einführung von CS-Gas für die Polizei zu schreien, war zu erwarten gewesen.

Der CDU-Mann hatte sich darüber hinaus jedoch noch etwas Neues ausgedacht und forderte die Einführung eines Tatbestandes der „gefährlichen Zusammenrottung" — an die Bundesregierung richtete er den „beschwörenden Appell", sich diesem aus der Praxis entwickelten Vorschlag nicht länger zu widersetzen.

Mit solchen Forderungen setzt der CDU-Senat fort, was vor dem Besuch von Reagan schon begonnen wurde: Da waren Anti-Reagan-Kleber verboten und Parolen gegen den US-Präsidenten übermalt worden, da wurden die Büros von der AL von der Polizei durchsucht, 70 Leute „vorbeugend" festgenommen und schließlich verhängte der Senat das Demonstrationsverbot. Als einige tausend Menschen dennoch gegen Reagan demonstrieren wollten, hatte die Polizei den als Aufmarschort vorgesehenen Nollendorfplatz schon durch im Boden verankerte Stacheldrahtverhaue zur Mausefalle gemacht. Bei den Kämpfen, die sich dann entwickelten, wurden Hunderte von Demonstranten verletzt. Die „Autonomen Sanitäter" teilten mit, sie hätten etwa 200 Demonstranten behandeln müssen, darunter Leute mit Schädelverletzungen und Knochenbrüchen.

240 Demonstranten wurden festgenommen, gegen 22 von ihnen wurde Haftbefehl erlassen. Die Richter begründeten das damit, daß in allen Fällen Fluchtgefahr bestehe — wegen „zu erwartender hoher Freiheitsstrafen". Auch die Justiz paßt sich — wie man sieht — nahtlos in den reaktionären Lummer-Kurs ein.



Zerstörtes AL-Büro

Initiative Soziale Sicherheit:

Bundesweite Demonstration am 23. Oktober

Am 12. Juni fand in Duisburg der 2. Kongreß „Maßnahmen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung" statt. Die wesentlichen Beschlüsse dieses Kongresses sind: Am 23. Oktober wird eine bundesweite Demonstration in Gelsenkirchen stattfinden. Als Mobilisierung für diese Demonstration sollen örtlich durchgeführte Aktionswochen dienen, die möglichst gleichzeitig im ganzen Bundesgebiet durchgeführt werden sollen.

Als zukünftige Träger dieser begrüßenswerten bundesweiten Initiative wurde ein „Personenkomitee" gebildet, dem unter anderem der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, eine Reihe von Betriebs- und Personalräten, Vertrauensleuten und Vertreter verschiedener Initiativen und Gruppierungen angehören. Dieses Personenkomitee soll auch für die weitere Organisierung und Koordinierung der geplanten zentralen Aktionen sorgen. Kollegen, die aktiv in diesem Komitee mitarbeiten wollen, sollten sich in den nächsten Tagen schriftlich oder telefonisch an die unten angegebene Adresse wenden. Die Teilnehmer des Kongresses waren sich einig, daß es hier keinerlei Ausgrenzungen geben darf. Entscheidend ist die ernsthafte Bereitschaft, die angegebene Zielsetzung — gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung — aktiv zu unterstützen.

Wir möchten an dieser Stelle die Mitglieder und Freunde unserer Partei nochmal ausdrücklich dazu aufrufen, die örtlichen und zentralen Aktivitäten dieser Initiative nach Kräften zu unterstützen und mitzutragen. Diese Initiative ist weit und breit der einzige ernstzunehmende Versuch, eine breite bundesweite Front gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung zu errichten. Wir wissen, daß die Gewerkschaften — deren Aufgabe es eigentlich wäre, diesen Kampf zu organisieren — hier von der sozialpartnerschaftlichen Führung am kurzen Zügel gehalten werden. Diese Initiative hat hier durchaus auch die Chance, innerhalb der Gewerkschaften einiges in Bewegung zu bringen.

In dieser Frage allerdings gibt es nach wie vor gewisse Mängel in der Orientierung der Initiative. Die Notwendigkeit, offensiver als bisher in die Gewerkschaften hineinzuwirken und auch die Gewerkschafts-Führung offen zur Unterstützung der Aktionswochen und der zentralen Demonstration aufzufordern, ist der Mehrheit der Teilnehmer noch nicht ausreichend klar. Einige Kollegen bemängelten darum auch zu Recht das Fehlen gewerkschaftlicher Gruppierungen auf diesem Kongreß.

Ein Grund für diesen Mangel mag die nach wie vor starke Orientierung vieler Teilnehmer an der Sozialdemokratie sein, die zwar der SPD und vor allem der Regierungspolitik sehr kritisch gegenüberstehen, die Sozialdemokratie aber ausdrücklich nicht zum „Hauptfeind" erklärt wissen wollen. Das ist für sich genommen zwar richtig; es darf aber unserer Meinung nach aber nicht dazu führen, daß die Regierung geschont wird.

Sicherlich gehen die Angriffe auf den sozialen Besitzstand und die Vernichtung der Arbeitsplätze von den Unternehmern aus und dienen der Sanierung ihrer Profite. Ohne Zweifel aber ist die sozialdemokratisch geführte Regierung der politische Träger dieser Maßnahmen und es darf nicht verschwiegen werden, daß die Regierung hier eine eindeutige Unternehmerpolitik betreibt. Rücksichtnahme oder gar eine Schonung der Regierung und derjenigen Kreise, die diese Politik mittragen, darf es darum nicht geben. Das würde der Initiative die entscheidende Schlagkraft nehmen.

Es ist in dieser Hinsicht auch etwas bedauerlich, daß die inhaltliche Diskussion auf dem Kongreß zu kurz gekommen ist. Es ging den Initiatoren dabei sicherlich darum, das gemeinsame Ziel in den Vordergrund und politische Differenzen in den Hintergrund zu stellen. Das konnte aber nicht verhindern, daß die Frage verdeckt wieder zum Vorschein kam, als über den Termin der zentralen Demonstration diskutiert wurde. Hier weigerte sich ein Teil der stark vertretenen Falken, dem Termin vom 13. November zuzustimmen, weil an diesem Tag gleichzeitig in Dortmund der regionale Familientag der SPD stattfindet. Nachdem an dieser Frage die Einheit für eine bundesweite Demonstration zu zerbrechen drohte, einigte man sich nach heftiger Diskussion doch noch auf den 23. Oktober als Kompromiß.

Das ist sehr zu begrüßen, denn die vertretenen Kräfte reichen bei weitem noch nicht aus, der Initiative die notwendige Durchschlagskraft zu verleihen. Insgesamt jedoch repräsentierten die rund 150 Teilnehmer an diesem Kongreß bereits eine erfreuliche Breite. Zahlreiche örtliche Initiativen von Kiel bis München waren da vertreten, eine Reihe oppositioneller Betriebsräte und Gewerkschafter bis hin zur RGO und Vertreter von den Grünen, Sozialdemokraten, demokratische Sozialisten und der KPD. Einig waren sich alle Teilnehmer darin, wirksame Maßnahmen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung zu ergreifen und verstärkt für die beschlossenen bundesweiten Aktionen zu mobilisieren. Darin liegt die Stärke dieser Initiative.

Wendet Euch an die Kontaktadressen!

Initiative Soziale Sicherheit
Hohenstaufenallee 1
4650 Gelsenkirchen
Tel.: (0209) 15401

oder:

„REVIER"
Siegstraße 15
4100 Duisburg 1
Tel.: (0203) 340083

Delegiertenkonferenz des KBW

Keine Mehrheit für die Auflösung

Bereits ein halbes Jahr nach seinem letzten Kongreß führte der KBW am Wochenende erneut eine zentrale Delegiertenkonferenz durch. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung: Beratung über den Antrag einer Gruppe von Mitgliedern auf Auflösung des KBW. Überraschend beim gegenwärtigen Stand des KBW war weniger dieser Antrag als vielmehr die Tatsache, daß er von den Delegierten mit satter Mehrheit (142 gegen 14 bei 2 Enthaltungen) abgelehnt wurde.

Dabei waren die inhaltlichen Positionen der „Auflöser" gar nicht weit von denen der Mehrheit (und der Führung) entfernt — wenn man denn heute überhaupt noch von so etwas wie einheitlichen Auffassungen im KBW reden kann. Übereinstimmung immerhin gibt es in dem radikalen Bruch mit dem früheren Programm des KBW und der auf dessen Grundlage entfalteten Politik. KVZ-Redakteur Koenen — Ideologe der „Auflöser" und erst unmittelbar vor der DK auf die Positionen der Mehrheit umgeschwenkt — hatte schon vor Wochen in seiner Zeitung geschrieben, er fühle sich „um Lichtjahre, so zwei bis drei Milchstraßen weit von diesem schwarzen Loch (der KBW-Politik vor 1980 — RM) entfernt; ob links oder rechts davon, ist mir schnuppe."

Man macht also weiter auf Vergangenheitsbewältigung im KBW, stellt das Scheitern des früheren Anspruchs, „Avantgarde des Proletariats" zu sein, heraus und übt eifrig Selbstkritik an dieser oder jener Erscheinungsform früherer Tätigkeit. Aber exakt wie die frühere Gruppe Rote Fahne („KPD") bei ihrem Auflösungsprozeß vor zwei Jahren zeigt sich auch der KBW insgesamt als unfähig, die wirklichen Bedingungen dieses Scheiterns zu analysieren. Man verfährt vielmehr nach dem schon von Semler, Horlemann und Co. erprobten Muster: Da der KBW als „ML-Organisation" gegründet worden sei, müsse sein weitgehender Zusammenbruch halt auf das Konto des Marxismus-Leninismus geschrieben werden.

So ist denn auch die Geschichte des KBW in den letzten beiden Jahren bestimmt gewesen von einer immer weiter vorangetriebenen Aufkündigung der „Dogmen" des revolutionären Marxismus, der angeblich auf die gegenwärtigen Fragen keine Antworten mehr zu bieten habe. Das reichte von der „Erkenntnis", daß das Proletariat keine kommunistische Partei brauche bis zu der „Entdeckung", daß Lenins Imperialismus-Analyse veraltet sei und es heute beispielsweise keinen eigenständigen westdeutschen Imperialismus mehr gebe.

In diesem Rahmen bewegen sich auch die Positionen derjenigen Kräfte, die nach der Auflösung des KBW als Organisation rufen. Wenn sie sich in ihrem Antrag etwa zu der abstrusen Behauptung versteifen, ausgerechnet die Ökologie-Bewegung habe eine „weit radikalere Kritik des Kapitalismus hervorgebracht" als der gegenwärtige Marxismus, so ist das im KBW insgesamt ebensowenig umstritten wie ihre Forderung, man dürfe keine „Hierarchie der gesellschaftlichen Bewegungen" (sprich: eine führende Rolle der Arbeiterbewegung gegenüber anderen Bewegungen) behaupten.

So wurde die Auseinandersetzung um die Auflösung des KBW denn auch nicht auf der Basis eines Streits um inhaltliche Positionen geführt, sondern auf einer formalen Ebene ausgetragen. KBW-Sekretär Schmierer verstand es geschickt, die „Auflöser" in den Ruch von Bürokraten zu bringen, die mit den von ihnen geforderten organisatorischen Konsequenzen den Prozeß einer politischen Debatte im KBW abblocken wollten. Die Mehrheit der Delegierten folgte diesen Argumenten und entschied sich für die Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung innerhalb des KBW im Stil der letzten Jahre.

Die Frage, wozu denn der KBW als besondere Organisation überhaupt nötig sei, konnten allerdings auch Schmierer und seine Gefolgsleute nicht beantworten. Als politisch handelnde Organisation besteht der KBW ohnehin nicht mehr; das rasante Abbröckeln der Basis (zuletzt wurde ein Mitgliederstand von 800 angegeben) wird sich durch die nach der DK zu erwartende neue Austrittswelle fortsetzen. So bleibt der Rest des KBW dann als „Arbeitszusammenhang" — wie es auf der Konferenz genannt wurde — bestehen, der sich im wesentlichen der „Theoriebildung" widmen will.

Auch für diesen Rest steht es außer Frage, daß sich der KBW in die „gesellschaftlichen Bewegungen" — gemeint sind damit vor allem Umwelt- und Friedensbewegung (die Arbeiterbewegung spielt für diese Leute eh keine Rolle mehr) — aufzulösen hat. Er will darin jedoch, gestützt auf den Apparat des KBW, eine Rolle als eine Art kollektiver Theoretiker spielen, was im wesentlichen damit begründet wurde, daß diese Bewegungen halt jung und unerfahren wären, während der KBW eben über die Jahre ein beträchtliches Reservoir an Erfahrung und Theorie herangebildet hätte.

So wird es beim KBW also vorerst in den alten Formen weitergehen: Schmierer und ein paar andere Ideologen werden Monat für Monat neue „Theorien" produzieren, in denen sie den Marxismus-Leninismus „widerlegen" und sich den verschiedensten Strömungen innerhalb der „gesellschaftlichen Bewegungen" — vom Reformismus bis zum Ökologismus — anbiedern.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 24, 18 Haziran 1982 | Yıl: 16 | 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

Yüz binlerce insan barışın korunması için sokaklara döküldü

Reagan'a karşı kitle gösterileri

ABD emperyalist çetesinin elebaşısı Reagan'ın Avrupa gezisinin sürdüğü aynı günlerde, Londra, Roma, Bonn, Batı Berlin ve son olarakta New York'ta onun silahlanma ve savaş politikasına karşı yüz binlerce savaş karşıtının katıldığı kitle yürüyüşleri düzenlendi. Gerçi Reagan gerek Bonn'da gerek Batı Berlin'de gerekse de diğer yerlerde yaptığı konuşmalarında kendisini yumuşama politikasının bir savunucusu olarak göstermesine ve bununla da siyasi bilinçleri geri olan bazı insanları yanıltabilmesine rağmen, bir bütün olarak ele alırsak o bu tutumu ile politikasına karşı yönelen kitle direnişini yok edemedi.

Reagan'ın Batı Almanya ziyaretinden ve NATO zirve toplantısından ötürü düzenlenen Bonn Barış yürüyüşüne 400 000 kişi katıldı ve aynı günü Batı Berlin'de ise yüz bin barışsever insan yürüdü. Bu yürüyüşler Almanya tarihinde en büyük barış yürüyüşleri idi. Tam yarım milyon insan sokaklara dökülerek silahlanmaya ve emperyalist savaş tehlikesine karşı yürüdü. Geçen yılın ekim ayında düzenlenen barış yürüyüşüne karşın bu yarım milyon insan sadece orta menzilli füzelerin yerleştirilmesini önlemek için sokaklara dökülmedi. O zamandan bu yana bir çok barış yanlısı kişi de, Batı Almanya'nın ABD'nin denetimindeki saldırgan savaş paktı NATO'ya üyeliğinin, Batı Almanya'nın bir savaş alanı olma tehlikesine yol açtığı görüşü gelişti. Bu nedenle bu, partimiz KPD'nin şimdi daha da yoğun bir şekilde NATO'dan çıkma ve tarafsızlık politikasını işçi sınıfı, emekçi halk ve barış hareketi içerisinde yayması için somut bir nedendir.

NATO zirvesinde ayrıca bir de ortak bir deklarasyon kararlaştırıldı. Bonn Açıklaması adını taşıyan bu deklarasyon, '60'ların sonunda yapılan ve çift taktiği, yani silahlanma ve silahsızlanma taktiğini öngören NATO açıklamalarının bir yinelenmesinden başka bir şey değildir. Bu taktiğin pratik anlamının ne olduğunu, o dönemlerden bugüne değin yapılan çılgınca silahlanma berrak bir şekilde bize göstermektedir. Burjuva partilerin NATO'nun bir barış gücü olduğunu gösterebilme ve Batı Almanya'daki halkı gelecekte de bu savaş paktının gerçek niteliği üzerine yanıltma çabası en azından 10 Haziran'da boşa çıktı. Ve şimdi görev daha geniş yığınlara bu savaş paktının niteliğini kavratmak olmalıdır. Bu da bizim gelecekte şimdiye değin olandan daha da yoğun bir şekilde, barışın korunması sorununu, iki emperyalist süper devlet arasında yapılan görüşmelere tabii kılan akımlara karşı mücadele etmemiz ve barışın korunması sorununun emperyalistlerin işine yarayacak bir yöne kanalize edilmesine karşı çıkma demektir.

ABD Başkanı Reagan'a karşı dünya çapında yapılan kitle gösterileri, barış hareketinin giderek güçlendiğinin bir göstergesidir. Ancak bu kitle hareketi barışın korunması sorununda siyasi bir berraklık kazanır ve savaş kışkırtıcılarının oyununa gelmezse, gerçekten başarılı siyasi bir harekete dönüşebilir. Öyleyse barış hareketinin berrak bir siyasi çizgiye kavuşması için haydi göreve!

(„Massendemonstrationen gegen Reagan").

Federal Savunma Bakanı Apel

Askerlik süresinin uzatılmasını ve kadınların askere alınmasını istiyor

Federal Savunma Bakanı Apel, NATO zirve görüşmelerinin sürdüğü ve tamda Bonn barış yürüyüşünün yapıldığı bir ortamda provakativ bir şekilde konvansiyonal birliklerin güçlendirilmesi için başlatılan militarist tartışmalara vaktinde yetişti. O da bu tartışmalara, askerlik süresinin 18 aya çıkarılması ve kadınlarında "Federal Savunma Ordusuna" alınması reçetesini ileri sürerek katkıda bulunmaya çalıştı. Apel daha öncede yabancı gençlerin askere alınmasını istemişti.

Bilindiği gibi Bonn Savunma Bakanının uzun zamandan beri hazır olan plan ve taslakları nihayet şimdi resmi olarakta tasdiklendi. Savunma Bakanının görüşüne göre şu yapılması lazım: Eğer nükleer silahların sayısının azaltılması üzerine tartışılacaksa, o zaman konvansiyonal olarak silahlanılmalıdır!

Federal Parlamento savunma görevlisi Berkhahn, askerlik süresinin uzatılması ile Federal Ordu içerisindeki sorunların daha da keskinleşeceğini, çünkü ordu içinde daha bugünden bile isteksizliğin ve kavrayışsızlığın baş gösterdiğini belirtti, ancak bunların üstesinden gelinebileceğini vurguladı.

Pekâlâ bugün bu görüşü gerek Berkhahn gerekse Apel paylaşabilirler. Ancak onların gerçekten bu sorunun üstesinden gelip gelemeyecekleri, askerlik süresinin uzatılmasından etkilenen gençlerin onlarla aynı görüşte olup olmadıklarına ve direnişle karşılaşıp karşılaşmamalarına bağlıdır. Örneğin bugün kadınlar askere alınmalarına karşı direniyorlar. Pekâlâ bu tür direniş erkeklerde de askerlik süresinin uzatılmasına karşı gelişebilir.

(„Apel will längere Wehrzeit und Frauen in der Armee")

Beyrut istila birlikleri tarafından ablukaya alındı

İsrail birliklerinin saldırıları sürüyor

Sivil halka karşı katliama girişildi

BEYRUT. — Pazartesi günkü sayısında Springer'in faşistlerden yana kışkırtma gazetesi "BİLD" İsrail birliklerinin Lübnan'da giriştikleri barbarca katliamı şöyle alkışlıyordu: "Teröristler kendi elleriyle kurdukları tuzağa düştüler." Yüz binlerce mültecinin yerleştiği Beyrut şehri hafta başında İsrail istila birlikleri tarafından ablukaya alındı.



İsrail birlikleri halka karşı barbarca katliamlarını sürdürüyorlar.

İsrail saldırganları böylece askeri hedeflerinin ilk bölümüne ulaştılar. Onlar halkı gözü dönmüşcesine ve en vahşi bir şekilde katlederek Lübnan'ın güneyini kuşattılar. Lübnan'ın başkentini ablukaya alan İsrail birlikleri Batı'nın en modern silahları ile teçhizatlandırılmış 40 000 kişilik gücü olan "Hiristiyan Falanjist" birlikleri ile birleştiler. Bu faşist çete Lübnan'ın kuzey kesiminin bir bölümünü kendi denetimi altında bulundurmaktadır.

Hafta sonunda Filistin Halk Kurtuluş Örgütü (PLO) savaşçılarının ve Lübnan'lı solcu milislerinin Beyrut'ta ve ülkenin güneyinde İsrail istila birliklerine karşı başlattıkları direniş sürüyor. Bu çatışmalarda İsrail siyonist birliklerinin yüksek, rütbeli bir subayları da öldürüldü. Begin'in izlediği taktiğin sonucu, İsrail birlikleri doğrudan Filistin Kurtuluş Örgütü savaşçıları ile bir çatışmaya girmekten kaçınıyorlar.

Onlar doğrudan çatışmak yerine NATO ülkelerinin kendilerine verdiği roketlerle, bombalarla ve el bombaları ile Güney Lübnan'daki köyleri, şehirleri ve Filistin mülteci kamplarını yakıp yıkmaktalar. Örneğin Saida şehrine uçaktan attıkları bildirilerle halkı iki saat zarfında şehri tamamen terk etmeye çağırıyorlar. Halkın paniğe kapılması üzerine İsrail bombardıman uçakları ard arda şehirin çeşitli semtlerini bombalayarak tüm şehri yakıp yıktılar. Yıkılan evlerin ankazının altında en az 1500 kişi hayatını yitirdi. Buradaki aynı durum Beyrut'ta da yaşanmaktadır. İsrail siyonistleri ateşkes ilan edince halk sakladığı bodrumlardan çıkmaya başladı. Bunun üzerine tekrardan acımasızca saldırıya geçen İsrail ordusu şehri bombalayarak küle çevirdi. Kızıl Yardım örgütünün açıklamalarına göre İsrail siyonistleri sadece Beyrut'ta pazar gününe kadar 4400 insanı katlediyorlar.

Açık olan şu ki, Begin bu vahşice saldırılarla "Filistin sorununu" kesin çözüme ulaştırmak istiyor. O, böylece vatanlarından göç etmeye zorladıkları Filistin halkını en barbarca ve eşi görülmemiş katliamlara girişerek yok etmeye çalışıyor. İsrail birliklerinin Lübnan'a saldırılarının arkasında yatan diğer amaçlarda giderek daha da berraklaşıyor: Lübnan'da Suriye birliklerini kovmak ve Beyrut'ta İsrail'in uşaklığını yapacak bir hükümeti kurmak. Filistin Kurtuluş Örgütü'nün (PLO) parçalanmasından tut Filistin halkına karşı soykırıma girişmeyi ve Lübnan'ın egemenliğinin tamamen yok edilmesini amaçlayan hedeflerini Begin bugün rahatlıkla gündemine koyabilmekte ve en barbar halk katliamına girişebilmektedir. Çünkü o gerek ABD emperyalizminin gerekse onun NATO müttefiklerinin sınırsız desteğini almaktadır.

Bunun için Batı Almanya'daki barış hareketi ve bundan öte tüm demokratik güçler Bonn Hümüketi'nin İsrail'e her türlü yardımını protesto etmeli ve İsrail'in Lübnan'a saldırısına karşı çıkmalı, İsrail siyonistlerine karşı çeşitli boykot önlemlerinin alınmasını sağlamak için seslerini yükseltmelidirler.

(„Begins Ziel: 'Endlösung' der Palästinenser-Frage")

Benzin fiatları yeniden yükseltildi

DORTMUND. — Bu yılın içinde benzin fiyatları beşinci kezdir yükseltilmektedir. Ancak en son yapılan fiyat artışı en vahşi olanıdır. Çünkü bu kez petrol tekelleri bir defada benzin fiatlarını litre başına 5 Pfennig yükselterek araba sahiplerinin ceplerindeki son kurşuna da göz diktiler. Esso ve BP petrol tekelleri, ilk büyük izin dalgasının başlamasıyla birlikte emekçilere karşı yoğun saldırıya geçtiler.

Benzin fiatlarının yükseltilmesini açıklarken BP tekeli küstahça şunları söylüyordu: "Biz pazardaki durumla uyum sağlıyoruz." Pazardaki durumla uyum sağlama son tahlilde şu anlama gelmekte: Zor şartlar altında dişinden tırnağından sıkarak üç beş kuruş para biriktirerek bir izin yapmak isteyen emekçilerin ceplerindeki son kuruşa da göz dikilmektedir. Benzin fiatlarının yükseltilmesi kapitalistleri zerre kadar etkilememektedir.

Petrol tekelleri, rafinerilerin kapatılması ile benzinin azalmasından ve Rotterdamm'da "serbest piyasada" satın alınan ham petrolun pahalılaştırılmasından faydalanarak ihtiyacın artmasını fırsat bilip benzin fiatlarını yükseltmekteler.

Petrol tekelleri emekçileri soyup soğana çevirirken, ve onların sırtından milyarlarca kâr sağlarken, Bonn'daki "tasarruf bakanları" omuzlarını silkmekteler ve "serbest piyasa esaslarını" fısıldamaktalar.

Şimdi yapılan benzin fiat artışları 1981 ilk baharındaki rekor düzeyinin 15 ile 17 Pfennig altında bulunmaktadır. Ancak önümüzdeki dönemde benzin fiatlarının yeniden yükseltileceğini hesaba katmalıyız.

Araba sürücüleri petrol kapitalistlerinin bu meydan okur tavırlarına daha ne kadar göz yumacaklar?

(„Ölmultis treiben Benzinpreis")



İzin mevsiminde benzin istasyonları

Tübingen Zanker'de işyerinin kapatılmasına karşı protesto grevi

"Kahrolsun patronlar, kahrolsun kapitalizm!"

TÜBİNGEN. — "Kızıl Şafak"ın geçen sayısında da belirttiğimiz gibi, Zanker işletmesinde yerli ve yabancı işçiler işyerlerini korumak için direnişe geçtiler. Patronun aniden işçilere işyerinin tümünün 1983 sonuna kadar tamamen kapatılacağını bildirmesi, onların öfkesinin artmasına yol açtı. İşletmenin kapatılması planını öğrenen işçiler işi bırakarak direnişe geçtiler.

3 Haziran perşembe günü, AEG tekelinin ev eşyası üreten bölümü ile sorumlu şefi Dr. Günter Tumm, Zanker işyeri işçi temsilciliğinin ekonomi kuruluna, AEG tekeli yöneticilerinin "tekelin verimliliğini artırma planı" çerçevesinde Tübingen Zanker GmbH şubesini 1983'ün sonuna kadar taksim taksim kapatacağını ve şayet üretim tamamen durdurulamayacak olursa, bunu da Tübingen AEG ev eşyaları işletmesine aktarmak istediklerini açıklıyor. İşletmenin kapatılmasına gerekçe olarak ise piyasadaki durumun AEG-Telefunken ev eşyaları bölümünü kendi kapasitesini azaltmaya zorladığını belirtiyor. Böylece Tübingen Zanker işletmesinde olan 1000 işyeri tamamen yok edilmek isteniyor. İşyerlerinin ard arda kapatıldığı, rasyonalleştirme terörü hüküm sürdüğü, işsizliğin çığ gibi büyüdüğü şu ortamda, Zanker işçilerinin işyerlerinin yok edilmesi durumunda bu, onların açlık ve sefaletle kol kola yaşamaları anlamına gelmektedir.

Hasta olan işyeri işçi temsilciliği Başkanı Harald Neutz'un yardımcısı Paul Diez, AEG tekeli şefi Tumm ile yaptığı görüşmeyi derhal yarıda keserek öğle molasında işçileri saat 14.30'da yapılacak olan bir olağanüstü işyeri toplantısına çağırdı. İşletme kantininde yapılan ve tüm işçilerin katıldığı bu toplantıda AEG patronu Tumm adice "1983'ün sonuna kadar üretim sıfıra indirilecek" dedi.

Patronun bu dizginsiz saldırısını öğrenen işçiler aniden sanki yıldırımla vurulmuş gibi oldular. Çünkü işçiler çıkışların verileceğini ve kısa devre çalışma uygulanacağını pekâla tahmin edebiliyordular, ama işletmenin tamamen kapatılacağını ise zerre kadar düşünmemiştiler. Aşağı yukarı tam bir yıl önce Zanker işletmesinde 30 milyon Mark tutarında yeni bir montaj bölümünün açılışında konuşan AEG patronu Heinz Dürr, işçilere bununla Tübingen Zanker GmbH'nın geleceğinin garanti altına alındığını açıklamıştı. Hiç kuşkusuz yeni yatırımın yapılmasından dolayı, bu açıklama o kadar inanılmayacak bir şeye benzemiyordu. Ancak bir kaç hafta önce kitle iletişim araçları, tekelin ev eşyaları üretim bölümünde bazı sınırlandırmaların yapılacağını açıkladıklarında, AEG patronları bunu yatıştırmaya çalıştılar.

Olağanüstü işyeri toplantısında işyerinin kapatılacağını öğrenen işçiler, işyerlerini kaybetmeleri durumunda kendilerini neyin beklediğini pekala düşünebilmekteler.

"Schwäbisches/Tagblatt/Tübinger Chronik" adlı bölgesel gazete bu durumu şöyle açıklıyor: *"Yapılan toplantıda kötü haberi bildiren Tumm'dan zarar ve ziyanın acısını çıkarmak için tüm sanat kurallarına göre Diez onu 'işyerlerini yok eden', 'yalancı', 'dolandırıcı' ve 'mezar kazıyıcı' olarak lanetledi. Bir saat sonra öfke o kadar kabarmıştı ki, bu durumda Paul*



Diez toplantıyı kesmek zorunda kaldı. 'Eğer toplantıya devam etseydik bu, bize bir şey sağlamazdı' diyordu daha sonra Diez."

Ancak biz Diez'le son cümlesi üzerine hem fikir değiliz. Eğer, işçilerin haklı bir temelde kabaran kini toplantıda örgütlü ve hedefli bir mücadele önlemine dönüştürülseydi, pekâlâ böyle bir şey bir hata olmazdı.

Ancak bu konuda esas sorumlu olan Tübingen IGM Yerel Yönetiminin ve Stuttgart IGM Bölge Yönetiminin ise kafasında işyerlerinin tavizsiz bir şekilde savunulmasından başka her şey bulunmaktadır.

Ama buna rağmen işçiler aynı günü aktiv bir şekilde direnişe geçtiler. İşyeri toplantısının ardından işletme yönetimi tekrar işçileri işbaşı yapmaya çağırdıysa da, bunda başarılı olamadı. İşçiler kendiliğinden işi bıraktı ve çalışmayı reddettiler.

İkinci günü sabah vardiyasına sadece 60 işçi geldiğinde patronlar işçilerden red cevabı almalarına rağmen, sonunda sürekli iş şeridi (Fliessband) 3'ü çalıştırmayı başardılar. Ancak saat 7'ye doğru işçilerin büyük çoğunluğu geldiğinde tekrardan durduruldu. Saat 7'de Zanker işletmesinde tüm şalterler indirildi.

İşçilerin bu grevi herhangi bir resmi kurul tarafından örütlenmemiş ve planlanmamıştı. İşi bırakan işçiler üretim bölümlerinde AEG patronlarının planlarının nasıl boşa çıkarılabileceği üzerine konuşuyorlardı. Daha sonra ise IGM'in ve işyeri işçi temsilciliğinin öğleden sonra bir yürüyüşün yapılmasını planladıkları açıklandı.

Patronunun işyerini kapatma planına karşı öfkeleri alabildiğince kabaran işçiler öğleden sonraya kadar sakin bir şekilde çalışmayı akıllarının ucundan bile geçirmiyorlardı. Saat 8'e doğru 200'e yakın bir grup üretim bölümlerinde bir protesto yürüyüşü yaptı. Daha sonra saat 9'a doğru ise öfkesi ve kini artık durmak bilmeyen işçilerin tümü işyerinde bu yürüyüşe katıldılar. Bu durumda patron protestolarını yapan işçilere tehditte bulunarak ve onları yıldırmaya çalışarak tekrardan işbaşı yapmalarını sağlamak istiyordu. O, ayrıca işçilere saat 9 molasından sonra tekrar işbaşı yapmaları durumunda çalışmadıkları saatlerin ücretlerinin ödeneceğine söz verdi.

Ancak işletme yönetimi bu çağrıları yaparken karşısında hemen "uzlaşmaya hazır" sendika yöneticilerinin değil, hayatta kalmaları uğruna savaşım veren işçiler olduğunu unutuyordu. İşçilerin hiç biri patronun tehditine kulak asmadı ve işbaşı yapmadı. Saat 14.30'a doğru işletmenin tüm üretim bölümlerinden harekete geçen işçiler yürüyüşün yapılacağı alana akın ettiler. Ambalaj bölümünde çalışan işçi arkadaşlar karton temin ederek üzerine sloganların yazılmasını sağladılar.

IGM organizatörleri yaşamlarını garantilemek için kararlı bir savaşım vermeye hazır olan Zanker işçilerini yürüyüşün bir an önce başlatılmasından alıkoyamıyordu. Nitekim bunun bir sonucu olarak planlanandan 15 dakika önce tüm 1000 kişilik Zanker işçisi yürüyüş kolunu harekete geçirdi.

Personelin yüzde 50'sini göçmen işçi arkadaşların oluşturduğu Zanker işçileri tüm yürüyüş boyunca aralıksız olarak Türkçe, Almanca, İspanyolca, İtalyanca, Yugoslavca, "Zanker'den elinizi çekin!" sloganı gür bir şekilde haykırıyordu.

Yürüyüşün bitiminde belediyenin önünde bir miting yapıldı. Bu mitingin nasıl geçtiği üzerine bize en sade bilgiyi "Schwäbisches Tagblatt/Tübinger Chronik" adlı gazeteden aktaracağımız şu bölüm çok açık bir şekilde veriyor:

"Diez sıktığı yumruğunu yukarı kaldırarak mikrofonda açıkladığı gibi bununla, hem Tübingen halkına hem de 'AEG patronlarına', 'kapitalizmin bizi yıktığını göstermek istiyordular. 'Kulakları sağır edecek kadar gürültülü olan Zanker işçilerinin cevabı şuydu: 'Kahrolsun patronlar, kahrolsun kapitalizm'. Makrtplatz'ta kahve içenlerin bu söz hoşuna gitmiş olmalıydıki, onlar alana giren yürüyüş kolunu apaçık bir şekilde alkışlayarak selamlıyorlardı."

Zanker işçileri için tüm işyerlerini korumanın tek bir yolu olabilir: Süresiz greve gitmek ve işyerini işgal etmek! Bu mücadele perspektifi AEG patronlarının yüreklerine korku salacaktır. Çünkü böylece bu, rasyonalleştirme teröründen ve çıkışlardan etkilenen tüm AEG tekeline ait işletmelerde de işçileri aynı yolu izlemeye teşvik edecektir. Zanker işçilerinin işyerlerini koruma ve yaşamlarını garantileme savaşında bundan başka hiç bir seçenekleri yoktur.

Ayrıca Tübingen'de eylemin yapıldığı aynı gün Gelsenkirchen'de de AEG ev eşyaları işletmesi işçileri bir protesto grevi yaptı ve yürüyüş düzenlediler. Toplam olarak 2000 işçinin katıldığı bu eylemle patronun 1000 işyerini imha etme planı protesto edildi.

(„Protesistreik gegen Stillegung bei Zanker in Tübingen")

Kriz kelimesinin yabancı bir kelime olduğu

Arnavutluk SHC'de fiatlar gene düşürüldü

TİRAN (Halk Muhabiri). — Arnavutluk Sendikalar Birliği 9. Kongresi'nin arifesinde Sosyalist Halk Cumhuriyeti Bakanlar Kurulu, Arnavutluk Emek Partisi Politik Bürosu'nun tavsiyesi üzerine çeşitli gıda maddeleri için yüzde 8 ile 35 arasında, 135 hizmet çeşidi için ise yüzde 8 ile 15 arasında fiatların düşürülmesini kararlaştırdı. Karar 16 Haziran'da yürürlüğe girecek.

Bu karara göre kümes hayvanları eti yüzde 8 ile 15 arasında, yün ve dokuma eşyaları yüzde 18 ile 20 arasında, pamuktan iç çamaşırı yüzde 18 ile 20 arasında, sandallar yüzde 15 ile 20 arasında, siyah beyaz televizyonlarlar yüzde 11, teyipler yüzde 20, radyolar yüzde 35, çamaşır makinaları yüzde 30, bisikletler yüzde 7, emaye tencereler yüzde 15 ile 20 arasında, kol saatleri yüzde 10 ile 15 arasında, sanat eserleri ise yüzde 25 ile 30 arasında ucuzlatılacak.

Fiatların düşürülmesi ile sosyalist devlet 75 milyon Lek (Arnavutluk para birimi, KŞ) gelirden vaz geçmektedir.

Ne varki, fiatların düşürülmesinin, partinin ve devletin halka bir hediyesi olduğuna inanmak yanlış olur. Fiatların düşürülmesini emekçiler, sanayileşmeyi ilerletmekle ve tarım üretiminin verimliliğini artırmakla, üretim masraflarını düşürerek kendileri sağladılar. Burada partinin ve devletin katkısı bu paranın bir avuç insanın kendi kesesine akması yerine tüm tasarrufları tüketicilerin lehine kullanılmasını sağlayan bir ekonomik sistemi kurmuş olmalarıdır. Böyle bir devlet için marksist terminolojide tam doğru bir isim vardır: Proletarya diktatörlüğü, yani bizde (kastedilen Batı Almanya, KŞ) bu tür fiat indirimlerinin yapılmasını önleyen ve bunun yerine füzeler yapan güçlerin baskı altında tutulması demektir.

Bizde, Arnavutluk'taki sosyalizm üzerine en acayip görüşlerin ta sol çevreye kadar uzanması gerçeğinden ötürü, her samimi kişi için sansasyonal fiat indirimleri — ki bunun Arnavutluk'ta hiç bir sansasyonal yanı yoktur, burada bunlar tamamen normal olan bir şey olarak görülmektedir — Arnavutluk'taki toplumsal düzeni objektiv olarak incelemek için bir teşvik olmalıdır.

(„Preissenkungen in Albanien")

"Caltex kapatılmamalı!"

3 Haziran perşembe günü aralarında Caltex işçilerinin yer aldığı 1000 emekçi Frankfurt yakınındaki Raunheim'de bir yürüyüş düzenledi. Yürüyüşte taşınan bir pankartın üzerinde "Biz işyerlerimizin korunması için mücadele ediyoruz" yazılıydı. Raunheim Caltex rafinerisinin bağlı bulunduğu Chevron ve Texaco petrol tekelleri şu an Caltex rafinerisinde çalışan 500 petrol işçisinden 300'ünü işten atmak istiyorlar. Patronlar, eylül ayına kadar ham petrol işleyen rafineri bölümünü tamamen ve diğer bölümleri ise belli aralıklarla kapatmak istemekteler.

Caltex rafinerisi patronunun çıkış planını protesto etmek amacıyla 3 Haziran'da düzenlenen yürüyüşe "Caltex-Raunheim'in kapatılması planına karşı dayanışma komitesi" adlı örgüt çağrı yapmıştı. Yürüyüşün bitiminde yapılan mitingte konuşan Raunheim Caltex rafinerisi işyeri işçi temsilciliği başkan yardımcısı Hans Kirbis, rafinerinin ham petrol işleme bölümünün sadece ve sadece patronların kâr hırsından ötürü kapatılmak istendiğini vurguladı. Kirbis sözlerine şöyle devam etti: *"Biz hepimiz toplumumuzda şu kuralların gerçek olduğunu öğrenmeliyiz: Merkezde sermaye ve onun yıllık geliri bulunmaktadır. Bundan öteye her şey boş bir söz olmaktan başka bir şey değildir."*

Still'de işyerlerinin yok edilmesine karşı grev

"Sosyal plan işyerleri yaratmıyor"

HAMBURG. — 4 Haziran Cuma günü Hamburg Still işletmesinin tornahane kısmında işçi arkadaşlar üç saatliğine işi bırakarak patronun işyerlerini yok etme planını protesto ettiler. Still patronları bu bölümün üretimini başka bölgeye aktarmak istiyorlar.

Wiesbaden Linde tekelinin bir şubesi olan Hamburg Still işletmesinde, işçi arkadaşlar patronun tornahaneyi kısmen kapatma planına karşı 24 Mayıs'ta direnişe geçerek bir saatliğine işi bırakmıştılar. Böylece işçi arkadaşların çıkışları ve üretim bölümünün kapatılmasını önlemek için 4 Haziran'da düzenlediləri eylemleri bu yönde ikinci bir mücadele önlemiydi. Ancak ilk eyleme karşın, bu protesto eylemi sadece tornahanenin kısmen kapatılmasından etkilenen arkadaşlar tarafından düzenlendi.

Still patronları şimdiye değin bu üretim bölümünde üretilen malları gene Linde tekelinin Nürnberg'teki bir şubesinden tedarik etmek istiyorlar. Ayrıca daha bugünden bile patronun uzun vaadede tüm Hamburg işletmesini kapatarak üretimi tamamen Nürnberg'e aktarmasına işaret eden veriler var.

Denetleme kurulunun toplantısının yapılmasından dolayı 4 Haziran'da bu protesto eylemi düzenlendi. Bu eyleme 50 ile yüz arasında söz konusu işletme kısmında işçiler ve bir kaçta büro emekçisi katıldı. İşi bırakarak direnişe geçen işçiler sabahleyin saat 6'da ana giriş kapısının önünde toplandılar. Saat 9'a kadar eylemlerini sürdüren işçilerin bulundukları giriş kapısından denetleme kurulu üyeleri de geçmek zorunda kaldı. Ayrıca bu kapıdan aynı zamanda Linde tekelinin temsilcisi Dr. Meinhardt'da içeri girdi.

Greve giden işçilerin tüm personele dağıttıkları bir bildiride şöyle denilmekte:

"Biz, tornahane bölümünden arkadaşlar, denetleme kurulu toplantısının yapıldığı bugün DR. Meinhardt'tan şu adımları atmasını talep ediyoruz:

★ Aktarma planı geri alınmalı!

★ Tüm işyerleri korunmalı ve garanti altına alınmalı!

Biz yaşabilmek için çalışmak zorundayız. Sosyal planlar işyerleri yaratmıyor.

İşçi arkadaşlar!

Gücümüz birlik ve dayanışmadan doğar! Bugün biz tornahane kısmından arkadaşlar giriş kapısının önünde toplanmış bulunuyoruz. Yarın ise kuşkusuz gene hepimiz birlikte omuz omuza burada olacağız!

İşyerlerimizden elinizi çekin, yoksa artık sizi hiç rahat bırakmayız!"

(„Streik bei Still gegen Arbeitsplatzvernichtung")

400 bin insan 10 Haziran Bonn yürüyüşüne katıldı

Almanya tarihinde en büyük barış yürüyüşü yapıldı

Bonn'da yapılan barış yürüyüşü üzerine söylenebilecek bir dizi siyasi sorun olmasına rağmen, şu noktayı vurgulamadan geçmeyelim. Federal Hükümet'in Reagan'ı Bonn'a çağırması ve NATO zirvesinin Bonn'da yapılmasını sağlaması, Almanya tarihinde en büyük barış yürüyüşünün yapılmasına yol açtı. Yürüyüşe yapılan çağrıları ve miting alanındaki konuşmaları bir tarafa bırakalım, bu yürüyüşe katılan insanlar Reagan'a ve onun savaşı kışkırtan rotasına karşı olduklarından dolayı sokaklara döküldüler.

NATO zirvesine ve Reagan'a karşı yapılan bu yürüyüşü, geçen yılın 10 Ekim'inde yapılan yürüyüşle karşılaştıracak olursak, buna daha kalabalık bir kitle katıldı. Bunu yürüyüşte şu veya bu grubu bulmak isteyen, ama bir türlü bulamayan insanlar da tasdikleyebilir. Çünkü bu kadar kalabalık kitlenin içinde belirli bir grubu bulmak o kadar zorduki.

Bu yürüyüşün NATO'ya ve Ronald Reagan'a, hatta Federal Hükümet'e karşı olduğunu da söyleyebiliriz. Tabii ki bununla yürüyüşü resmi olarak düzenleyenlerin amaçlarını kastetmiyoruz. Örneğin bunu FDP'nin açtığı bir masaya gösterilen tepkide bile ölçebiliriz. NATO zirvesinin Bonn'da yapılmasını sağlayan ve onu barışı savunan bir güç olarak gösteren partilerden biri olan Genscher'in partisi FDP'nin masa açması yürüyüşe katılan kitlenin büyük tepkisine yol açtı. Bazıları bu masanın tamamen kaldırılmasını talep ederken, bazıları ise bu durumun en azından boykot edilmesini istediler.

Bu yürüyüş ayrıca barış hareketini tehdit eden, onu çıkmaza götüren tehlikelerin büyük olduğunu da gösterdi. Çeşitli yürüyüş kollarında, savaş kışkırtıcılarının bile imzalayabilecekleri hedefsiz, amaçsız genel çağrılar yapıldı. Ve yürüyüşte silahsızlanma doğrultusunda yapılan bu çağrılar için güçlü bir eğilim mevcuttu. Hiç kuşkusuz Bonn'da çeşitli yerlerden harekete geçen yürüyüş kollarında barışın korunması konusunda berrak talepler ileri süren ve NATO'ya karşı bir yönelimi olan yürüyüş kolu istasyondan harekete geçen kortejdi. Bunun içindir ki, KPD'de burada yürümeyi kararlaştırmıştı ki, bütün parti örgütleri, trafik tıkanıklığından vb. nedenlerden dolayı burada yürüyemedi. Burada yürüyen blokun yanı sıra diğer yürüyüş kollarında da küçük gruplar halinde partimizin yayınlarını dağıtan, parti bayrakları ile yürüyüş kollarında yer alan parti örgütleri vardı. Partimizin propaganda grupları özellikle de bu yürüyüş kollarında, KPD'nin barış mücadelesine ilişkin talepleri üzerine tartışılar.

Yürüyüşte çıkarılan diğer önemli bir sonuç şu ki, miting alanında bile Bonn Hükümeti'ne teşekkürlerini bildiren konuşmalar yapılmasına rağmen, burjuva partileri Reagan'ı barışın savunucusu olarak göstermeyi başaramadılar.

Nitekim buluşmanın Bonn'da yapılmasının amacıda zaten buydu. Ama Reagan gibi ABD emperyalist çetesinin 1 Nolu savaş kışkırtıcısını barış yanlısı birisi göstermek aklı başında olan bir çok insanın inanamayacağı bir şeydi.

Geçmişte Avrupa'daki hükümetlere ateş püsküren Reagan şimdi ABD'de barış hareketi kök salmaya başlayınca, kataloğuna silahsızlanma kelimesini de geçirdi.

Reagan'ın kelime hazinesine geçirdiği bu yeni sözcüğü gerekçe gösteren bazı güçler yürüyüşe ve mitinge katılmadılar. Örneğin DGB sendika ağaları bu kez yürüyüşe katılmayı yasaklamaya cesaret edememelerine rağmen, bu kez mitingte konuşulmamasını tavsiye ettiler. Bunun bir sonucu olarakta geçen yılın ekim ayındaki yürüyüşe göre, bu yürüyüşe sendikal örgütlerin protestocu katılımı daha azdı. Bununla sendikal örgütlerin katılmadığını değil, onların protestocu bir temelde katılmadıklarını kastediyoruz.

Yapılan mitinglere gelince, bu mitinglerde KPD'nin haklı bir temelde imzalamadığı çağrı bildirisindeki görüşler çerçevesinde yapıldı. Böylece mitingte yapılan konuşmalar genel silahsızlanma çağrılarından, savaşı kışkırtan iki emperyalist süper devletin, ABD ve Sovyetler Birliği'nin barışı korumak için bu şeyler yapmaları gerektiğinden öteye gitmiyordu. Mitingin resmi konuşmaları hedefsiz birer konuşma olmasına rağmen, güya kendilerini ABD barış hareketinin temsilcileri olduklarını iddia eden Kennedy ve şürekası bu mitingte konuşmayı reddettiler. Onlara göre eylemin tümü ABD'ye karşı bir eylemmiş. Evet doğru, eylem ABD'ye karşıydı. Gerçi bunu yürüyüşün resmi çağrısını yapanlar istemiyordu ki, lakin yürüyüşe katılan kitlenin büyük çoğunluğunun amacı buydu.

Bu noktayı yürüyüşte ve miting alanında partimizin dağıtılan yayınlarına gösterilen ilgi ve bir çok insanın partimizin masasının başına yığılarak, KPD'nin taleplerini en azından tartışmaya değer bir şey olarak görmesi de doğrulamaktadır. Yürüyüşte partimizin bloğunun İngiliz emperyalistlerinin Falkland'a saldırısına ve onun Bonn Hükümeti tarafından desteklenmesine karşı tavır alan sayılı örgütlerden biri olması kitlede büyük ilgi uyandırdı.

(„Grösste Friedensdemonstration der deutschen Geschichte")

Yürüyüşle ilgili diğer resimler Almanca bölüm safya 7'de!

Duisburg'ta

Yabancı düşmanlığına karşı, eşit haklar için merkezi bir kongre yapıldı

DUİSBURG. — 5-6 Haziran 1982 tarihi arasında Duisburg'ta "yabancı düşmanlığına karşı, eşit haklar için" şiarı altında 250 yerli ve yabancının katıldığı merkezi bir kongre yapıldı.

Kongrede oluşturulan çeşitli çalışma gruplarında Batı Almanya'da yabancı düşmanlığına karşı mücadele perspektifinin ne olması gerektiği tartışıldı.

Kongre, toplantıya katılan komite, örgüt ve şahısların gelecekte de birlikte çalışma doğrultusunda aldıkları bir kararla sona erdi. Bu kongrede ayrıca bir de merkezi koordinasyon bürosu kuruldu. Buna ilişkin alınan bir kararda şöyle denilmekte: *"Koordinasyon bürosu, bölgesel gruplarla ortaklaşa çalışma temelinde şu görevleri yerine getiren bir komite ya da örgüt olması lazım:*

a) İçinde yabancılar politikasındaki gelişmelere ilişkin pratik çalışmalardan edinilen tecrübe haberleri, bilgiler ve tahliller yer alacak üç aylık yayınlanan bir genelgenin çıkarılması.

(...) Yazı Kurulu toplantıları prensip olarak herkese açık.

b) İlgi duyan şahıs ve gruplar için ilişki kurma ve başvuru adresi

c) Yılda iki ile dört arasında yapılacak olan (tüm ilgi duyan grupların ve şahısların) buluşmalarını örgütsel olarak hazırlamak,

d) Şayet güncel olaylar, kısa sürede merkezi bir tavrın konulmasını gerektiyorsa, olağanüstü merkezi buluşmalara çağrı yapmak;

e) Şayet koordinasyon bürosu buluşmada bu konuda görevlendirilmişse resmi açıklamalar yapmak."

Bu görevi şimdilik "Interessengemeinschaft mit Ausländern verheirateter Frauen" (IAF), 6000 Frankfurt 1, Mainzer Landstr. 239, üzerine aldı.

Gelecek genelgede şu konuların yer alması kararlaştırıldı: a) Federal Hükümet tarafından kararlaştırılacak yeni kanunlar; b) Neonazilerin yabancı düşmanı faaliyetleri; c) İltica kanunu. Ayrıca bu konulara ilişkin yazılar hazırlama görevinin koordinasyon bürosu olarak IAF'ye düşmediği vurgulandı ve tek tek örgüt ve komiteler genelge için IAF'ye bu konulara ilişkin yazı ve haber göndermeye çağrıldı.

Bunların haricinde, toplantıya katılanlar bir de sonbaharda yabancı düşmanlığına karşı merkezi bir yürüyüşün yapılmasını kararlaştırdılar. Yürüyüşün hazırlanması, 18/19 Eylül'de yapılacak olan gelecek buluşmanın ana gündem maddesini oluşturmaktadır.

Duisburg'ta yapılan bu kongreye partimiz KPD'de katıldı ve alınan kararları destekledi.

(„Bundesweites Arbeitstreffen gegen Ausländerfeindlichkeit in Duisburg")

28 Mayıs'ta tutuklanan

Horst Brey ve iki arkadaşı DDR'de yargılandı ve sınırdışı edildiler

HAMBURG. — RGO üyesi ve Hamburg HDW'de işçi temsilciliği yedek üyesi Horst Brey ve iki arkadaşı 28 Mayıs'ta Batı Berlin'e giderken Doğu Alman Devlet Güvenlik Teşkilatı tarafından tutuklanmıştılar. Yaklaşık olarak iki haftalık tutukluluk süresinden sonra Horst Brey, Annegret Kehrer ve Günter Römer geçen hafta sonunda serbest bırakıldılar.

28 Mayıs'ta Batı Berlin'e gitmek üzere Hamburg'tan hareket eden Horst Brey ve iki arkadaşı Doğu Almanya'da Devlet Güvenlik Teşkilatı tarafından tutuklanıyorlar. Tutuklama olayından tam üç gün sonra yakınları olay üzerine haberdar ediliyorlar. Üç gün boyunca DDR (Alman Demokratik Cumhuriyeti) makamları tutuklu arkadaşlar üzerine bir tek kelime dahi bahsetmiyorlar. Doğu Alman makamları tutuklamaya gerekçe olarak, sözde onların transit geçiş anlaşmalarını çiğnediklerini göstermekteler. Ancak, gerçek hiç te DDR makamlarının iddia ettiği gibi değil. Bilinen gerçek şu ki, Hamburg'tan Batı Berlin'e gitmek için hareket eden üç arkadaş Doğu Almanya'da yolu şaşırarak transit yoldan çıkıyorlar. Fakat yanlış yola girdiklerini anlayınca tekrar geri dönüyorlar. Peki bu bir suç mudur?

Ayrıca tutuklama olayından bir kaç gün sonra DDR Savcılığı yukarıdaki suçlamanın yanı sıra bir de üç arkadaşın gümrük kanunlarını çiğnediklerinden ötürü haklarında tahkikat sürdürüldüğünü ileri sürüyor. İşte böylece DDR makamları arkadaşların tutukluluk süresinin uzamasını haklı çıkarmak için gerekçe olarak bunu gösteriyorlar. Ne varki daha sonra ise bu suçlamadan vaz geçiyorlar ki, onlar böylesi bir suçlamaya. Annegret Kehrer'in yanında bulundurduğu pulların boşlarına gitmemesinden ötürü başvuruyorlar.

Böylece yaklaşık olarak iki hafta boyunca tutuklu bulundurulan üç arkadaş, üstte adlandırdığımız birinci suçlamadan dolayı 300 DM para cezasına çarptırılarak geçen hafta sonu serbest bırakıldı ve derhal sınırdışı edildiler.

Biz, kendisine "işçi-köylü devleti" adını veren DDR makamlarının, Batı Alman işçilerini bu tür baskılara tabii tutmalarını mahkum ediyoruz.

Gazetemiz baskıya verildiğinde, Horst Brey'in tekrar HDW'de işe başlamasının mümkün olup olmadığı açık değildi. Çünkü HDW patronları muhalefetçi bir arkadaşı işten atmak için "iyi bir ortamı" bulmuştular. Patronlar işlerine gelmeyen bu arkadaşın çıkışını vereceklerini evine bildiriyorlar. Çıkış üzerine işçi temsilciliği salı günü kesin kararını verecekti. Umarız ki, gelecek sayımız yayınlandığında arkadaşın işbaşı yapması garanti altına alınmış olur.

(„Horst Brey und seine Bekannten freigelassen")

Yürüyüşten hangi izlenimleri edindik?

Şimdiye değin düzenlenen hiç bir yürüyüşe bu kadar kalabalık bir kitle katılmamıştı. Hiç bir zaman otobanda yürüyüş yapılmamıştı ve tıklım tıklım dolu otobüslerde saatlerce, otobüsün bir an önce yürüyüşun başlayacağı alana varması için beklenilmemişti. Trafik tıkanıklığından dolayı bir çok otobüs otobanda kalmak zorunda kaldı. Ve daha bir dizi şeyi sıralayabiliriz.

Daha Dortmund'tan hareket ettiğimizde şimdiye değin bu kadar kalabalık bir kitle buluşma yerine gelmemişti. Burada yürüyüş için toplanan kitlenin sayısı da CDU'nun Reagan için yaptığı yürüyüşe Dortmund'dan kattığı kitlenin sayısından fazlaydı. O zaman buradan sadece 10 kişi ile dolu olan 18 otobüs hareket etmişti. Ancak buna karşılık bu yürüyüşe Dortmund'dan hareket eden otobüslerin hepsi tıklım tıklım doluydu. Aynı zamanda partimizin, KPD'nin ve Volksfront'un buluşma yerine de şimdiye değin bu kadar kalabalık bir kitle gelmemişti. Hiç kuşkusuz Dortmund'da yaşanan bu gerçek Bonn yürüyüşüne diğer şehirlerden katılanlar için de geçerlidir.

Bir çok insan daha Reagan akşam televizyonda konuşurken ona karşı olan nefretini artırmış ve yürüyüşe hazırlanmıştı.

Ayrıca Bochum'lu yoldaşlar DKP'lilerin şu marifetlerini, yani DKP'nin otobüste, Partimiz KPD'nin bloğunun yürüdüğü yer olan Bonn Hauptbahnhof'ta yürüyüşün yasaklandığını sahte bir şekilde ileri süren ve burada yürümeme uyarısında bulunan bir bildiri dağıttıklarını açıkladılar. Örneğin DKP'liler daha da ileri giderek istasyonda KPD'nin kamyonuna sadece polisi getirme tehdidini savurmadı, bilakis bunu hayata da geçirdiler. Çünkü onlar bu yürüyüş kolunda arabanın olmasını istemiyorlardı. Ama buna rağmen arabanın yürüyüş kolunda kalması sağlandı.

Yürüyüşte ayrıca Volksfront'un karneval arabası da olumlu bir etki yaptı. Arabanın durduğu yerde birçok kişi buluştu ve arabanın basın tarafından sık sık fotofrafı çekildi. Öte yandan bir çok kişide KPD'nin çıkardığı afişi satın almak istiyordu. Ne varki bu mümkün değildi.

Polis, Bonn'da buluşan beylerin rahatsız olmasını önlemek amacıyla yürüyüşün yapılması için sadece Ren nehrinin bir tarafında buluşmaya izin vermişti ki, bu da bir dizi karışıklığa yol açtı. Çünkü daracık bir alanda bu kadar insanın buluşmasının imkanı yoktu. Yürüyüşten bir gün önce polis, şehrin her tarafını kuşun dahi uçamayacağı bir şekilde kuşatmıştı ve kordon altına almıştı.

Öte yandan yürüyüşte bir avuç kişide Doğu Almanya'nın bayrağı altında yürüyerek kendilerinin de barış yanlısı olduklarını göstermek istiyordular. Ancak onlar umdukları gibi kitlenin büyük bir ilgisini görmediler.

Yürüyüşte yer alan Britanyalı yoldaşların İngilizlerin Falkland'a saldırısına karşı yaptıkları propaganda kitlenin dikkatini çekti.

Partimizin NATO'dan çıkma ve tarafsızlık taleplerinin kitlede yankısını bulması,konuştuğumuz bir çok yoldaşa propagandalarını sürdürmede daha büyük bir cesaret vermişti.

Bu yürüyüşe, 10 Ekim yürüyüşüne göre başta Türkiyeliler olmak üzere yabancı barışsever insanlar da daha güçlü bir şekilde katıldılar.

(„Eindrücke .....")

RCKPB(M-L) de Bonn yürüyüşüne katıldı

Partimiz, KPD'nin davetiyesi üzerine Britanya Devrimci Komünist Partisi (M-L)'den (RCKPB/M-L) de iki yoldaş NATO zirvesi ve Reagan ziyareti dolayısıyla düzenlenen Bonn barış yürüyüşüne katıldı. Yoldaşların bu yürüyüşte taşıdıkları "Britanya'nın Falkland adaları üzerinde hiç bir hakkı yok" pankartı kitlelerin ilgisini çekti ve onların desteğini gördü. Bu yürüyüşte yoldaşlar ayrıca RCKPB(M-L) Merkez Yayın Organı "Workers Weekly"-den İngiliz emperyalistlerinin savaş politikası üzerine yazılan bir makalenin tercümesi olan bir bildiri dağıttılar. Bildiri yürüyüşe katılan bir çok kişi tarafından ilgiyle karşılandı.

RCKPB(M-L) başından beri Thatcher'in savaş kışkırtıcı rotasına karşı kararlı bir tavır aldı ve buna karşı harekete geçti. Pazar günü Reagan İngiltere'yi ziyaret ettiğinde 250 bini aşkın kişinin katıldığı Londra'daki yürüyüşte Britanya kardeş partimizde yer aldı. İngiliz yoldaşların Bonn Yürüyüşü'ne katılmaları, iki ülkenin komünist partileri arasındaki verimli enternasyonal ortaklaşa çalışmanın bir göstergesidir.